Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle (Saale).

Flugschriften
des
Evangelischen Bundes
zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen.

Nr. 311/12

Die Stellung der Katholikentage zu Staat, Volk, Vaterland, Papsttum und Kirchenstaat.

Auf Grund amtlicher Quellen

von

P. Braeunlich.

Halle (Saale) 1911
Verlag des Evangelischen Bundes.

Mit dem nächsten Heft, dem das Register beigegeben wird, kommt der II. Band und damit das ganze Werk „Die deutschen Katholikentage" zum Abschluß.

Die Stellung der Katholikentage zu Staat, Volk und Vaterland.

Das Verhältnis der Ultramontanen zu Staat und Kirche.

Nicht minder schroff wie auf anderen Gebieten stehen sich auch in der Auffassung des Verhältnisses von Kirche und Staat ultramontane und moderne Denkweise gegenüber.

Für das moderne Denken ist der Staat innerhalb der geographischen Grenzen seines Gebietes die unumschränkt herrschende Rechtsordnung. Alle bürgerlichen Rechtsverhältnisse unterstehen ausschließlich seiner Entscheidung. Ihm hat sich auch die Kirche in allen das öffentliche Leben berührenden Angelegenheiten ein- und unterzuordnen.

Der Protestantismus billigt dem Staat diese Befugnis ohne weiteres zu. Die evangelische Kirche erhebt nicht den Anspruch, neben und im Staate eine zweite souveräne Macht zu sein. Sie fügt sich vielmehr den allgemeinen Staatsgesetzen jedes Landes ein, in dem sie Heimatsrecht genießt. Was sie fordern muß und worauf sie nicht verzichten kann, das ist allein das Recht, ihre Grundsätze zu verkünden und ihren Gottesdienst zu verrichten.

Anders die römische Kirche. Sie tritt dem Staat gegenüber mit dem Anspruch, eine souveräne Macht wie er zu sein. Auch die äußere Rechtsordnung, die sie sich gegeben, erklärt sie für unabänderlich und auf göttlichem Rechte beruhend. Sie fordert vom Staat, daß er dies anerkenne und sich ihren Ordnungen füge. Tatsächlich stellt sich somit die „Kirche" über den Staat. Sie will gewissermaßen der „Überstaat" sein, der den ganzen christlichen Erdkreis umfaßt. In allen ihr wesentlich erscheinenden Angelegenheiten fordert sie gleiche, ja höhere Machtvollkommenheit gegenüber den katholischen Staatsbürgern, als sie selbst dem Staat zugesteht.

Auf deutscher katholischer Seite verhehlt man sich nicht, daß hier der Keim zu zahlreichen Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche liegt. Man fühlt auch recht gut, daß ein Staat, der auf sich hält, seinen Untertanen gegenüber sich nicht in die zweite Stelle herabdrücken lassen kann. Deshalb möchte man nach außen hin gern den Schein einer Gleichordnung

beider konkurrierender Gewalten aufrechterhalten. Aber alle dialektische Kunst vermag die Tatsache nicht zu verbergen, daß in katholischen Augen die Kirche eben doch die höhere, der Staat dagegen die niedere Ordnung bleibt. *Mausbach* z. B. glaubt durch folgenden Hinweis die Schwierigkeit zu überwinden: „*Leo* XIII. sagt in seiner Enzyklika Immortale Dei (1885): ‚Gott hat die Sorge für das Menschengeschlecht zwei Gewalten zugeteilt, der geistlichen und der weltlichen. Die eine hat er über die *göttlichen* Dinge gesetzt, die andere über die *menschlichen*. *Jede ist in ihrer Art die höchste* (in suo genere maxima); jede hat ihre bestimmten Grenzen, in denen sie sich halten muß, solche, die durch ihre Natur und ihren nächsten Zweck gezogen sind‘ (S. 21). Und in einem anderen Schreiben (Diuturnum illud 1881): ‚Was sich auf dem Gebiete des bürgerlichen Lebens bewegt, das unterliegt nach Lehre der Kirche der Gewalt und höchsten Entscheidung (supremo imperio) der Fürsten‘ (S. 29).“

Dieser Versuch, zwei getrennte Gebiete zu konstruieren, auf deren jedem eine der beiden Mächte die Souveränität besitzt, wäre vielleicht eine Lösung, *wenn* Staat und Kirche sich über die Grenzen der beiden gedachten Gebiete völlig klar, und wenn letztere überhaupt so reinlich voneinander zu scheiden wären. Tatsächlich sind aber die beiden Begriffe — „göttliche“ und „menschliche“ Dinge — an sich ebenso unklar und können so verschieden von jedem der beiden Interessenten aufgefaßt werden, wie in den menschlichen Verhältnissen, auf die sie angewandt werden sollen, beides sich stets vermischt findet. Ganz mit Recht macht *Prinz von Arenberg* darauf aufmerksam, daß Konflikte zwischen beiden unvermeidlich sind: „Es gibt in der Politik manche Gebiete, auf denen sich die Interessen von Kirche und Staat gegensätzlich verhalten, andere, auf denen sich ein nicht immer zu versöhnender konfessioneller Antagonismus geltend macht“ (96, 354). Und oft genug hat man gerade von römisch-katholischer Seite behauptet, daß es eigentlich nichts gibt, was nicht in irgend einer Weise zu der Religion — also den „göttlichen Dingen“ — in Beziehung stände. So tat es z. B. der Stadtverordnete *Wulff*: „Die religiöse Frage beherrscht die Verhandlungen, *aber was fiele außerhalb des Bereiches der Religion?* Dieser Lichtstrom, der Himmel und Erde verbindet, durchdringt ja die *feinsten* Adern des *ganzen* Menschheitsorganismus und sendet Lebenskraft in *alle* Triebe der irdischen Gesellschaftsordnung“ (96, 131). Damit wäre gemäß obiger Unterscheidung konstatiert, daß der Staat überhaupt kein Gebiet habe, das seiner Gewalt *ausschließlich* untersteht, daß die „Kirche“ in alle Dinge mit hineinreden könne. Damit wird zugleich die Versicherung Dr. *Müllers* hinfällig: „Führer . . und Volk sind entschlossen, in aller Zukunft den vollständigen kindlichen Gehorsam dem hl. römischen Stuhle in allen kirchlichen Fragen zu bezeigen, in den *rein weltlichen* Dingen aber *ihre Unabhängigkeit* zu bewahren, die Rom auch immerdar anerkannt hat und immerdar anerkennen wird“ (87, 19). Denn wenn es im Grunde nichts gibt, was „rein“ weltlich

wäre, wo bleibt da ein Machtgebiet des Staates? Und wer soll entscheiden, auf welcher Seite in Zweifelsfällen das Recht liegt?

Gröber meint — und das klingt ja recht „paritätisch“: „Wenn ein Konflikt entsteht zwischen den Trägern der Staatsgewalt und den Trägern der kirchlichen Gewalt . . . steckt irgendwo ein Fehler, auf der einen Seite oder auf der anderen Seite oder auf beiden Seiten“ (04, 447). Aber in Wirklichkeit wird ein korrekter Katholik kaum auf den Gedanken kommen, der Fehler läge auf seiten seiner Kirche, und der Staat sei ihr gegenüber im Rechte. Ebensowenig eröffnet das andere Wort *Gröbers* einen Ausweg: „Der Mißbrauch der staatlichen Autorität hebt die Pflicht des Gehorsams gegen die *innerhalb der Zuständigkeit der Staatsgewalt* getroffenen Maßnahmen keineswegs auf (Sehr richtig!)“ (04, 458). Denn die Kirche braucht ja nur im einzelnen Fall die Zuständigkeit der Staatsgewalt zu bestreiten, so ist alsbald den Katholiken die Möglichkeit genommen, sich gegen die Kirche auf seiten des Staates zu stellen. Wo die Anschauungen der „Kirche“ oder des Papstes denen der Staatsgewalt widersprechen, da bedeutet für ihn eben *dem Papst gehorchen soviel als Gott gehorchen*. Besitzt doch die Kirche nach seiner Überzeugung einen Schutz vor Mißbrauch ihrer Autorität, dessen die Staatsgewalt sich nicht rühmen kann. Denn, so sagt gerade *Gröber*: „Um die Gefahr des Mißbrauchs der Autorität dort zu vermeiden, wo ein solcher Mißbrauch am unerträglichsten wäre, namentlich da, wo es sich um die Fragen des ewigen Seelenheils handelt, um die Fragen des Glaubens und der Sitte, deshalb hat Gott bei Gründung seiner Kirche ihr auch *einen besonderen Schutz gegen den Irrtum* in Fragen des Glaubens und der Sitten verliehen, nämlich die *Unfehlbarkeit* der lehramtlichen Autorität der Kirche“ (04, 450). Der „Heilige Vater“ braucht also nur zu erklären, daß eine Angelegenheit nach seiner Überzeugung ins Gebiet des Glaubens falle, so müssen seine „Untertanen“ (Graf F. *von Galen* 93, 266) sich ohne alles Besinnen auf die Seite ihres kirchlichen Oberhauptes und gegen den Staat stellen. Ganz ungeschminkt sprach dies einst Lic. *Wick* aus: „Immer haben wir geglaubt, daß *der heilige Vater in Rom und die Bischöfe die Nachfolger der Apostel sind, und daß wir Gott zuerst geben müssen was Gottes und dann dem Kaiser*, was des Kaisers ist. Auf diesem Boden stehen wir *jetzt noch*“ (52, 85). Und dieser „vollständige kindliche Gehorsam“ der Katholiken gegen den Papst ist seit jener Zeit nicht geschwunden, sondern eher gewachsen.

Der Gehorsam gegen den Papst ist *unbedingt, blind*. Ihm heißt es Folge leisten, wie man Gott selbst sich unterwirft. Auf den Papst wenden die Katholikentage (z. B. der Aachener) die Schriftworte an, die sich auf Christus beziehen: „O heiligster Vater! . . . Wer nicht *für Dich* ist, der ist wider Dich, und wer nicht *mit Dir* sammelt, der zerstreut; wer nicht auf *diesem* Grundfelsen steht, der fällt, und wer über diesen Eckstein fällt, der wird zerquetscht. (?) Was immer für Irrtümer

und wen immer von Verführern Du, oberster Richter, verwirfst, verwerfen auch wir, wer aber Dir, dem Segenspender, flucht, und Dir, dem Bewahrer aller Güter, übel tut, der werde gerichtet von dem, der kommen wird zu richten die Lebendigen und die Toten" (Schreiben an den Papst 62, 19). Rundweg erklärt auch der Fürst zu Löwenstein: „Wir brauchen nicht nach inneren Gründen zu suchen; wenn einmal der heilige Vater, der Stellvertreter Christi, eine Sache gutheißt und empfiehlt, dann ist es von uns beschlossen und angenommen ohne jegliches Grübeln (Bravo!)" (97, 106).

Stets haben daher die Katholikentagsredner jene Leute als Musterkatholiken hingestellt, die bei Konflikten zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt über die Grenzen ihrer Befugnisse sich bedingungslos auf die Seite der Kirche stellten. So tat es z. B. Freiherr W. von Ketteler, als er von Erzbischof Clemens August von Droste-Vischerings Kampf mit der preußischen Regierung sagte: „Gott der Allmächtige erweckte den deutschen Sohn, der als Erzbischof der hl. römisch-katholischen Kirche auf dem Stuhl des ehemals heilig genannten Köln zuerst wieder das Wort sprach: ‚Man muß Gott mehr gehorchen als dem Könige.' Das katholische Bewußtsein machte von nun an nie geahnte Fortschritte" (63, 43). So hat man auch im Kulturkampf jene Priester, die dem Staatsgesetz den Gehorsam verweigerten und deshalb die auf Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz gelegte Strafe auf sich nehmen mußten, als solche gefeiert, die „dem Grundsatze gefolgt seien: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" (75, 94).

Offen weigert man sich noch heute gelegentlich, gesetzliche Bestimmungen anzuerkennen, die das Recht des Staates gegenüber der Kirche geltend machen. So Oberlandesgerichtsrat Marx, der in bezug auf die geringen Hoheitsrechte, die in Sachsen, Braunschweig und Mecklenburg die heutige staatliche Gesetzgebung noch für sich gegenüber der „Kirche" in Anspruch nimmt, ausdrücklich Mallinkrodts Ausspruch sich zu eigen machte: „Dieselbe Freiheit, kraft deren wir uns bekennen zu dem Autoritätsprinzip in der katholischen Kirche, dieselbe Freiheit hindert uns, uns solchen Gesetzen zu fügen und zu unterwerfen!" (08, 407.) Die Forderung, man solle den staatlichen Gesetzen dieselbe Ehrfurcht wie denen der Kirche darbringen, wird verhöhnt: „Majestät des Gesetzes! Wir kennen nur Eine Majestät, und das ist die Majestät Gottes. Wir kennen nur eine abgeleitete Majestät, das ist die Majestät der Könige und Fürsten, die im Namen Gottes regieren. (Bravo!) Aber, meine Herren, eine Majestät des Gesetzes, eines Gesetzes, das heute als gut, morgen als schlecht hingestellt wird und übermorgen abgeschafft wird, eine solche Majestät gibt es nicht. (Bravo!)" (Dr. Ratzinger 76, 316 f.)

Über dem Staatsgesetz steht für den korrekten Katholiken das kanonische Recht der Kirche. „Erzbischof Clemens August" — so sagt auch Dr. Cardauns — „tat einfach seine Pflicht als Bischof, indem er bei Ausspendung der Segnungen der Kirche sich nicht an ein Staatsgesetz . . ., sondern an das kanonische Recht und

an den Papst hielt" (77, 134). Im gleichen Sinne versicherte Groeber: „Die Rechte der katholischen Kirche sind älter und heiliger als alle andern Rechte, — da mache ich gar keine Ausnahme" (92, 265) und Graf zu Stolberg-Stolberg: „Die Gesetze der Kirche, sie kommen von oben herab, sie binden mich unter schwersten Strafen, und sie verlangen meine innere und äußere Unterwerfung, und sie bleiben dieselben bis zum Ende der Zeiten, ohne daß ich jemals hoffen könnte, das eine oder andere mir Mißfallende geändert zu sehen oder gar selbst zu ändern" (86, 177).

So besteht also ein tiefgehender Unterschied in der Stellung der Katholikentagsredner zur Staats- und zur Kirchengewalt. Die Kirche ist ihnen eben die höhere Rechtsordnung, der Staat die niedere. Wirklich untertan fühlen sie sich nur der ersteren.

Die Stellung der Katholikentage zu Papst und Kaiser.

Ein getreues Abbild der Stellung, die die Katholikentage kirchlicher und staatlicher Autorität gegenüber einnehmen, ist ihr Verhältnis zu den Oberhäuptern beider Rechtsordnungen.

Zwar suchen sie allen Anklagen, die in dieser Beziehung erhoben werden könnten, die Spitze abzubrechen durch Versicherungen wie: „Die Katholiken stehen ebenso treu zu Kaiser und Reich wie zu Papst und Kirche" (Dr. Laarmann 06, 18). Ja, sie drohen wohl gar: „Wir fordern geachtet zu werden als solche Deutsche, die sich an Liebe zum Vaterland und Treue gegen ihr Herrscherhaus von keinem Deutschen übertreffen lassen" (Dr. Schmitt 92, 145) usw.

Aber ihre Stellung zum Oberhaupte ihres Vaterlandes ist dennoch stark beeinträchtigt durch die Rolle, die für ihr Denken und Empfinden das Oberhaupt der Kirche, ihr Papst, spielt. Durch die Rücksicht auf ihn sehen sie sich gezwungen, eine Teilung ihrer patriotischen Empfindungen vorzunehmen, bei der das Oberhaupt der Nation weit weniger gut fährt als das der internationalen Kirche. Man sucht diese Tatsache zu verhüllen durch stolze Worte wie: „Das wahrhaft katholische Herz ist groß genug, in gleichem Maße Liebe, Treue und Gehorsam in sich zu bergen für die Kirche und ihr geistliches Oberhaupt, wie für das Vaterland, den Staat und sein weltliches Oberhaupt" (Dekan Stengert 91, 106).

Aber es ist nun einmal der menschlichen Natur nicht gegeben, „zween Herrn" — zumal solchen, die nicht selten in einen so scharfen Gegensatz zueinander geraten wie Papst und Kaiser — in gleicher Anhänglichkeit zu dienen. Schon der Umstand, daß sich der Katholik zwar sehr wohl einen Staat ohne Kaiser — einen republikanisch regierten Staat — vorstellen kann, niemals aber eine Kirche ohne Papst — dies würde ihm ja sein Glaube verbieten! — bedingt für ihn viel innigere Beziehungen zum Kirchen- als zum Staatsoberhaupte. Da ihm die Kirche aber außerdem die höhere Rechtsordnung ist, so achtet er auch ihr Oberhaupt, den Papst, höher als den Kaiser. Das verrät sich sogar in dem gekünstelten Versuch

des Seminarpräses Lausberg (08, 462 ff.), Behauptungen wie die Stengels dadurch andern plausibel zu machen, daß er auf die „zwei Naturen" hinweist, „die wir in Christus, dem Gottmenschen, verehren". Diese beiden Naturen seien in zwei Autoritäten vertreten, dem Papst und dem Kaiser. „Der Papst", fährt Redner fort, sei „der Vertreter der göttlichen Natur. Aber Ehre gebührt auch dem Kaiser, der den Menschen Christus vertritt." Dieses „auch" ist bezeichnend, nicht minder die ganze Unterscheidung, bei der es nicht zweifelhaft bleibt, wem die höhere Autorität zufällt.

So spricht man es denn frei und offen aus: Der Papst ist „die höchste Autorität", er ist der „Schlußstein und die Krone aller Autoritäten" (Gröber 04, 450). Ja, er ist „die einzige ganz und voll dastehende Autorität" (Windthorst 86, 307). Alle andern sind nur „abgeleitete Majestäten" (Dr. Ratzinger 76, 317). Alle andern Autoritäten kann die Welt daher auch entbehren, nur das Papsttum nicht. Denn, so demonstriert man, „wenn die konservativste wirksamste Macht, die gegen die Revolutionen aufgestellt werden kann, das ist der heilige Stuhl, wanken und verschwinden sollte, müßte ein Chaos entstehen" (Windthorst 88, 332).

Daß gerade jene Länder, in denen das Papsttum am meisten gilt, auch die von Revolutionen am meisten durchwühlten sind, daß in ihnen diese „konservativste, wirksamste Macht" sich also als ein sehr unwirksamer Schutz anderer Regierungsgewalten erwiesen hat, ja daß der Papst in seinem eigenen Gebiet der Revolution hat weichen müssen, macht seine Verehrer nicht irre. Jubelnd weisen sie daraufhin, daß das Papsttum als solches, wenn auch durch mancherlei Wechsel hindurch, sich eine längere Reihe von Jahrhunderten behauptet hat, um aus diesem Umstande zu schließen, daß keine andere Herrschergewalt auf Erden ihm ebenbürtig sei: „Welche Einrichtung läßt sich mit dem Papsttum vergleichen, neben dem Reiche vergehen und entstehen, Throne stürzen und sich erheben, — mit dem Papsttum, das die Verheißung hat, es werde dauern bis zum Ende der Zeiten! (Bravo!)" (Dr. Burlage 06, 261; vgl. Lennig 48, 70). Man könnte demgegenüber darauf hinweisen, daß 15 bis 19 Jahrhunderte in der Menschheitsgeschichte nur eine sehr kurze Spanne Zeit sind.

Auch dadurch setzt man alle andern Autoritäten herab, daß man das Papsttum als den „legitimsten" Thron von allen bezeichnet, wobei man besondere Genugtuung darüber verrät, daß sogar ein romantisch veranlagter protestantischer Preußenkönig ähnliches nachgesprochen habe: „Friedrich Wilhelm IV., der bei seinem letzten Besuche in der Stadt Rom zu seiner Umgebung sagte: ‚Für diesen legitimsten aller Fürsten, für diesen ältesten aller Throne würde ich gerne den letzten Heller und den letzten Mann meiner Armee opfern.' (Stürmisches Bravo!)" (Korum 87, 279; ähnlich Roeren 98, 216.)

Ja, man stellt alle andern Herrschergewalten auf Erden geradezu als Eintagsgeschöpfe hin, die wieder „ins Nichts zu versinken" bestimmt

sind, während man dem Papsttume ewige Dauer prophezeit und sich berauscht an der Verherrlichung dieser „Dynastie von Päpsten, die in ununterbrochener Reihe fortgeht bis ans Ende der Dinge, wo alle Dynastien, alle Völker, alle Mächte der Erde in ein Nichts versinken und der letzte Papst die Schlüssel des Himmelreichs Christo zurückgibt" (Dr. Porsch 00, 113).

An der Göttlichkeit dieser einzigen wahren Herrschermacht, die der Katholik kennt, kann ihn schlechthin nichts irre machen. Auch der Anblick der abscheulichsten Verbrecher auf dem päpstlichen Thron steigert nur seine Verehrung für das Papsttum. Erbprinz zu Löwenstein z. B. ruft aus: „Der Name Alexander VI. kennzeichnet den tiefsten Niedergang, den die Persönlichkeit des Stellvertreters Christi erleiden konnte. Er bedeutet zugleich die herrlichste, glorreichste, überzeugendste Apologie des Papsttums als göttlicher Institution. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) . . . Daß das Papsttum nicht hinweggefegt wurde, wenn in einer Reihe von weltlich leichtfertigen Päpsten durch volle 11 Jahre ein Mann den Stuhl Petri inne hatte, dessen sittenloses Leben das Gespött, das Ärgernis, der Haß seiner Zeitgenossen war: es war nicht menschenmöglich — gottesmöglich war es. (Bravo!) Er hatte seinem ersten Stellvertreter auf Erden gelobt, daß die Pforten der Hölle selbst den Fels nicht überwinden sollten, auf dem er seine Kirche gebaut. Hier hat dies Gotteswort die Feuerprobe bestanden. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)" (07, 444.)

Mit einem Byzantinismus, den dieselben Katholiken, würde er weltlichen Herrschern dargebracht, verabscheuen würden, wird der Papst umschmeichelt. Monsignore de Waal z. B. preist Pius IX., den Zeitgenossen eines Bismarck und Kaiser Wilhelm I., als „eine so große, eine so glänzende Erscheinung, daß alle Größen neben ihm verbleichen, wie die Sterne vor dem Glanze der Sonne" (75, 74). Leo XIII. ist für Dr. Knecht „der große Philosoph, der große Theolog, der große Diplomat". Auch „außerhalb unserer Kirche fließt man über von Bewunderung für diesen diplomatischen, diesen weisen, diesen milden Papst" (Dr. Porsch 87, 57). „Mit Begeisterung rufen wir es hinaus in die ganze Welt: Wie Kardinal Pecci das Ideal eines Kardinals, so ist er auch das Ideal eines Papstes" (93, 254). Ähnlich äußert man sich selbstverständlich auch über den gegenwärtigen Papst, Pius X. Und „eine Huldigung für das Oberhaupt unserer hl. Kirche" sind alle Katholikentage (Graf Praschma 08, 217).

Die Aufmerksamkeiten aber, die protestantische Herrscher den Trägern der päpstlichen Würde zuweilen erweisen zu sollen glauben, steigern den begeisterten Glauben, es liege alle Welt dem Papst zu Füßen. „Das Ansehen des Papstes ist seit dem Jahre 1870 in der Welt nicht verkleinert worden. Souveräne Fürsten schritten mit glänzendem Gefolge über die Schwelle des Vatikan und besuchten den Papst" (Dr. Burlage 06, 264). „Zu ihm wallen nicht bloß seine Kinder, die Gläubigen, um ihm erneut Gehorsam zu geloben. Ihm nahen auch die mächtigsten Fürsten

des Erdreichs. Zu seinen Füßen [!] legen sie, obwohl teilweise fremden Glauben bekennend, kostbare Geschenke nieder, nicht bloß als Zeichen der Verehrung für seine geheiligte Person, nein, im Banne einer hohen, einer göttlichen Idee, die sich in ihm verkörpert, unbewußt folgend der Macht des weltbeherrschenden und welteinigenden Glaubens, den er den Völkern lehrt" (Dr. Thaler 93, 58).

Wie Vasallen also, die ihrem Großkönige huldigen, erscheinen hier die Fürsten der Welt, an ihrer Spitze Deutschlands evangelischer Kaiser. Und ihre Throne mitsamt dem ketzerischen Glauben, den sie bekennen, schrumpfen in den Augen der diesem Schauspiel zuschauenden Katholiken zusammen und verlieren durch diese ihrer Meinung nach auf geheimnisvolle Weise erzwungenen Huldigungen ebensoviel an Glanz, als der Stuhl zu Rom dadurch gewinnt.

„Höher als das heidnische Kapitol ragt die Kuppel der Petrikirche über die Hügel der ewigen Stadt. Ebenso erhebt sich auch der Thron Petri über alle Throne der Welt. Reiche sind entstanden und vergangen, sein Reich bleibt und wird bleiben bis ans Ende der Tage, wie der Heiland selber es verheißen hat. Dieser gewaltigen Tatsache kann sich die Welt nicht entziehen. Und das ist, was auch die außerhalb der katholische Kirche Stehenden, ja selbst die erbitterten Gegner zwingt, vom Papst Notiz zu nehmen. Darum wetteifern auch nichtkatholische Monarchen selbst aus der heidnischen und islamitischen Welt, dem Papst zu seinem Jubiläum Huldigungen darzubringen. Und mit innigster Dankbarkeit sehen wir Deutsche, daß unser geliebter Kaiser, jede religiöse Überzeugung und jede kirchliche Organisation achtend, aus treuem Pflichtgefühl gegen seine katholischen Untertanen, aber auch in herzlicher Verehrung an unseres hl. Vaters Festen Anteil nimmt. (Lebhafter Beifall)" (Graf Praschma 08, 220.)

Ähnlich sprach sich schon einige Jahre früher Professor Ehrhard aus: „Wie die Kuppel von St. Peter sich im majestätischen Schwunge erhebt über alle Hügel der ewigen Stadt, so ragt das Papsttum hinaus über alle Institutionen, die sich im Leben der Menschheit abgelöst haben von den großen Reichen der alten Welt bis zu den in ihrer Weise nicht minder mächtigen Staatengebilden der modernen Zeiten" (05, 331 f.).

So steht also der Papst vor der Phantasie der Katholikentagsredner da als der wahre Weltenherrscher, vor dem alles in den Staub sinkt. Seine „geistige Weltherrschaft hat in der ewigen Stadt an der Tiber den Sitz des Cäsarentums eingenommen" (A. Reichensperger (58, 242). „Es gibt in der Welt keinen Richter, keinen Gesetzgeber, keinen Verwalter, dessen Arm weiter reicht, als der des Papstes" (Burlage 06, 261). Er ist „oberster Gesetzgeber" und „kann keinem Gesetz eines andern Souveräns unterworfen sein." „Souverän muß der Papst sein, souverän allen Souveränen gegenüber. . . Nur wenn er souverän und frei ist, kann der Papst Vater aller Christen und oberster Richter sein, dem die Völker und Fürsten sich unterwerfen können" (Pf. Ibach 81, 201).

Und kein Geringerer als Windthorst ruft das stolze Wort in die Welt hinaus: „Seht in Rom, im Vatikan, der Greis, der die Welt regiert — mögen sie sagen, was sie wollen,

er regiert sie doch!" (85, 343.) „Lebhafte Beifalls- und Hochrufe" aber schallen ihm aus der Katholikenversammlung bei solchem Rühmen der Papstgewalt entgegen.

Und man will uns glauben machen, einer Herrschermacht, die so hoch über alle andern erhoben wird, sei man um keinen Grad inniger, treuer zugetan, als dem Regenten eines einzelnen Staates! Nein, der wahre Kaiser der römischen Katholiken ist ihr Papst. Um ihn dreht sich all ihr Denken und Empfinden. Blicken sie rückwärts auf Ereignisse der Vergangenheit, so ist es zuerst des Papstes Ergehen, nach dem sie fragen: „Meine Herren, wenn Katholiken einen Rückblick werfen auf die Ereignisse einer Zeitperiode, dann richtet sich ihr Blick zuerst immer nach Rom, der ewigen Stadt (Bravo!), nach Rom, wo der Statthalter Jesu Christi, wo unser geliebter heiliger Vater, wo der Hohe Priester der ganzen Christenheit seines hohen Amtes waltet" (Graf Ballestrem 92, 429). Erklingen Lieder von ihren Lippen, so lassen sie „zuerst den Gruß erschallen zum heiligen Rom". „Zuerst", so hebt auch Graf Ferdinand von Galen an, „möchte ich in unserer aller Namen den Gruß, Gelobt sei Jesus Christus, rufen ultra montes zum Vatikan (Bravo!)" (93, 78). Das erste Begrüßungstelegramm auf ihren Tagungen ist dem „heiligen Vater" gewidmet. Es ist zugleich das am wärmsten gehaltene von allen (s. 00, 320), weil für Katholiken eben der „leichteste" aller Grüße: „Hochverehrte Festgenossen! Überall, wo katholische Männer zum festlichen Mahle versammelt sind, ist der erste Gruß, den dieselben, nach alter Sitte als Trinkspruch, ausbringen, nach Rom, an den Nachfolger Petri, gerichtet. (Bravo!) Er ist nicht nur der erste, er ist auch der leichteste aller Trinksprüche; denn er bedarf keines Wortes der Begründung, keiner Silbe der Anfeuerung. (Sehr wahr!)" (Dr. Lieber 85, 360 f.)

Wie tiefe Herzenstöne zittern durch diese Trinksprüche, mit dem man an festlicher Tafel vereint des römischen Papstes gedenkt!

„Wenn nur sein Name genannt wurde, so brach der Jubel des versammelten Volkes" los. Und wie könnte es anders sein? Ist es doch nicht nur der Stellvertreter Christi auf Erden, ist es doch nicht nur das Zentrum der katholischen Einheit, der unfehlbare Lehrer der katholischen Wahrheit, den wir in unserem hl. Vater verehren, sondern es ist auch der heiligmäßige, große Papst, zu dem nicht bloß die Katholiken der ganzen Welt alle mit begeisterter Liebe emporschauen, sondern dem auch Akatholiken und selbst Feinde der Kirche ihre Huldigung und Ehrerbietung nicht versagen können. (Bravo!) . . . Denjenigen, den Gott gesandt hat, die Kirche Christi zu regieren, denjenigen, den er mit der höchsten Würde auf Erden bekleidet hat, denjenigen, der sich auszeichnet durch alle Tugenden, der ein Muster ist von Weisheit und Liebe und Kraft und Geduld" usw. (Präsident Müller 88, 360.)

In kühleren Worten gedenkt man unmittelbar nach solchem Überschwang des Kaisers: „Der Katholik ist nicht gewohnt, seinen Patriotismus in die Welt hinauszuschreien. . . . An der Spitze unseres Vaterlandes steht ein Kaiser, der auf unsre Treue baut, und wir, wir blicken hoffnungsvoll zu ihm auf, und die Treue, wir werden sie ihm halten. (Bravo!)" (Graf von Helmstatt 88, 361.)

Und wenn auch unter dem Regiment eines so eifrig die Liebe der katholischen Untertanen suchenden Herrschers, wie es Wilhelm II. ist, vor der Fülle der von diesem der römischen Kirche erwiesenen Huldbeweise das Eis kühler Pflichterfüllung mehr und mehr schmolz, nie kam es so, daß der Papst, was die Wärme der von den Katholikentagen dargebrachten Huldigungen anlangt, etwa Ursache gehabt hätte, den Kaiser zu beneiden. Der tiefe Unterschied in der Stellung der Katholikentage gegenüber den Vertretern der beiden höchsten Gewalten, denen sie sich untertan fühlen, ist unverkennbar.

Der Papst als oberster Richter der Fürsten und Völker.

Im Mittelalter hatte der Papst jene Stellung, die die deutschen Katholikentage für ihn wieder erstreben, und die der Präsident des 1875er Katholikentages in den begeisterten Worten schildert: „Das Mittelalter läßt sich vergleichen mit einer großen Flotte, die unter einem erfahrenen Admiral dem Hafen entgegensteuert, der ihm allein bekannt ist. Die Blicke der Kapitäne sind auf den Mast des Admiralschiffes gerichtet, das die Signale gibt. Sobald sich ein Schiff von der Flotte trennt, so irrt es unstät umher auf weitem Ozean und zerschellt endlich; die Flotte aber läuft sicher in den ruhigen Hafen“ (Frhr. v. Wambolt 75, 183).

Damals standen die Fürsten und Kaiser noch in dem Verhältnisse zum „Heiligen Vater“, wie Bischof von Hefele es zur Erbauung seiner Zuhörer von Kaiser Sigismund in Konstanz berichtete: Von Überlingen her kam der soeben in Aachen zum deutsch=römischen König gekrönte Sigismund „in der Christnacht hier an, zog sogleich in die Domkirche und sang hier beim sogenannten Hirtenamte, welches der Papst Johann selbst abhielt, als Diakon das Evangelium mit der Dalmatik eines Diakons und mit der Kaiserkrone auf dem Haupte“ (80, 237).

Jene goldene Zeit der allbeherrschenden römischen Priesterherrlichkeit hatte, wie Professor Dr. Hergenröther begeistert ausführt, „die Idee des wahren Gottesreiches“ gebildet, „des auf die Erde gepflanzten Himmelreichs. . . . Da erstrahlte die Kirche in wunderbarer Mannigfaltigkeit, herrlich wie eine Königin geschmückt. Ihre Oberhäupter waren Lenker und Schiedsrichter der Könige und Völker, die Väter und Lehrer der Einen großen christlichen Familie, die Schirmherren des Rechtes und der Gerechtigkeit; das Gesetz Christi zur Herrschaft zu bringen war ihr eifrig verfolgtes Ziel“ (76, 74 f.).

Damals durfte der Papst es wagen, Fürsten und Kaiser nach Gutdünken ein= und abzusetzen. Man erkennt in Katholikentagskreisen an, daß dies heute unmöglich ist, aber bisweilen wird diese Wandlung offenbar bedauert, so von Hofrat Professor Dr. Phillips:

„Es haben Päpste im Mittelalter Fürsten abgesetzt. War das eine Usurpation? Nein. Der Papst war nach der damaligen Vorstellung — die moderne Idee verträgt das freilich nicht — der gemeinsame Vater der ganzen Christenheit und von der Unterwerfung unter dieses Oberhaupt des christlichen Gemeinwesens

war niemand, auch kein Fürst, ausgenommen. Wenn also ein Fürst gegen die göttlichen Gesetze öffentlich fehlte, so war es der Papst, der ihm dieses göttliche Gesetz vorhielt, und wenn der Fürst sich hartnäckig weigerte, dem Gesetz Gottes Folge zu leisten, und wenn das Volk, das er beherrschte, dadurch in Gefahr kam, daß es ebenfalls gänzlich von dem Leibe der Kirche abgetrennt wurde, und wenn des Volkes Stimme in solcher Not den Papst ansprach, dann sprach dieser aus, daß der Fürst vom Volke getrennt sei! Man denkt sich dieses Verfahren im Mittelalter immer so schrecklich und will deshalb das völkerrechtliche Tribunal des Papstes gänzlich verwerfen. Indes ist das Bedürfnis nach solchem Tribunal in allen Zeiten vorhanden, in unserer Zeit ebenso dringend, wie in jener Vergangenheit (Bravo!). Daß etwa heute die Päpste sich die Entscheidung über derartige Fragen aneignen, das bringt ihre dermalige völkerrechtliche Stellung nicht mehr mit sich“ (71, 91 f.)

Sollte denn aber wirklich jene goldene Zeit nie zurückkehren, in der der „Heilige Vater“ wieder über allen Herrschern auf Erden in alter Machtfülle thronen wird? „Werden die Völker und Staaten ihren stolzen Nacken wieder beugen unter das sanfte Joch Jesu Christi, werden sie . . . wieder den Statthalter Christi als das geborene Oberhaupt der großen christlichen Völkerfamilie anerkennen? O ja, meine Herren, die Wahrheit wird siegen.“ Felix von Loë ist's, der als Präsident der Würzburger Tagung diese Zuversicht ausspricht (77, 53). Und Moufang hat jenen Zustand schon vordem als eine „Forderung des Christentums“ hingestellt: „Das Christentum will, daß nicht nur die einzelnen Menschen einander als Nächste und Brüder lieben, sondern es sollen alle Völker eine große Familie Gottes als des allgemeinen Vaters aller Menschen auf der Erde bilden. In dieser Idee liegt der Ursprung des christlichen Völkerrechts und daraus stammte auch der erhabene Gedanke, daß an die Spitze dieser christlichen Völkerfamilie ein christlicher Friedensfürst gestellt sei, der Recht spräche, wenn Volk gegen Volk, wenn Fürst gegen Fürst, wenn der Untertan gegen seine Obrigkeit Ursache zur Klage hätte. (Lebhaftes Bravo!)“ (71, 35.) An jenem Tag der Erfüllung aber wird der Papst die als verlorene Söhne reumütig heimkehrenden Staaten, Könige und Kaiser gnädig wieder annehmen, damit sie ihm hinfort in besserem Gehorsam dienen als vordem: „Wenn die Zeit gekommen ist, daß die eine Ordnung Gottes, der Staat, der aber jetzt in Verirrung ist, und die andere, die höhere Ordnung Gottes, die Kirche, sich wiederum einigen, dann ist es der Papst, an den man sich zu wenden hat, dem der Heiland besonders beisteht, von dem gesagt ist, daß er und sein Glaube nicht wanke, sondern die Brüder zu stärken habe: Der bietet dann die Hand zum Frieden. Die Kirchengeschichte ist voll von derartigen Vergleichen, in welchen der Vater zu den Verirrten sich herabläßt [!] und wobei sich das wiederholt, was der Heiland in der Parabel von dem verlorenen Sohne [!] so wunderbar schön und so lehrreich für jeden und so auch für welthistorische Aussöhnungen dargestellt hat“ (Dr. Moufang 76, 108 f.).

Noch immer erkennt man ja auch dem Papst die Befugnis zu, die

Gesetze der Staaten nach seinem Gutdünken für null und nichtig zu erklären. J. Bachems Worte lassen dies deutlich erkennen, wenn er die Angriffe katholischer Blätter auf Kaiser Wilhelms I. Brief, in dem der Anspruch des Papstes auf seine geistliche Oberhoheit auch über protestantische Fürsten und Völker zurückgewiesen wurde, mit den Worten billigt: „Meine Herren, es war unter den damaligen kritischen Umständen richtig, daß so verfahren wurde, wie es auch richtig war, daß die katholischen Blätter auf jede Gefahr hin die Enzyklika Papst Pius' IX., in welcher die Maigesetze als leges irritae, als in sich nichtige Gesetze bezeichnet wurden, abdruckten" (85, 254).

Wie aber kann man wohl in unserer, einer priesterlichen Weltherrschaft so ungünstigen Zeit dem Ziel der Zurückführung jener mittelalterlichen Zustände näher kommen? Eine seltsame Ironie des Schicksals sollte es fügen, daß kein anderer als Bismarck den Verehrern mittelalterlicher Papstherrlichkeit einen Weg wies, der ihre Hoffnungen gewaltig wieder belebte. Im Streit um die Karolinen-Inseln schlug er im Jahre 1885 den Papst zum Schiedsrichter zwischen Deutschland und Spanien vor. Es war, da der Papst gegen Deutschland und für Spanien entschied, für unser Vaterland, das die Inseln hinterher für teures Geld kaufen mußte, freilich ein kostspieliges Experiment. Aber für die katholische Sache bedeutete der Schritt des in der ganzen Welt so angesehenen Staatsmannes einen gewaltigen moralischen Gewinn. Zum Gaudium der Katholikentagsbesucher wies man später wiederholt darauf hin, wie ja das Schiedsrichteramt der Völker, das dem Papste zukäme, durch Bismarcks Schritt, wenn auch ohne sein Wollen, tatsächlich bereits anerkannt worden sei. „Was er (Bismarck) dabei für Absichten etwa verfolgte, das will ich nicht untersuchen (Heiterkeit und Beifall); aber die Tatsache besteht, daß er dieses Schiedsrichteramt zwischen Deutschland und Spanien in Anspruch nahm, und daß der Schiedsspruch des Papstes respektiert wurde, obwohl er Deutschland ungünstig war (Bravo!)" (Graf Ballestrem 92, 431, vgl. auch 06, 264). 1887 wurde dann beim Trierer Katholikentag der Antrag eingebracht, der dazu bestimmt war, den von Bismarck gewährten Vorteil auszunutzen und zugleich die modernen Weltfriedensbestrebungen den konfessionellen Sonderbestrebungen des Katholizismus dienstbar zu machen (87, LXI ff., vgl. 97, Anh. S. 3). Seitdem stand diese Forderung auf den Programmen der Katholikentage. Vom Jahre 1890 ab wurde sie „mit großer Feinheit", wie Rochus von Rochow bemerkt, in die herkömmliche Entschließung der Katholikentage bezüglich Wiederherstellung des päpstlichen Kirchenstaates „hineingeflochten" (90, 343). Der betreffende Abschnitt lautete nunmehr: „Die 37. Generalversammlung der Katholiken Deutschands spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß die dem heiligen Stuhle gebührende Weltstellung immer mehr zur Anerkennung gelangt und ist fest überzeugt, daß diese Weltstellung zur Aufrichtung des Friedens, sowie zur Vermittlung der widerstreitenden Interessen der

Völker und der Gesellschaftsklassen dasjenige leisten werde, was weltliche Macht nicht vermag" (90, 343). R. von Rochow bezeichnete die hierin enthaltene „Hindeutung auf die Folgen der richtigen Weltstellung des heiligen Stuhles in bezug auf sein Schiedsrichteramt in allgemeinen und sozialen Fragen" zugleich als eine wesentliche Verstärkung der Ansprüche des Papstes auf seine Souveränität im Kirchenstaate.

Die Form der Forderung blieb seitdem eine Reihe von Jahren (z. B. 97, 111; 98, 121) im wesentlichen dieselbe. Im Jahre 1895 (S. 83) wurde wegen der 25. Jahresfeier der Wegnahme Roms ein diesbezüglicher Zusatz gemacht, der im Jahre 1897 wieder fortfiel (97 Anh. S. 5). Die „Errichtung und Anerkennung des internationalen Schiedsrichteramtes des heiligen Stuhles" bezeichnete diese Form der Resolution „als ein dringliches Erfordernis für die Wohlfahrt der Völker" (95, 84). Im Jahre 1899 nahm man die Änderung vor: Generalversammlung „erkennt in der Stellung und Aufgabe des Papsttums in der Welt den wichtigsten Faktor zur Sicherung des Friedens und hält darum den heiligen Stuhl in erster Linie für berufen, der Schiedsrichter bei jedem Interessenstreite der Völker und Staaten zu sein" (99, 48, vgl. 00, 82 usw.). Und Kardinal Fürstbischof Kopp gab hierzu noch die Begründung: „Nun ist das Papsttum, wie auch der Herr Präsident mit Recht hervorhob, die größte religiöse Macht der Welt. . . . Darum ist das Papsttum auch der berufene Schiedsrichter zwischen den Völkerstreitigkeiten (?), und darum betrachtet es der Papst als eines von den hohen Idealen, diese Rolle in der Welt einnehmen zu müssen" (99, 131). Seit dem Jahre 1903 (siehe S. 64 und 145) hat man es allerdings für rätlich gehalten, diese Forderung stillschweigend bis auf „bessere Zeiten" verschwinden zu lassen.

Der ganze Vorstoß aber ist ein merkwürdiger Beweis für die Selbsttäuschung, zu der religiöse Schwärmerei leicht verführt. Denn kaum dürfte sich in der Welt ein zweiter Mensch finden, dem viele Millionen Menschen ein so tief eingewurzeltes Mißtrauen entgegenbringen, wie gerade dem römischen Papst. Kaum wird deshalb jemand für die Stellung eines Unparteiischen, eines Schiedsrichters über die in konfessioneller Beziehung so vielgestaltige Völkerwelt weniger geeignet sein als dieser einseitige und unduldsame Verfechter der Interessen einer einzelnen Konfessionsrichtung, der alle andern immer wieder anklagt und verdammt.

Katholikentage und Vaterland.

Aus dem Mitgeteilten läßt sich schon manches entnehmen zur Beantwortung rhetorischer Fragen wie: „Ob eine Gesellschaft von Männern denkbar ist, in welcher die Liebe zum Vaterlande mehr, reiner und edler zum Ausdruck kommen" könne (Wacker 90, 354), oder zur Beurteilung von Versicherungen ähnlich den folgenden: wir lassen uns „an Patriotismus" (Regierungsrat Klocke 04, 245), wir lassen uns „an Vaterlandsliebe von niemand übertreffen, am allerwenigsten-

von denjenigen, die sich mit Vorzug als nationale Parteien bezeichnen (Sehr wahr)" (Custodis 03, 124, ähnlich auch Gröber 05, 228). Oder: „Mit aller Energie verwahren wir uns dagegen, daß es Deutsche geben könne, die von größerer Liebe und Begeisterung fürs Vaterland erfüllt seien. Wir erheben mit der ganzen Kraft der Überzeugung Einspruch gegen den Vorwurf, daß die Liebe zu unserer hl. Kirche die Liebe zum Vaterlande beeinträchtige" (Dr. Ursey 98, 104; vgl. Dr. Feldhaus 06, 478 usw.).

Zweifellos gehen solche Aussprüche darin zu weit, daß sie den ultramontanen Patriotismus als völlig gleichwertig mit dem anderer vaterlandsliebender Staatsbürger hinstellen. Andererseits aber läßt es sich wohl verstehen, wenn man schon auf einem der ersten Katholikentage, nämlich in Linz, sich über den zu weit gehenden Vorwurf beschwert: „wir hätten kein Herz für das Vaterland" (50, 161). Die Wahrheit liegt eben auch hier in der Mitte.

Daß die Anhänger des auf den Katholikentagen seine Vertretung findenden ultramontanen Katholizismus Vaterlandsliebe haben, darf man nicht leugnen. Kein Mensch — es sei denn, daß er in einem ganz abnormen Grade Fanatiker der Idee wäre, und das ist die Mehrzahl nie — kann sich der Anhänglichkeit an die Scholle, auf der er geboren wurde, an das Land, in dem er aufwuchs, ganz entschlagen. Und wenn die Katholikentagsredner oft betonen, daß sie Vaterlandsliebe besitzen, so meinen sie das ehrlich. Dr. Pieper versichert: „Vaterländische und nationale Gesinnung ist uns nicht bloß religiöse Pflicht, sie ist uns auch ein natürliches Bedürfnis, eine angeborene Pflicht" (06, 452).

Aber unleugbar ist auch manches Richtige in dem, was Roeren ausführt: „Man hat aus der Ergebenheit zum hl. Vater vielfach den Vorwurf der mangelnden Vaterlandsliebe oder sogar der Vaterlandslosigkeit gemacht, indem man sagt, daß diejenigen, die stets nach Rom hinsehen, auch in Rom ihr Vaterland erblicken. . . . Ich persönlich habe mich in meinem ganzen Leben noch nicht veranlaßt fühlen können, gegen einen solchen Vorwurf mich zu verteidigen, weil der Begriff der Vaterlandsliebe zwischen denjenigen, die jenen Vorwurf so gern gegen andere erheben, und denjenigen, gegen die er erhoben wird, so himmelweit auseinander geht, daß eine Auseinandersetzung zu einem praktischen Resultat doch nicht führen wird" (98, 211 f.).

Mit großem Rechte macht dieser Redner darauf aufmerksam, daß zwischen der Vaterlandsliebe der ultramontanen Katholiken — der „wahren" Vaterlandsliebe, wie sie es nennen — und dem schlichten natürlichen Patriotismus anderer Leute eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Der schlichte Patriot nämlich kann sein Herz ungeteilt vaterländischen Interessen weihen. Der ultramontane Katholik dagegen muß hier jene Teilung vornehmen, die z. B. in des Kanonikus Chauderet Worten sich verrät: „Bei Gott! ich will mein Vaterland nicht anklagen. Wenn das Herz des Priesters für Pius IX. schlägt, so schlägt es auch [!] für sein Vater-

land" (71, 125). Die Empfindungen sind geteilt; die Vaterlandsliebe wird dabei abhängig von anderen, stärkeren Gefühlen. Denn, so sagt Roeren: „In demselben Maße wird die wahre Vaterlandsliebe in uns gefestigt und zuverlässiger gemacht, je inniger und fester wir uns an die Kirche anschließen (Bravo!)" (98, 212).

Drücken wir es ganz deutlich aus: Heller als für das (deutsche) Vaterland lodert die Begeisterung dieses katholischen „Patrioten" für die (römische) Kirche. Das Charakteristische, Wesentliche ist, daß für sie das Vaterland stets erst in zweiter Linie in Betracht kommt. Ihre stärksten Empfindungen gehören dem „höheren Gut": der römischen Kirche. Michelis hat es einmal direkt ausgesprochen: „Wo ich für meinen katholischen Glauben wirken kann, da ist mein Vaterland! (Bravo!)" (50, 73.)

Nach dieser Richtung hin ist also die Vaterlandsliebe der Ultramontanen begrenzt. Der echte Ultramontane wird bereit sein, die Interessen seines Vaterlands preiszugeben, wenn diese den Interessen der römischen Kirche zuwiderlaufen, dies allerdings stets in der Meinung, die Kirche wisse besser, was dem Vaterlande zum Segen dient, als dieses es selber zu beurteilen verstehe.

„Das wäre ein schwerer Vorwurf für uns Katholiken", sagt Dekan Dr. Hammer (98, 89), „wenn man von uns sagen könnte, wir lebten nicht fürs Vaterland.". Alsbald fügte jedoch auch er ein „Aber" hinzu: „Wir haben aber noch ein höheres Vaterland und das ist unsere heilige katholische Kirche."

Während also die übrigen Christen nur ein himmlisches und ein irdisches Vaterland kennen, muß der Ultramontane seine patriotischen Empfindungen zwischen Vaterland und Kirche teilen. Dabei stehen für ihn diese beiden dem Range nach nicht gleich, sondern das römische „Vaterland" steht über dem deutschen. „Es ist", führt Pater Bonaventura in Bonn (00, 244) aus, „darauf hingewiesen worden von dem Herrn Präsidenten dieser Versammlung, daß so sehr wir Katholiken unser Vaterland lieben, wir uns dennoch bewußt sind, daß uns die heilige Kirche teurer sein muß als das irdische Vaterland." Habe ersteres doch auch höhere Aufgaben als letzteres. Früher hat Himioben sogar gesagt: „Die katholische Kirche hat kein begrenztes Vaterland. Wir singen nicht: Was ist des Deutschen Vaterland? — wir singen: ‚Was ist der Katholiken Vaterland?' Das hat keine Grenzen" (49, 16).

Für Dr. Ursey ist diese Vorzugsstellung der Papstkirche vor dem Vaterland darin begründet, daß erstere dem Katholiken gleichbedeutend ist mit dem himmlischen Vaterlande: „‚Die katholische Kirche', sagt Windthorst, ‚hat die Aufgabe, den Beruf und das Recht, die ganze Welt in ihren Schoß aufzunehmen.' Dieses Recht wird sie sich nicht nehmen lassen. Zur Verfassung der katholischen Kirche gehört die Autorität des Papstes. An dem wollen wir festhalten und müssen wir festhalten. Wenn wir darum gescholten werden, so erklären wir, das himmlische

Vaterland wird uns immer höher stehen, als das hier auf Erden" (98, 106).

Man drückt dieses viel innigere Verhältnis zum römischen „Vaterland" gern auch so aus, daß man der „Kirche" den edleren Teil des Menschen, das Innere, zuweist, während das deutsche Vaterland sich mit dem unedleren, dem Leib, zu bescheiden habe. So Roeren in den Worten: „Sie kennen wohl alle das schöne Testament, welches Daniel O'Connel hinterlassen, dieser wahrhaft christliche Held und glühende Vaterlandsfreund. Es ist kurz und lautet: Meinen Leib für Irland, mein Herz für Rom, meine Seele für den Himmel. Diese Worte bringen so recht zum Ausdruck, was der Katholik unter Vaterlandsliebe versteht und verstehen soll" (98, 212).

Unter solchen Umständen darf es nicht wunder nehmen, daß der Stolz, sich der römischen Kirche zuzählen zu dürfen, bei diesen Katholiken das Hochgefühl, ein Bürger des deutschen Vaterlandes zu sein, weit überwiegt. Nicht die Größe des deutschen Vaterlandes an sich ist es, was z. B. Dr. Lingens' Herz höher schlagen läßt. Erst als er auf einer Pilgerfahrt in Rom wahrnimmt, mit welcher Bewunderung alle Klerikalen der Welt auf die Bischöfe Deutschlands blicken, die sich zu Ehren und Vorteil des Papsttums in den Kulturkampf gegen den preußischen Staat stürzten, wird auch er stolz auf sein Vaterland. Er ruft aus: „Wir Deutsche werden vielfach gemahnt, verehrte Herren, uns zu erfüllen — wie soll ich es nennen? — mit Vorstellungen von der Machtfülle und äußeren Größe des Deutschen Reiches. Aber jetzt erst, als wir die wahre und ungewöhnliche Größe unserer deutschen Bischöfe und Oberhirten vor Augen hatten, als wir wahrnahmen, wie diese Größe anerkannt, gewürdigt und bewundert wurde vom Universum, da haben wir als Deutsche uns unsäglich gehoben gefühlt" (77, 27). So steht also die Haltung der ultramontanen Katholiken unserer Zeit gegenüber dem Vaterland im vollen Einklang mit ihren übrigen Anschauungen von Wert und Bedeutung der Kirche und des Staates.

Katholikentage und Nationalität.

Mit seiner Stellung zum Vaterlande ist die Stellung des ultramontanen Katholiken zum eigenen Volke, zur Nation, schon grundsätzlich gegeben.

Auch hier — wie überall — die rhetorische Behauptung, man tue es andern völlig gleich. Die Katholiken, sagt beispielsweise Dr. Cardauns, sind „auf ihre Nationalität so stolz und so gute Deutsche wie andere" (02, 240). Aber auch hier wieder der Vorbehalt: Selbstverständlich steht uns unter allen Umständen der Katholik — also auch wenn er deutschfeindlich ist — näher als der deutsche Nichtkatholik. Dieser Gesinnung rühmt sich Justizrat Sieger in den Worten: „Meine Herren, der Vorsitzende unseres Ausschusses, Graf Galen, hat heute morgen ein sehr wahres Wort des früheren Reichskanzlers, des Fürsten Bismarck, uns mitgeteilt. Der Fürst Bismarck habe gesagt: ‚Wohin ich komme in andere Länder, in andere Staaten, die Katholiken dieser Staaten sind zunächst national, und dann sind sie katholisch; allein Ihr Katholiken hier in Deutschland, ihr seid zunächst katholisch und dann national.' (Bravo!) Meine Herren, ich weiß nicht, ob der erste Teil dieses Ausspruches so unbedingt richtig ist, allein voll und ganz können wir den zweiten Teil unterschreiben" (90, 176).

Die internationale Romkirche ersetzt dem korrekten Ultramontanen gewissermaßen die Nationalität. Er fühlt sich wohl, wenn er letztere abstreifen kann zugunsten der ersteren. „Wenn wir, meine Herren, nach Rom pilgern, wenn wir in Rom unseren Sitz aufschlagen, wenn wir so das Deutsche gewissermaßen abstreifen, werden sich dort Franzosen und Deutsche, Spanier und Amerikaner die Hand reichen. Rom kennt keinen Unterschied der Nation, in Rom gibt es nur eine Nation, das ist die katholische" (Thywissen-Ramsau 80, 358). Im Vergleich zu der Zugehörigkeit zu dieser römischen internationalen „Nation" erscheint dem Propst Beckmann das Volkstum geradezu als Nichtigkeit. Er rühmt (60, 168) seinen Magdeburger Kirchenvorstand, weil in ihm neben dem Preußen der Ungar, der Illyrier, Franzose und Pole gesessen habe, alles Leute, wie er sagt, bei denen „alle Nationalität geschwunden" sei und die „um solche Kleinigkeiten der Welt sich nicht bekümmern. (Beifall.)" In solchem Zusammenhang erscheint auch das Wort des Pfarrers Michelis (60, 100) charakteristisch: „Das Evangelium sagt, wenn dein Auge oder deine Hand oder dein Fuß dich ärgert, so haue ihn ab und wirf ihn von dir, denn es ist besser, daß ein Glied deines Körpers zugrunde gehe, als daß dein Körper in das ewige Feuer, in die Hölle, geworfen werde; und das mag wohl ganz besonders von den Nationalitäten auch gemeint sein. Ob ich ein Tscheche bin, ob ich ein Deutscher bin, was soll das, wenn ich nur ein wahrer Katholik bin (Beifall)." Nicht anders steht Moufang. Er bestreitet auf der Freiburger Tagung der Nationalität überhaupt grundsätzlich jedes Recht. Nationalsinn ist ihm gleichbedeutend mit Spießbürgertum, die Zugehörigkeit zur Kirche aber alles. „Ich kann nicht umhin, der Geistesbeschränktheit unserer Blätterweisheit meine hohe Bewunderung zu zollen. Alles spricht jetzt von Nationalitäten, italienischer, ungarischer usw. Nationalität, so daß sogar einem Deutschen übel werden kann, obgleich er jetzt mehr National-Theater hat als Nationen. Sind die Nationalitäten, ich frage nicht, verständig, aber ich frage: sind sie christlich?" Moufang verneint dies rundweg. Das Christentum lasse keinen Volks- noch Sprachenunterschied zu. Solange es aber keinen nationalen Himmel gäbe, würde es auch auf Erden „mit den Nationalitäten windig aussehen". „Wie hoch standen im Vergleich zu unserer Spießbürgerei die ersten Kreuzzüge, die trotz der verschiedenen Sprachen und Zonen dennoch im selben Geiste einig dasselbe Ziel erstrebten und errangen; wie hoch sogar der heidnische

Römer, der die Nationalitäten von drei Weltteilen in sich *begrub*, ohne an Nationalitäten zu denken“ (59, 238).

Man grämt sich deshalb auch auf Katholikentagen gar wenig über das leider vielfach nur schwach entwickelte Nationalgefühl der Deutschen. *Huhn* fühlt das Bedürfnis, sich zu *entschuldigen*, als er einmal bei Empfehlung eines kirchlichen Werkes das Deutschtum zu betonen scheint: „Der Palästinaverein soll, wenn er auch in erster Linie das Wort katholisch auf seine Fahne schreibt, zu diesem Worte noch ein zweites schreiben, nämlich das Wort ‚*deutsch*‘, er soll die katholischen Interessen im heiligen Lande und die katholischen Interessen der Deutschen im heiligen Lande fördern“ (85, 117). . . . „*Fürchten Sie nicht*, meine Herren, daß wir in einen Fehler heute verfallen, der auf unseren Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands *niemals eine Heimstätte gefunden* hat, nämlich den Fehler des *Nationalitätenschwindels*, — der sei ferne von uns!“ (85, 119.)

Ganz schlecht ist man auf das *Alldeutschtum* zu sprechen. Und es entsprach offenbar dem Empfinden seiner deutschen Hörer, wenn der holländische Katholikenführer Dr. *Schaepmann* den Katholikentag in folgender Weise anredete: „Sie werden es mir verzeihen, wenn ich Ihnen in diesem Jahrhundert der ‚Nationalität‘ nicht von Ihren holländischen ‚Stammgenossen‘ rede. Das Wort Stammgenosse hat etwas sehr Verfängliches, und wir sind unserem Herrgott sehr dankbar, überaus dankbar, daß wir Katholiken sind; und *wenn* wir neben *dieser* Dankbarkeit noch ein Gefühl im Herzen haben, dann ist es die Dankbarkeit, daß wir freie unabhängige Holländer sind“ (85, 73). Und wie *Huhn* vom Nationalitätenschwindel sprach, so klagt der Leiter der katholischen Mission in Deutsch-Südwestafrika, P. *Nachtwey*, über „allzustarke Betonung der Nationalität“ auf dem Missionsgebiet (05, 272). Der Jesuit *Seiler* lehnt den „Nationalitätenhader“ ab (06, 343), und seine Teilnahmlosigkeit gegenüber den schwerbedrängten deutschen Volksgenossen in Österreich gipfelt in den Worten: „Niemals werden wir einstimmen in den Nationalitätenzwist“ (06, 350). Dr. *Cardauns* wirft den dort um ihr Dasein ringenden Deutschen vor, sie machten aus der Nationalität ein „Götzenbild“ (vgl. auch 02, 222) und fährt höhnend fort: „*Gott bewahre uns deutsche Katholiken vor diesem nationalen Überschwang, vor diesem abgeschmackten Kultus des Germanentums*, dessen Oberpriester, die *Schönerer* und *Wolf* und *Schalk*, unter dem gemeinsamen Rufe: ‚Deutschland, Deutschland über Alles‘ — einander abküssen, bis nichts übrig bleibt als beider Löwen Wedel. Ja, meine Herren, das ist eine ganz ernste Lehre. An den Früchten im Donaulande erkennen wir den Baum. Aber verlassen Sie sich darauf, meine Herren aus Österreich, wir werden uns die Gesinnungsgenossen dieser Ihrer liebenswürdigen Landsleute schon vom Leibe zu halten wissen (Beifall), auch in München, wo jetzt die Wartburg aufgebaut worden ist“ (02, 245). Und schon früher erklärte *Graf Scherer*: „Gegen dieses *Nationalchloroform*

protestieren wir Schweizer in erster Linie. (Bravo!) Was Jahrhunderte zusammengefügt haben, das wollen die Weltverbesserer jetzt trennen, ausscheiden nach den Sprachen. Sie wollen Sprachen-, Nationalstaaten gründen; warum? um dann auch Nationalkirchen einzuführen, um damit der katholischen Kirche, welche über allen Nationalitäten erhaben ist und alle Nationen in sich schließt, das Grab zu graben. (Bravo!)“ (61, 164.)

Letztere Ausführungen lassen deutlich die tieferen Beweggründe zu einer so eigenartigen Stellungnahme erkennen. Es ist die Liebe zu *Rom*, die der Liebe zum eigenen Volkstum schwere Einbuße zufügt.

Freilich, wenn man sich für Rom Vorteile verspricht, dann kann man sich auch einmal ganz anders stellen. Dann eignen sich die Katholikentagsredner in kürzester Frist sogar den ganzen nationalen Wortschatz an und operieren mit ihm, als sei er ihnen Lebenselement. Wir erinnern hier nur an die von uns im ersten Band ausführlich geschilderten Bemühungen, mit Hilfe des deutschen Einheitsgedankens den Protestantismus zur reumütigen Rückkehr in Roms Arme zu bewegen und so ein neues *katholisches* Alldeutschland zu schaffen.

Wenn *Huhn* bei seiner soeben erwähnten Empfehlung des Palästinavereins das Nationale betont, so wirkt dabei mit, daß im Heiligen Lande zumal Kinder der ärmeren Klassen „der katholischen Religion verloren“ gehen würden, sobald sie ihre „Muttersprache an irgend einem Orte nicht wiederfänden“ (85, 119). Ein Pariser Missionar habe ihm nämlich bezüglich der in der französischen Hauptstadt wohnenden *deutschen* Kinder gesagt: „Sobald die deutschen Kinder ihrer Muttersprache entzogen werden, werden sie auch der [katholischen] Religion entzogen.“ Genau so stünde es aber im Orient. *Daher* müsse der Palästinaverein dort deutsche Schulen errichten. Dazu käme die *protestantische Konkurrenz*: „Im Auslande ist noch vielfach der Begriff eines Deutschen gleichbedeutend mit dem Begriff eines *Protestanten*. . . . Die Protestanten besetzen das Land; — meine Herren, werden wir uns nicht regen?“ (85, 121.)

Die grundsätzlich der Betonung des Nationalen abgeneigte innere Stellung des auf den Katholikentagen vertretenen deutschen Katholizismus macht es auch erklärlich, daß diese Tagungen nie gezögert haben, erklärten *Deutschfeinden* offen ihre Sympathie zu bezeugen, sobald sie deren katholischer Gesinnung sicher zu sein glaubten. Hielt es doch der Mannheimer Katholikentag in einer Zeit des schärfsten Kampfes zwischen Deutschen und Tschechen in Österreich für angebracht, ein Begrüßungstelegramm an den in Königgrätz versammelten *tschechischen* Katholikentag zu senden. Er ließ dieses Vorgehen durch den Fürsten *Löwenstein* mit den schon oben erwähnten Worten (02, 222) und der Beifügung motivieren: „Da dieser Katholikentag ausschließlich tschechisch ist, wollen wir die Gelegenheit ergreifen, um einen Protest auszusprechen gegen jenes gottlose Treiben mit der Nationalität (Beifall)“ (s. auch Tgl. Rdsch. 26. 8. 1902).

Ausdrücklich muß hervorgehoben werden, daß die Katholikentage zum

Eintreten für die **Polen** keineswegs erst durch die neuere preußische Polenpolitik sich bewogen fühlten. Schon im Jahre 1859 sprach sich ein Nationalpole auf dem deutschen Katholikentage zu Freiburg i. B. offen über die Gesichtspunkte aus, die bis heute für die Haltung der Katholikentage in der Polenfrage entscheidend geblieben sind. Der Propst Dr. Alexius von Prusinowski aus Gräz erklärte nämlich u. a.:

„Die Stellung des polnischen Volkes zur katholischen Kirche ist schon wegen der geographischen Lage höchst wichtig, denn die Kirche in Polen ist die Vormauer der katholischen Welt gleichzeitig gegen das Schisma wie gegen die Häresie. Sie ist dort ein Keil, der den protestantischen Norden vom schismatischen Osten scheidet, eine doppelschneidige Waffe gegen zweiseitige Gefahren; es ist der letzte bis auf die äußersten Marken hinausgeschobene Vorposten der christkatholischen Wache in der streitenden Kirche. — Wir fühlen die Würde, aber wir tragen auch die Bürde dieser Mission." — „Durch Gottes Fügung geschah es, daß die politische Macht der polnischen Nation gefallen ist. Aber bis auf den heutigen Tag trägt und erfüllt diese Nation ihren kirchlichen Beruf unverbrüchlich; bis auf den heutigen Tag steht sie da als **Vormauer** gegen Irr- und Unglauben, zwischen der Häresie und dem Schisma, und durch die Erfüllung ihres Berufs lebt sie in ungebrochener Kraft." (59, 243ff.)

Der glaubenseifrige Propst berichtete des weiteren, wie sich polnische Frauen „in der Gesellschaft der beständigen Adoration des Hochwürdigsten Gutes nach den Statuten des P. Boone S. J. zu Brüssel" verbänden, „um für arme Kirchen zu sorgen und für die große Arena (?) die gesamte katholische Kirche in Polen, vereinigt zu beten" (59, 252). . . . Könne man doch „im polnischen Volke von einer Trennung des nationalen Lebens vom kirchlichen Geiste gar nicht reden". „Dieses wird Ihnen, meine Herren, auch den von zwei Seiten gegen die Polen und namentlich gegen die polnische Geistlichkeit gerichteten Vorwurf erklären, daß die Polen die Religion zu politischen oder nationalen Zwecken mißbrauchen. So ist es nicht; aber Gott hat es gefügt, und es ist Tatsache, daß in unserem Volke eins mit dem andern derartig verwachsen ist, daß, wer dem einen hilft, auch das andere hebt" (59, 255).

Das amtliche Protokoll berichtet von der „tiefen Rührung", mit der der deutsche Katholikentag das alles angehört habe. Uns aber liefern solche offene Aussprachen über die Bedeutung, die man in Katholikentagskreisen gerade dem Polentume im Kampf der „Kirche" gegen den Protestantismus usw. beimißt, den zureichenden Erklärungsgrund für die von dieser Seite allezeit bewiesene Teilnahmslosigkeit gegenüber der nationalen Bedrängnis des ostmärkischen Deutschtums. Läßt doch eine Resolution des Frankfurter Tages das Streben der Polen auf Lostrennung ehedem polnischer Landesteile auch von der preußischen Monarchie geradezu als berechtigt erscheinen. Sie lautet: „Indem [die Versammlung] einen der tiefsten Gründe des Unglücks, dem die polnische Nation verfallen ist, in der ungerechten Unterdrückung der katholischen Kirche erkennt, fordert sie alle ihre Glaubensgenossen auf, sich mit dem hl. Vater im Gebet zu vereinigen, daß sich Gott der Leiden der polnischen Kirche und des um das

Christentum ehemals hochverdienten, einer gottvergessenen Politik des vergangenen Jahrhunderts geopferten polnischen Volkes erbarme. (Lauter Beifall.)" (63, 295; vgl. auch 68, 274; 77, 50.)

Wann hätte einmal ein deutscher Katholikentag für die nationalen Leiden des ostmärkischen, österreichischen oder ungarischen Deutschtums ähnliche Worte gefunden!

Mit Feuereifer kämpft man bis zum heutigen Tage insbesondere für die polnische Unterrichtssprache in den Staatsschulen und gegen die Forderung der deutschen Sprache. Immer aufs neue setzt man sich mit Eifer für diese national-polnische Forderung ein! So der zum Beschluß erhobene Antrag Engel (86, 329) in folgender Form: „Die G. V. hält daran fest, daß ein jedes Volk ein natürliches, göttliches Recht hat auf seine Muttersprache, namentlich bei Erteilung des Religionsunterrichtes." (Ähnlich lautende Beschlüsse späterer Tagungen siehe 91, 351; 92, 308; 93, 156; 99, 185.) Und zwar fordert man unter dieser Motivierung nicht etwa nur auf die ersten Schuljahre sich erstreckenden Gebrauch der polnischen Unterrichtssprache, sondern man verlangt polnischen Religionsunterricht (Beschluß 93, 156), d. h. einen solchen „in allen Klassen und auf allen Stufen der Volksschule" (Dr. Bachem 99, 185; vgl. 91, 351). Feierlich erklärt hierbei Dr. Cardauns, und zwar unter „stürmischem Beifall": „Wir erheben Einspruch gegen Maßnahmen, welche das Naturrecht der Muttersprache verneinen, eingreifen mit rauher Hand sogar in das heilige Gebiet der religiösen Unterweisung" (02, 240; vgl. auch 91, 256; 99, 118).

Daß aber diese selben Polen dort, wo sie herrschen, ohne Erbarmen die deutsche Sprache unterdrücken, hat den „deutschen" Katholikentagen nie Schmerzen verursacht. Ungehört verhallen z. B. die Hilferufe der galizischen Deutschen, deren römisch-polnische Priester die deutsche Sprache schonungslos aus Gottesdienst und Unterricht verdrängen! Und auch die „Vereine deutscher Katholiken in der Ostmark" sind, weil deutschnational, den Katholikentagen unerwünscht.

Wie sticht doch von jener Fürsorge für die Erhaltung der polnischen Nationalität die Kühle ab, mit der man den Antrag aufnahm, es möge Sorge getragen werden, „daß die deutschen Katholiken im Auslande auch durch deutsche Priester möchten pastoriert werden". Das Protokoll vermeldet hierzu kurz: „Der Antragsteller war nicht anwesend, ein anderer hat den Antrag als den seinigen nicht aufgenommen. Deshalb bittet die Kommission, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen" (99, 170).

So steht also der heutige ultramontane Katholizismus in einem starken Gegensatz zu den nationalen Bestrebungen, zum mindesten des deutschen Volkes.

Aber nicht bloß des deutschen Volkes. Denn nicht etwa um der polnischen Nationalität willen wird er ein Schützer national-polnischer Bestrebungen. Er steht diesen nur deshalb bei, weil er es in Roms

Interesse für geboten hält und weil er sich unter allen Umständen „zunächst katholisch und dann erst national“ fühlt. Nationale Bewegungen sind ihm überhaupt wenig sympathisch; er empfindet ein starkes Nationalbewußtsein instinktiv als etwas dem internationalen Herrschaftsstreben der römischen Kirche Gefährliches, als etwas, das dem „Protestantismus“ Vorschub leisten muß. So Professor Dr. Hipler:

„Wenn wir jene Spaltungen uns ansehen, welche im Laufe der Jahrhunderte, gleichsam vorbereitend für die letzte große Kirchenspaltung, eintraten, so finden wir, daß alle diese Spaltungen ursprünglich aus einem mehr oder weniger klar bewußten, aber regelmäßig allzu stark betonten Nationalitätsprinzip hervorgehen, kraft dessen sie sich von der allgemeinen Weltkirche absondern wollen.“ . . . „Ich habe zum Schlusse nur noch darauf hinzuweisen, daß diese falsche Nationalitätsbewegung, welche durch die falsche Reformation und die damit innigst verbundene Revolution in unser Vaterland gekommen, gegenwärtig auch vor allem in ganz besonderer Weise die [römische] Kirche in unserem Vaterlande bedroht.“ (76, 297.)

Hitze geht von derselben Voraussetzung aus, wenn er, den Protestantismus anklagend, die Frage aufwirft: „Wer war es, der die Rechte der Throne untergrub durch das revolutionäre Nationalitätsprinzip?“ (87, 64.) So auch Professor Ehrhard, der gleichfalls dem Protestantismus einen besonders schweren Vorwurf zu machen vermeint, wenn er den Satz aufstellt: Das „nationale Bewußtsein“ habe jeder christlichen Kirchengemeinschaft außer der katholischen den „Stempel des Egoismus“ aufgedrückt (93, 184).

In der Tat besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der protestantischen Auffassung, die hierin zugleich die moderne ist, und der römisch-katholischen. Der Ultramontanismus hält die allgemeine Unterwerfung der Menschheit unter Rom, die endliche Überwindung der Nationalität zugunsten der Aufrichtung eines alle Nationen in sich aufsaugenden internationalen Priesterreiches für seine wesentliche Aufgabe. „Ja“, ruft der Präsident des Freiburger Katholikentags aus, als er sich für den ersten Schritt hierzu, die Aufrichtung des päpstlichen Schiedsrichteramtes über Staaten und Völker, begeistert: „ein ganz neues Völkerrecht stellt sich meinem Geiste dar. Die Strafe, die nach dem Babylonischen Turmbau über das Menschengeschlecht verhängt worden, die Sprachverwirrung, den Haß der Nationen könnten wir beseitigen in der Einheit ihres Oberhauptes, des Papstes! (Lebhaftes Bravo!)“ (v. Wambolt 75, 184.)

In Wahrheit sind die aus dem Nebeneinanderbestehen verschiedener Nationen zweifellos sich auch ergebenden Mißstände von weit geringerer Bedeutung als die aus ihm resultierende Frucht größtmöglicher Energieentfaltung und Lebensbereicherung. Und nicht dadurch führt man die Menschheit zu einem ersprießlichen Zusammenleben, daß man die erwachsenen Völker wieder auf längst überwundene Entwicklungsstufen zurückzwingen will, sondern allein dadurch, daß man durch Pflege alles Edlen und geistig Fördernden sie wahrhaft mündig macht und sie auf diesem Wege zugleich zu gegenseitigem Sichverstehen ihrer Individualität und zu gemeinsamer

Betätigung der jedem einzelnen von ihnen verliehenen besonderen Fähigkeiten und Kräfte erzieht.

Die Katholikentage und das neue deutsche Reich.

Auch die Haltung der Katholikentagsredner gegenüber der gerade um die Mitte des 19. Jahrhunderts so lebendig gewordenen Frage der Einigung der Nation in einem neuen deutschen Reiche war durchaus von konfessionellen Interessen bestimmt.

Der ultramontane Katholik ist, wie wir zu beobachten schon hinreichend Gelegenheit hatten, gewohnt, die ganze deutsche Geschichte seit der Reformation lediglich unter dem Gesichtspunkte eines Kampfes zwischen Katholizismus und Protestantismus zu betrachten. Zahlreich sind daher geschichtliche Betrachtungen jener Art, wie sie z. B. Stadtpfarrer Thissen anstellt: „Als im 18. Jahrhundert ein deutscher Reichsfürst in dem Verlangen, Kaiser zu werden, sich als Schützer des Protestantismus aufwarf, da entstand der bekannte Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland“ (61, 117).

So lag es denn völlig in der Konsequenz ihres ganzen Denkens, wenn ihnen auch die große nationale Frage ihrer Zeit im wesentlichen eine konfessionelle war. In seinem Buch über „Die Aufgabe des katholischen Teils deutscher Nation in der Gegenwart“ (1851) gibt der Präsident des ersten Katholikentags, J. F. Buß, eine Reihe höchst instruktiver Darlegungen, die auf das Verhalten der Katholikentage selbst ein helles Licht werfen. Er sagt (S. VII): „Wer den öffentlichen Verhandlungen Deutschlands so nahe gestanden, wie ich, der weiß, der politische Kampf seit lang her und zumal seit den letzten drei Jahren [1848—51] war im Grunde ein Kampf der Konfessionen.“

Er führt dann an anderer Stelle des Buches (S. 401 ff.) aus, daß auch die Kaiserfrage unter diesen Gesichtspunkt falle, und daß deshalb seine persönliche Haltung in ihr und die der sich an seine Seite stellenden badischen und rheinisch-westfälischen Katholikenvereine durchaus berechtigt und durch den Zweck der katholischen Vereine gegeben sei.

„Ja, ich hatte gegen das preußische Kaisertum agitiert und hatte katholische Vereine zu körperschaftlichen Kundgebungen dagegen bestimmt. Ich habe das mit dem vollen Bewußtsein getan, mich hierbei innerhalb der Schranken der Statuten zu bewegen; ich glaube als ein treuer Sohn meiner Kirche und meines Vaterlandes gehandelt zu haben. Ich erkannte in dieser Sache eine kirchlich-politische Frage; das katholische Volk ersah in dem durch die Nationalversammlung zu gründenden Reich, an dessen Spitze man in Frankfurt einen Kaiser zu stellen beabsichtigte, nur das verjüngte heilige römische Reich deutscher Nation . . ., das es im Jahre 1815, wo selbst viele deutsche Regierungen dem Kaiser von Österreich die Kaiserkrone wieder angeboten, auch den Edelsten der Nation wieder erweckt gewünscht hatte . . . Das Wesen des alten Reiches deutscher Nation ist aber außer einer universellen Herrschaft das Schutzamt der allgemeinen katholischen Kirche. Sonach kann ein der katholischen Kirche nicht angehöriger Fürst nicht deutscher Kaiser sein. Darum erhob ich mich gegen das preußische Erbkaisertum. . . Als eine große Partei der Nationalversammlung die Kaiserkrone dem preußischen Königshause zu übertragen strebte, da stellte ich wieder das geschichtliche Kaiserhaus Österreich entgegen.

Ich sprach für Österreich aus geschichtlicher, aus nationaler Pietät; durch die Vereine wirkte ich aber dem preußischen Erbkaisertum entgegen, weil Preußen nach der Natur der Sache das allgemeine Schirmamt der katholischen Kirche, diesen wesentlichen Bestandteil des Kaisertums, nicht übernehmen konnte. Das war der entscheidende Grund. Daneben erkannte ich von einem preußischen Oberkönigtum für die katholische Kirche Deutschlands trotz der ausgesprochenen, weil noch nicht durchgeführten, Kirchenfreiheit kein Heil: ich mute keinem regierenden Hause das Fallenlassen seiner gouvernementalen Traditionen zu: Preußen hat sich aber von jeher und in neuester Zeit mit Vorliebe als die Schutzmacht des Protestantismus erklärt und betrachten lassen, und mit der kaiserlichen Gewalt ausgestattet, hätte es immerhin Gelegenheit genug gehabt, dieses Protektorat zu betätigen. Ich fühlte mich umso entschiedener zur Opposition gegen das preußische Erbkaisertum aufgerufen, weil ich von meinem Eintritt in die Paulskirche an erkannt hatte, daß bewußt oder unbewußt konfessionelle Tendenzen bei der ganzen Sache am mächtigsten wirkten“ usw.

Auf dem Katholikentage in Wien erging sich Buß, wenn auch ziemlich vorsichtig in der Form, doch ganz in den gleichen Gedankenreihen.

„Das heilige römische Reich ist politisch untergegangen; moralisch besteht es in der Nation; wir haben es in der Form unserer heiligen Religion. Wir verehren in dem Kaiser von Österreich allerdings nicht mehr den politischen Kaiser Deutschlands. Doch bei aller Treue und Liebe, welche sie ihren Einzelregierungen entgegenbringen, wird es verstattet sein, daß die Pietät aller guten Deutschen tränenvoll sich zurückwende nach dem Grabe dieses Reiches . . . Was wir noch haben, es ist die Seele des Kaisertums deutscher Nation, es ist das Schirmamt der katholischen Kirche . . . Geheiligt durch die Erinnerungen der deutschen Nation und der christlichen Welt, besteht aber diese Schirmherrschaft der Kirche noch; denn ohne Zustimmung des heiligen Vaters konnte sie nicht aufgehoben werden; sie lebt noch. Der Schirmherr, er waltet hier im alten katholischen Wien. Meine Herren, wir erkennen in diesem Schirmamt eine rein moralische Macht. Wir Deutsche sind abgesprengte Trümmer am großen Fels der Nation; aber wir hängen noch am ewigen Felsen der Kirche . . . Wir erbitten von dem Schirmherrn lediglich die Intervention des guten Beispiels; und er hat sie uns gegeben! (Beifall.) Dies, meine Herren, ist es, was mit tausend Sympathien die Herzen hinüberzieht zu diesem Kaiser und zu diesem Reiche. Als ich im Herbste des Jahres 1848 auf dem einsamem Schwarzwalde in Volksversammlungen den Umsturz bekämpfte, und es dem geängstigten Volke um seinen Glauben bangte, da rief ich ihm zu: Gott wird in der Zeit der Not seiner Kirche einen kräftigen Kaiser, ihren Schutzherrn, erwecken! Und als es den Namen wissen wollte, so nannte ich Franz Josef, den jetzigen geliebten Kaiser. Da waren die Leute befriedigt. Es war am 20. September 1848! Möge Gott diesen Kaiser, — ich spreche nicht vom politischen Kaiser, — als Schirmherrn der Kirche uns erhalten!“ (53, 88.)

Buß gab die von uns oben abgedruckten Ausführungen in seinem Buche, um, wie er sagt, gegenüber dem ihm auch von katholischer Seite gemachten Vorwurfe, daß sich die mit ihm gehenden Vereine durch die Haltung in der Kaiserfrage den Statuten zuwider einer Einmischung in politische Angelegenheiten schuldig gemacht hätten, den Satz zu erweisen: „Wenn die in der Nation lebende Kaiseridee das allgemeine Schirmamt der katholischen Kirche umschließt, und wenn Preußen traditionell der Protektor des Protestantismus ist, so war die körperschaftliche Opposition der Vereine gegen ein preußisches Kaisertum nicht nur gestattet, sie war geboten, und preußische Vereine übten dann eine patriotische Pflicht, weil sie ihr Vaterland vor einem großen Unglück bewahren halfen“ (Aufgabe usw. S. 404).

Wenn auch die Rücksicht auf das andernfalls bedrohte Fortbestehen der Katholikenvereine in Preußen den Katholikentagen eine gewisse Zurückhaltung in politischen Fragen auferlegte, sachlich standen sie — wie sich bei vielen Gelegenheiten zeigte — auf dem Boden jener Darlegungen ihres ersten Präsidenten. Als das gemeinsame Ideal schwebte eben den Katholikenführern stets vor, „die ganze Herrlichkeit des mittelalterlichen Kaisertums und des Mönchtums im Glanze seiner Erscheinung“ (Fr. Michelis 53, 193). Mit Sehnsucht dachte man zurück an die von uns in früheren Kapiteln (z. B. über die Stellung der Katholikentage zu Papst und Kaiser, sowie über das päpstliche Schiedsrichteramt) geschilderte Vergangenheit, in der die Kaiser sich vor den Päpsten beugten, und wo von ihnen noch das Wort galt: „Die Kaiser Deutschlands waren die Leviten des Papstes. Sowie der Diakon der ersten Kirche leibliches Brot und das Brot der Engel am Altare spendete, sollte der deutsche Kaiser als Diakon der Kirche der ganzen heidnischen Welt das leibliche Almosen der christlichen Zivilisation und das geistige Almosen des Schutzes der Kirche bringen“ (Oberkamp 77, 209).

Man ersehnte deshalb einen Kaiser der Art, wie man sich Karl den Großen vorstellte, das heißt einen „allzeit ergebenen Diener und treuen Sohn“ des Papstes, von letzterem „zum Römischen Kaiser erwählt, gesalbt und gekrönt“, einem „Erben Karls des Großen dem Geist oder dem Arm nach“, der zumal auch den Papst im Besitz seiner weltlichen Herrschaft „gegen die Feinde Gottes und des Menschengeschlechts beschützt“ (so die Adresse an den Papst 62, 17 ff., s. 25. 30).

Und unzertrennlich von der Kaiserwürde erschien auch ihnen, ganz wie Buß, das „Schützeramt“ der römischen Kirche: „Ein deutscher Kaiser . . . galt nicht als rechtmäßiger Kaiser, bevor er nicht seinen Kapitulationseid geschworen hatte; und was stand darin? Er mußte schwören in erster Linie, die katholische Kirche, welche ja als Witwe galt, und sodann die Witwen und Waisen und die Armen in der ganzen Welt gegen jede Unterdrückung zu schützen. (Bravo!)“ (Dr. Ratzinger 76, 314.) Nur von Papstes Gnaden konnte man sich also ein deutsches Kaisertum denken. Deshalb rief auch Amman den deutschen Katholiken zu: „Sorgen Sie, daß an dem Tage, wo eine Krönung stattfinden kann, noch eine Kirche existiere, die allein das Recht hat die Salbung auszuteilen, die allein das Recht hat einen Kaiser zu weihen“ (50, 192). Dr. Sepp steht ganz ebenso wie Buß: „Sehen Sie doch zu, meine Herren, kaum handelt es sich in Frankfurt darum, Deutschland wieder unter Einem Reichszepter zu vereinigen, da stehen die, welche der alten Kirche treu geblieben, für das alte Kaiserhaus ein, die anderen aber, welche durch den Abfall vor drei Jahrhunderten der gemeinsamen Mutter entfremdet worden, stimmen für eine neue Dynastie oder für einen Gegenkaiser, bei dessen Haus die Krone früher nie gewesen ist“ (49, 121).

Daß man überhaupt an Preußens König als künftigen deutschen Kaiser denken konnte, das erschien solchem Redner bereits eine Niederlage der Katholiken, die verschuldet sei durch ungenügendes Zusammenhalten gegenüber den Protestanten: „Solange Bayern und Österreich zusammengehalten

haben, war es nicht möglich, daß der Schwerpunkt des Reiches verrückt wurde, wie in unseren Tagen es geschehen wollte." Nachdem aber diese beiden das alte Kaisertum aufrecht erhalten hatten: „Siehe, da gelang es, Mißtrauen zwischen beide zu säen, die katholischen Fürsten zu entzweien, und der Triumph war den Protestanten gesichert." Doch, „mag der Rhein immer nach Norden strömen, . . . unsere Gefühle, zumal im Bayernlande, und unsere Gesinnungen finden uns mit unseren Sympathien mehr und mehr mit dem Laufe der Donau nach Osten gezogen. Unsere Treue und Anhänglichkeit gehört dem eigenen Königshause, unsere Liebe und Freundschaft aber zunächst Österreich an. (Bravo!) Österreich und Bayern werden aus der Förderung der Sache der katholischen Kirche ihren besten Segen schöpfen; mögen sie darum in Zukunft stets in Freundschaft verbunden bleiben" (Dr. Sepp 50, 96 f.). Für ein katholisches Kaisertum begeisterte sich selbst der Schweizer Republikaner Ammann und rief, sich selbst und die Schweizer Katholiken in diesem Sinne als „immer gut kaiserlich" gesinnt bekennend: Ich sage Ihnen, das katholische Volk der Schweiz hegt die große Hoffnung, die Sie haben: „Ein einiges Deutschland unter einem deutschen Kaiser!" (50, 190).

Dieser Gedanke, daß es gelte, ganz Deutschland wieder zu einem „heiligen römischen Reich" unter einem „katholischen Kaisertum" zu vereinigen, ist der Schlüssel zu der scheinbar entschieden „deutschnationalen" Haltung, die die Katholikentage in jener Zeit einnahmen.

Die konfessionellen Hintergedanken erklären es, daß dieselben Katholikentage das Großdeutschtum der heutigen österreichischen „Alldeutschen", das doch im wesentlichen die gleichen Ziele, wie sie einst, nur ohne die katholisch-konfessionelle Färbung verfolgt, entrüstet als „Hochverrat" brandmarken und in Grund und Boden verdammen. Es handelte sich bei ihnen eben niemals um die Einigung der Nation an sich, sondern stets in erster Linie um Interessen ihrer römischen Kirche. Sie waren die begeisterten Großdeutschen, solange sie davon Vorteile für Rom erhofften. Damals hieß es für sie: „katholisch und großdeutsch" gehören zusammen (Dr. Heinrich 62, 82). Heute dagegen, wo man fürchtet, der Protestantismus könnte von solcher großdeutschen Gesinnung Vorteil haben, kann man sich nicht genug tun, jene Österreicher zu verdammen, die einen engeren bundesrechtlichen Anschluß Deutsch-Österreichs an das nunmehr unter Preußens Führung stehende Deutsche Reich erstreben, und ruft nach Polizei und Staatsanwalt zum Zweck gewaltsamer Unterdrückung derartiger Bestrebungen.

Wir haben bereits eine große Anzahl von Ausführungen der Katholikentagsredner kennen gelernt, die zeigen, wie frühere Katholikentage die starke nationale Strömung ihrer Zeit ins Bett der „Wiedervereinigungsbestrebungen im römischen Glauben" zu leiten sich bemühten. An dieser Stelle sei daher zur Illustration nur noch eine etwas ausführlichere Darlegung des Professor Michelis (Paderborn) nachgetragen:

„Ja, es ist wahr; wir sind noch nicht wieder eins in Deutschland, wir sind gespalten und getrennt, Gott weiß es." In „oberflächlicher, stürmischer, revolutionärer Weise" sei die Frankfurter Nationalversammlung ans Werk gegangen. „Wir als katholische Christen wollen die Sache wahrhaft aus dem Grunde angreifen. Wir wollen das Übel heilen, so viel wir können, mit Gottes Gnade, indem wir den wahren Grund des Übels aufsuchen und den Quell des Übels zu verstopfen suchen. Wer aber kann von uns darüber in Zweifel sein, daß dieser wahre Grund unserer Zerrissenheit in Deutschland einzig und allein in unserer religiösen Spaltung liegt, in dem Abfall vom Glauben, von der hl. katholischen Kirche, in den ein Teil, ein großer Teil unseres Vaterlandes mit hineingerissen ist . . . Soviel ist gewiß, wenn je Deutschland wieder zur wahren Einheit kommen soll, so kann es nur dadurch geschehen, daß wir wahrhaft zur Einheit in der hl. katholischen Kirche wieder zurückkehren. Jeder andere Weg ist Wahn und Täuschung; und das ist eben die klare Erkenntnis, die wir in unseren katholischen Vereinen an falschen Meinungen der Zeit gegenübersetzen, die wir laut und wiederholt bekennen. Ihr mögt anfangen, was Ihr wollt, Ihr mögt bessern an den Verfassungen, wo Ihr wollt, kehrt Ihr nicht zurück zu dem Boden der hl. katholischen Kirche, die Deutschland und das Deutsche Reich geboren und groß gesäugt hat, dann werdet Ihr nie und nimmer zur Einheit gelangen." (50, 16.)

Mit Leib und Seele kämpfte man für Österreichs Vorherrschaft in Deutschland und mit Händen und Füßen wehrte man sich gegen Preußens Aufkommen. Selbst in Augenblicken, wo das Verhältnis zwischen diesen beiden Mächten das denkbar gespannteste war und also Zurückhaltung geboten schien (s. 51, 59), herrschte daher auf den doch auch von vielen preußischen Untertanen besuchten Katholikentagen Begeisterung für Österreich und seinem Kaiser (50, 53). Immer wieder versicherte man, Österreich lasse sich „aus Deutschland nicht hinausdrängen" (Ritter von Hartmann 50, 44). Und als der Versuch, ein preußisches Erbkaisertum zu schaffen, mißlungen war, da jubelte man: „In jenem Moment (1849), wo es auf ernste Dinge ankam, und wo es in Frankfurt darauf abgesehen war, Österreich aus Deutschland auszuschließen, ist unser Verein kräftig aufgetreten und hat gerufen: Nein! Denn er erkannte vom Anfang, daß hinter jenem Beginnen sogar noch weit mehr stecke, als die politische Frage, und ich bin heute noch überzeugt, daß die religiöse Frage die Hauptsache war. Man wollte die große Masse der Österreicher abscheiden von den übrigen deutschen Katholiken, um diese zu vereinzeln. Es ist nicht gelungen, und unser Verein hat das seinige getan, es vereiteln zu helfen; wir haben gewirkt nach Vermögen." (Dr. Zander 53, 198 ff.)

Und bei dieser Stellungnahme blieb es auch bis zur großen Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen. Der Katholikentag des Jahres 1862 aber faßte den Beschluß: „Die in Aachen, der alten deutschen Kaiserstadt an den Grenzen des Vaterlandes versammelten Katholiken erklären jeden Versuch einer Zerstückelung Deutschlands, sei es zugunsten einer deutschen, sei es einer fremden Macht, für einen verdammungswürdigen Frevel. Sie protestieren gegen den Ausschluß des katholischen Kaiserhauses aus Deutschland und verabscheuen jede Nachgiebigkeit gegen fremden [NB. preußischen!] Ehrgeiz" (62, 78).

Man verstand es hierbei, die stärksten nationalen Töne anzuschlagen und zugleich in pathetischer Weise an die konfessionelle Uneigennützigkeit anderer zu appellieren. Moufang führte aus:

„Neben der Liebe zur Kirche hat Gott uns noch ins Herz gelegt und zur Pflicht gemacht die Liebe zum Vaterland. Wir haben nicht zwei Herzen, wir haben ein Herz, und von diesem Herzen will Gott, daß es bei uns sei ein katholisches und zugleich ein deutsches Herz (Bravo) ... Was wollen wir denn? Wir wollen das eine, große Vaterland. (Stürmischer Beifall.) ... Was sind doch schon für Stücke von unserm Vaterlande losgerissen worden! ... Ich meine, wenn es töricht ist, jetzt von einer... Wiedergewinnung seiner abgerissenen Glieder zu reden, so müsse doch jeder Deutsche fühlen, daß unser Vaterland nicht noch kleiner werden darf. (Stürmischer, lang andauernder Beifall.) ... Das ist eine Gewissensfrage für jeden Deutschen, welchem Stamme und welcher Konfession er auch angehören mag, und darum soll auch jeder mithelfen ...

Man hat ja einen Verein gebildet, der den entgegengesetzten Zweck verfolgt, den Nationalverein. (Gelächter.) Der Verein ist lügenhaft in seinem Namen, denn er will ja nicht die ganze, große, deutsche Nation (Bravo), und er ist verwerflich in seinen Bestrebungen; denn er will Deutschland, er will das Vaterland zerstückeln, zerreißen. (Bravo!) ...

Ein deutsches Männerherz soll sich nicht empören bei dem Gedanken, daß das liebe deutsche Vaterland soll zerrissen werden? (Wiederholter stürmischer Beifall.) Ja, das ist unsere Gesinnung in Mitteldeutschland, in den sogenannten Kleinstaaten, und das muß auch die Gesinnung sein von allen, von Süden bis zum Norden, von der Adria bis zur Ostsee, die den deutschen Namen führen. Alle müssen so denken, wessen Glaubens und wessen Standes sie sind; denn das Vaterland ist aller Deutschen höchstes irdisches Gut. (Bravo!) Und ich sehe, damit ich ganz offen mich ausspreche, gar kein Hindernis, daß man auch in Preußen eben dieselbe Gesinnung ausspreche und sich deshalb vereinige: denn darin liegt ja nichts Unrechtes gegen Preußen ... Gegen Preußen haben wir eine große Dankesschuld. Preußen haben wir die Freiheit der Kirche zu verdanken, soweit wir sie besitzen.

Der wäre ein Tor und ein Feind des Vaterlandes, der den Gedanken hegte, Preußen die Rolle streitig zu machen, die ihm zukommt. Aber Preußen ist nicht ganz Deutschland; ‚unser Vaterland muß größer sein‘. (Beifall.) Die Liebe zu dem gesamten Vaterland steht nicht mit den Pflichten, die jeder preußische Untertan gegen seinen König und sein engeres Vaterland hat, in Widerstreit. Für den Augenblick mag es sein, daß diese Liebe den Gesinnungen derjenigen widerspricht, die jetzt gerade zufälligerweise die Ratgeber der Krone sind und die Majorität in den Kammern bilden; aber Friedrich Wilhelm IV. hat ein großdeutsches Herz gehabt und die kleindeutsche preußische Politik ist kaum 100 Jahre alt.“ (62, 68 ff.)

Auch als das Jahr 1866 die Entscheidung zugunsten Preußens gebracht hatte, ließ man nicht von den alten Idealen und Sympathien. Wohl konnte Professor Dr. Grauert später einmal seinerseits zustimmend daran erinnern, wie unter den veränderten Verhältnissen im Geiste eines Mannes wie Ketteler der großdeutsche Gedanke eine Form annahm, wie ihn heute die deshalb von den Katholikentagen zu „Hochverrätern“ gestempelten österreichischen Alldeutschen vertreten: „Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler betonte schon im Jahre 1867 die unabweisbare Notwendigkeit, an die Verwirklichung jenes großen politischen Programms heranzutreten, welches einst Heinrich von Gagern als Reichsministerpräsident in Frankfurt im Dezember 1848 aufgestellt. Das Programm ging dahin: den deutschen Bundesstaat unter Führung des Königs von Preußen mit Wahrung der rechtmäßigen Selbständigkeit der deutschen

Fürsten und Länder und in engem unauflöslichem Bündnisse mit Österreich zu realisieren“ (98, 134). Aber man hörte dennoch nicht auf, von einem auf Grund der allgemeinen Bekehrung zum römischen Glauben geeinten Deutschland zu träumen, so Dr. Baudri (68, 279), Hundt (69, 208). Den so Gesinnten schien das Jahr 1866 daher geradezu als ein Unglücksjahr. Mißmutig schaute man auf Preußens Erfolge und pflegte eifrig die alten Neigungen für Österreich. „Die Anhänglichkeit des deutschen Volkes an die österreichische Dynastie, an das Habsburger Kaiserhaus, die Liebe und das Vertrauen in die katholische Bevölkerung Österreichs ist ja in Deutschland nicht umzubringen. (Allgemeines lebhaftes Bravo.)“ (Graf Thun 67, 123.) Und zahlreiche andere Redner äußerten sich vom Ende der 60 er Jahre im gleichen Sinne. So Falk aus Mainz: „Meine Herren, nicht allein wenn es traurig hergeht, sind wir mit Ihnen, auch wenn es lustig hergeht — und in Mainz geht's sehr oft lustig her — und wenn dann die Lustigkeit den höchsten Grad erreicht hat, dann singen wir, mögen Musikanten dabei ein, oder nicht: „Gott erhalte Franz den Kaiser.“ (Stürmisches Bravo!) Das können unsere Kinder schon singen und manche sogar schon, ehe sie das ABC gelernt haben. (Bravo, Bravo!)“ (67, 70.) So Dr. Zander aus München: „Keine Feder, und wäre sie auch in Sadowatinte getaucht, wird je uns das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit Tirol und Österreich wegzustreichen vermögen.“ (67, 133; vgl. hierzu auch das schon früher erwähnte Wort Dr. Beckers, das Hoferdenkmal in Innsbruck sollte ein Sinnbild für die Zusammengehörigkeit des großen alten Reiches werden.) So ferner der Badener von Andlaw: „Als ich in Nürnberg eintrat ins germanische Museum, da las ich über der Pforte: ‚Eigentum der deutschen Nation.‘ ... Dieses herrlich germanische Museum, so reich an Denkmälern aus der deutschen Vorzeit, ist also heute ohne Eigentümer: es ist res nullius. Eine deutsche Nation könnte es nur geben, wenn Tirol ihm angehörte, dieses geborene Zuavenvolk deutscher Nation! (Bravo!) Es könnte nur ein Deutschland geben, wenn unsere Brüder in Luxemburg, im Norden überall uns angehörten. (Bravo!)“ (68, 170.) So endlich Haffner:

„Als man im Jahre 1866 den Bund der deutschen Staaten zerriß, da sprach man von dem Beruf Preußens. Mit ihm hat man alles Unrecht zu heiligen gemeint. (Bravo!) ... Die Wunde, die der Krieg von 1866 der politischen Einheit unseres Vaterlandes geschlagen hat, ist eine schmerzliche Wunde und lange noch wird sie brennen. Aber ich fürchte, daß noch etwas anderes und Schlimmeres dazu kommt, daß die Wunde eine Blutvergiftung des deutschen Volkes herbeiführt. Ehedem war das deutsche Volk gewohnt, seinen angestammten Fürsten mit unbeugsamer Treue zu dienen; jetzt wird es von dem Sirenengesang, der von Norden kommt, verleitet, seinen Fürsten untreu zu werden und sich wegzuwerfen an einen Kaiser der Zukunft oder eine Republik der Zukunft (Bravo).“ (68, 292.)

Doch auch dieser von Haffner gefürchtete Augenblick trat ein, der Augenblick, wo die deutsche Kaiserkrone sich auf eines deutschen Fürsten Haupt senkte, der — — nicht katholisch war. Deshalb konnte man sich

auf Katholikentagen des neuen deutschen Reiches nicht von ganzem Herzen freuen. Im Jahre der Reichsgründung selbst bemerkte der mittlerweile zum Bischof ernannte Haffner: „Wir verhehlen nicht, daß wir mit der Art und Weise nicht einverstanden sind, wie das Deutsche Reich zustande gekommen ist, und wir sind weit davon entfernt, alle die Mittel und Wege zu billigen, durch welche dieses Ziel erreicht wurde." (71, 307.) Redakteur Majunke sagte mit unverkennbarer Spitze gegen das neue Reich: „Das will ich besonders konstatieren, daß wir dasjenige, was die Nationalliberalen und die Freikonservativen bis jetzt nicht fertig bringen konnten, nämlich ein einiges Deutschland herzustellen, das bei unserer gegenwärtigen Versammlung auf katholischem Gebiet fertig gebracht haben, insofern auch Deutschösterreicher in großer Anzahl zu uns gekommen sind. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)" (71, 286.) Frh. v. Loë aber erklärte nochmals rundweg: „Wir Katholiken haben uns nie einverstanden erklärt mit der Scheidung, die zwischen uns und den in Österreich wohnenden Katholiken seit 1866 eingeführt worden ist" (71, 253).

Im Jahre 1875 durfte sich Monsignore Greuter aus Innsbruck unter dem Beifall des Freiburger Katholikentags gegen das Deutsche Reich in Ausfällen ergehen wie: „Ich und wir anderen Tiroler gehören nicht zum Deutschen Reich und ich kann das schon aus dem einfachen Grunde nicht bedauern: denn müßten Sie die Glückseligkeit dieses Reiches auch noch mit uns Tirolern teilen, so bliebe Ihnen weniger als nichts." (Bravo!) Seine und vieler anderer Katholikentagsbesucher innere Stellung gegenüber Preußen läßt der weitere Passus des Protokolls erkennen: „Christus, der Herr, ist kein Österreicher, er ist kein Franzose und ein Preuße schon gar nicht! (Bravo!), sondern er ist der Erlöser und einzige Erretter von Österreich, von Frankreich und hoffentlich bald auch von Preußen" (75, 203 f.).

Moufang aber verlieh noch im Jahre 1876 seiner Enttäuschung in den Worten Ausdruck:

„Wir, die wir dahier versammelt sind, sind nunmehr in ein Reich geeinigt; aber es fehlt ja ein großer Teil vom alten Deutschen Reich (Bravo!), und daß dieser Teil in das neue Reich eintrete, können wir nicht hoffen und können es auch nicht wünschen (Bravo!), und daß dieser Teil ganz von uns getrennt bleibe, das können wir ebenfalls nicht wünschen und hoffen es nicht. (Bravo!) Darüber liegt das Dunkel der Zukunft, aber das ist klar: hierin sind unsere Hoffnungen getäuscht worden. Anstatt diese schwere Frage der richtigen politischen Einigung großartig und segensreich zu lösen, hat man sie in gewalttätiger Weise, freilich sehr einfach, aber oberflächlich gelöst, oder vielmehr: sie ist noch nicht gelöst! (Bravo!) Man hat den ältesten der Bundesgenossen, man hat das erhabenste Fürstenhaus hinausgeworfen und dann gesagt: Deutsches Volk, siehe da dein einiges deutsches Reich! (Rufe: Sehr wahr!) Das war es nicht, was wir gehofft haben!" (76, 97 f., vgl. auch Majunke 76, 157 ff.)

Im folgenden Jahre sagte Kooperator Knoflach aus Innsbruck: „Die politische Trennung Deutschlands und Österreichs müssen wir zuletzt in mancher Beziehung als Unglück betrachten." Doch „zu Deutschland wollen wir Tiroler auch noch gehören. (Bravo!) . . . Tirol weiß von nichts anderem, als von einem katholischen Kaiser. Darum: Auf zum Herzen Jesu in unwandelbarer Treue und Liebe! Wenn wir das tun, dann werden Sie vielleicht die Hoffnung teilen, die in unserem Herzen schlummert, daß einstens alle Deutschen geeint im Einen katholischen Glauben, in Einem Reiche sich wiederfinden werden. (Bravo!)" (77, 155 ff.)

Ja, bis in die 90er Jahre vernehmen wir immer wieder solche Töne (Haffner 92, 181), Graf von Galen-Dinklage (93, 191). Seitdem freilich scheinen die all- oder großdeutschen Klänge verstummt. Sie haben dem Schrei nach Polizeimaßnahmen gegen die österreichischen „Großdeutschen" Platz gemacht, da diese nicht „Hin zu Rom!", sondern „Los von Rom!" rufen.

Der ganzen durchaus von konfessionellen Instinkten bestimmten Haltung der Katholikentage entsprach der Haß gegen die Vertreter der Idee eines Kaiserreichs unter preußischer Führung, wie er sich z. B. in Moufangs oben erwähnten gehässigen Worten über den „verwerflichen" und „lügenhaften" Nationalverein und in Äußerungen anderer Redner (so des Missionsvikars Müller 64, 171) verrät und wie er auch in verächtlichen Redewendungen, wie der von den „Turnerfesten und anderen Bummlerfesten" (v. Brentano 67, 177), zum Ausdruck kommt.

Vor allem aber offenbarte sich die innerlich ablehnende Stellung der ultramontanen Katholiken und der von ihnen gegründeten Zentrumspartei gegenüber dem neuen deutschen Reiche in ihrer erbitterten Feindschaft gegen den Reichsgründer Fürsten Bismarck. Weil dieser sich einige Male in einem, ihren ultramontanen Anschauungen unerwünschten, Sinne geäußert hatte, prophezeite ihm Daller geradezu, daß er in der Hölle braten werde. Man lese folgende Stelle des Protokolls: „Professor Dr. Daller: Meine Herren! Es hat ein mächtiger berühmter Mann ein Wort gesprochen, was mir ganz besonders unglückselig erscheint und dessen Tragweite für ihn auch ganz gewiß in die Ewigkeit hinüberreichen wird. Er hat gesagt: ‚Besser gar keine Schulen, als Klosterschulen.' . . . Meine Herren! Derselbe Mann hat einmal gesagt: ‚Der Papst sei seiner Seligkeit gefährlich.' . . . Meine Herren, ich denke, daß, wenn der große Tag der Verantwortung für uns, wie für ihn kommen wird, der liebe Gott auch ihm gegenüber keine Ausnahme machen wird, daß, wenn er nicht Buße tut und zurückkehrt, das Wort der Schrift auch an ihm ohne alle weitere Rücksicht sich erfüllen wird: ‚potentes potenter torquentur.' Polizeikommissär: Ich fordere den Herrn Präsidenten auf, dem Redner das Wort zu entziehen. Präsident: Ich muß auf Grund der Aufforderung des Herrn Polizeikommissärs dem Herrn Redner das Wort entziehen (der Redner verläßt unter stürmischen Bravos die Rednerbühne)" (76, 305 f.).

Bismarck ist den Katholikentagsrednern „der große Widersacher" Windthorsts, „nicht groß überhaupt, groß nur, weil er sein Widersacher war (Bravo!)" (Dr. Lieber 91, 293), Windthorst aber, „der Mann, dessen Blick trotz seiner Kurzsichtigkeit himmelweit hinausgereicht habe über den Gesichtskreis eines Bismarck (Bravo!)" (Dr. Lieber 92, 515). Gröber variiert den gleichen Gedanken folgendermaßen: „Dem großen Führer der Staatsgewalt (Bismarck) stand ein anderer großer Staatsmann gegenüber, unser Windthorst, der jenem an Geist mindestens gewachsen, an Charakter aber weit überlegen war (donnernder Beifall)" (95, 481). Auf demselben Tage spricht Gröber von dem eisernen Kanzler als von „jenem gewalttätigen, rücksichtslosen Staatsmann mit seinem Anhange von Kulturpaukern" (98, 221), und Pfarrer Schürmann (Duisburg) nennt ihn „den mächtigen Hasser" (98, 365).

Gelegentlich macht man sich auch wohl über Bismarck lustig, wie Graf Ballestrem, den besonders verletzenden Ausdruck dabei wiederholend: „Wer hätte es geglaubt, meine Herren, noch vor wenigen Jahren, daß der Vater des Sozialistengesetzes als commis-voyageur aller Unzufriedenen durch Deutschland ziehen würde? (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Wer hätte es geglaubt, daß er von Stadt zu Stadt auf offenem Markt seine Bude aufschlagen (wiederholte Heiterkeit) und dort in marktschreiender Weise seine Arkana der Staatskunst en detail feilbieten würde? (Heiterkeit.) . . . Die Sozialdemokraten hatten keinen Grund zu agitieren — das besorgte Fürst Bismarck (Sehr wahr!)" usw. (92, 440 f.). Pfarrer Lehnen spottet noch in dem Jahr, in dem Bismarck gestorben war, über seine Entlassung durch Wilhelm II.: „Auf dem Gipfel seiner Macht hat der Reichskanzler unter dem Beifallgejohle unserer politischen Gegner das stolze Wort gesprochen: ‚Wir gehen nie nach Kanossa.' Meine Herren, man soll nie ‚nie' sagen. Er ist doch gegangen, und wenn nicht nach Kanossa, dann nach Friedrichsruh. Unser Herrgott wollte ihm die weite Reise über die Alpen ersparen" (98, 269) usw.

Allmählich begann man allerdings auch den ersten Kanzler des Deutschen Reiches hinzustellen als einen „großen" Mann. Seine Größe aber muß dann dazu dienen, die Kirche Roms und deren Größe in ein noch helleres Licht zu setzen: er, der „gerade durch seine Anfeindungen der katholischen Kirche uns verholfen hat zu der heutigen angesehenen Stellung des deutschen Zentrums im öffentlichen Leben Deutschlands. . . . Der eiserne Kanzler, der mit siegesgewohnter Faust rütteln wollte auch an den Institutionen unserer katholischen Kirche, der hat sich überzeugen müssen, daß seine staatsmännische Kunst, die sonst so erprobte, zerschellen mußte an der Einheit des katholischen Volkes" (Frhr. v. Freyberg 98, 126 f.).

Nachdem erst einmal dieser Gesichtspunkt hervorgekehrt worden war, ist Bismarck für de Witt sogar „der erste große Kanzler des Deutschen Reiches", der „vielleicht größte Staatsmann des vorigen Jahrhunderts", dem die Katholiken für Abbrechung des Kulturkampfes „den schuldigen

Tribut des Dankes und der Anerkennung zu zollen" verpflichtet sind (06, 336 f.). So überraschenden Wandelungen gegenüber muß man an Christi Wort von jenen Leuten denken, die die lebenden Propheten töten, aber der toten Gräber schmücken.

Nachdem die Einigung Deutschlands in der heutigen Form wider ihren Willen gelungen, sind die Katholikentagsführer vor allem darauf bedacht gewesen, dem weiteren Vordringen des Einigungsgedankens nach Kräften Hindernisse in den Weg zu legen.

Man verbündete sich deshalb politisch mit allen in irgend einer Weise reichsfeindlichen Parteien (Polen, Elsässern, Dänen, Welfen usw.). Man freute sich des Partikularismus anderer und rühmte sich des eigenen. So Dr. Hammer: „Wir Katholiken der Pfalz sind zunächst gut bayrisch, dann sind wir gut deutsch und vor allem sind wir gut katholisch (Bravo!)" (97, 87). Man wirkt eifrig darauf hin, daß nur ja aus Deutschland kein Einheitsstaat werde, nach Windthorsts Grundsatz: „Wir wollen die Reichsverfassung halten in dem Sinne, wie sie gefaßt ist, föderativ, wir werden niemals den Einheitsbestrebungen der sogenannten Nationalliberalen nachgeben, das Reich soll auf dem Boden stehen, den es sich selber gelegt hat, und wenn es diesen Boden verlassen würde, würde auch dieses Reich nicht bestehen" (84, 237 f.).

Lebhaft bedauert man, daß es versäumt wurde, dem Reiche von vornherein den Keim konfessionellen Zwiespaltes durch Bildung einer Art von „Corpus Catholicorum" einzuimpfen. Windthorst wünschte besondere Garantien für die Katholiken: „Es sind solche Garantien bei Schaffung des Deutschen Reiches nicht geplant und gemacht worden. Ich meine, sie wären gar so schwer nicht zu finden gewesen. Es hätte sehr füglich unter Bayerns Vorsitz ein besonderer Ausschuß gebildet werden können, der darüber wachte, daß der katholischen Minorität in Deutschland nicht zu nahe getreten werde" (84, 236). Und man bemüht sich, das hierin „Versäumte" dadurch nachzuholen, daß man Bayern zu einer Macht auszubauen bestrebt ist, die spezifisch katholische Interessen zu vertreten hat:

„Bayern ist der größte katholische Staat innerhalb des neuen deutschen Reichs und es ist ihm in diesem Reiche deshalb eine sehr bedeutsame Aufgabe geworden, nämlich die vor allem, die Interessen der Katholiken des eignen Landes und des gesamten deutschen Landes kräftigst zu vertreten. Jeder muß auf dem Boden bleiben, auf dem er gewachsen ist, er wird sonst untergehen, und Bayern ist groß geworden durch seine Stellung, die es in Deutschland eingenommen hat als katholische Macht, und diese Stelle muß es auch fernerhin einnehmen . . . Dieses wissend und erkennend, — vielleicht ist es noch nicht so deutlich ausgesprochen worden, wie ich es heute getan — hat auch die Zentrumsfraktion, der ich angehöre, im Reichstage und überall, wo eine Gelegenheit war, die besondern Rechte Bayerns kräftigst in Schutz genommen (Bravo!) und wird das ferner tun (Bravo!). Und ich führe das an, damit man nicht in irgend welcher Weise die Bevölkerung Bayerns über unsre Intentionen täuschen möge, wie es auf den verschiedenen Versammlungen, die gehalten worden sind hier in Bayern, gegen uns versucht wurde." (Windthorst 84, 236f.)

Was Windthorst verkündet, war auch die Überzeugung seines Nachfolgers in der Führung des Zentrums, Dr. Lieber. Deshalb wiederholt dieser wörtlich die erste Hälfte der eben angeführten Darlegungen seines Vorgängers über Bayerns Beruf als „katholische" Macht (95, 424 f.). Der Katholikentag stimmt auch diesmal durch wiederholte „Bravo"-Rufe zu. Dann aber fährt Lieber fort: „Gar mancher von uns hat, als er dem Traum des geeinigten Alldeutschland endgültig entsagen mußte, zagenden Herzens auf die bevorstehende Entwicklung der Dinge geblickt, und man kann nicht behaupten, daß er ein falscher Prophet gewesen wäre. (Rufe: Sehr wahr!) Wenn aber in all dem, was seither über uns gekommen ist, etwas uns aufrecht erhalten hat, im nichtbayerischen katholischen Deutschland, dann war es der Hinblick auf das katholische Bayernland. (Bravo!) Und wie wir die Hoffnungen auf Österreich haben zu Grabe tragen müssen, hatten wir auf Bayern unsere Hoffnung gesetzt." ... „Gott erhalte das katholische Bayern!" (95, 425). Auch Dr. Stigloher hat auf dem gleichen Tage Bayern an seinen ihm von den Katholikentagen zugewiesenen Beruf erinnert:

„An unserem königl. bayrischen Hofe besteht der Hausritterorden des hl. Georgius: Die Treupflicht, welche diese Ritter des hl. Georgius übernehmen, ist eine dreifache. Erstens: fest und entschieden zu bekennen den Glauben an die allerseligste, unbefleckt empfangene Maria (Beifall); zweitens: offen zu bekennen und einzutreten als Ritter für den heiligen katholischen Glauben und das Oberhaupt der heiligen katholischen Kirche, und als dritte Pflicht übernehmen sie die Ausübung der leiblichen Werke der Barmherzigkeit." (95, 110.)

Und Windthorst selbst wiederholte noch einmal im Jahre 1890: „Ich habe die Meinung, daß Bayern nach seiner Geschichte und nach seiner Geographie nach wie vor berufen ist, der Vorort der katholischen Interessen in Deutschland zu sein" (90, 76).

So bemühte man sich also, eine besondere „katholische" Vormacht im Deutschen Reiche heranzuziehen. Daneben aber tröstete man sich noch immer des „katholischen Kaiserhauses in Österreich" und zeigte sich auch für dessen Erhaltung als „katholischer" Macht besorgt. In Innsbruck hatte einst (1867) Freiherr von Stillfried den Kaiser von Österreich mit den Worten gefeiert: „Mit wahrem katholischen Herzen wollen wir ihn schützen, ihm helfen, damit Österreich der Hort der katholischen Kirche bleibe; ein Beruf, der so vielen katholischen Fürsten ihre Größe gab, der Österreichs Völker einig und glücklich macht" (67, 203). Jetzt rief der Benediktinermönch Augustin Graf Galen, — derselbe frühere preußische Offizier und Regierungsreferendar, der auf einem österreichischen Katholikentage (1905) erklärte: „Wir wollen Österreich wieder so katholisch machen, daß den Brüdern im Reich der Appetit vergeht und sie für diese Mischehe danken" (vgl. „St. Bonifatius" 1906) —, den deutschen Katholiken zu: Die Liebe zu „dem gemeinsamen katholischen Kaiserhaus" bilde für die österreichischen Katholiken das einigende Band; die dortigen Alldeutschen aber bedrohten den „ehrwürdigen katholischen Staat" der Habsburger (07, 154).

Besonders hoffnungsfroh blickt man hierbei auf den künftigen Kaiser dieses von den Katholikentagen zu einem „katholischen" gestempelten, in Wirklichkeit aber verfassungsmäßig paritätischen Staates: „Sie alle muß es mit inniger Freude erfüllt haben, als Sie hörten, daß unser edler Thronfolger sich an die Spitze des allerschwärzesten und ultramontansten, des klerikalsten, aber auch des am intensivsten im österreichischen Interesse wirkenden katholischen Schulvereines gestellt hat. (Jubelnder Beifall und stürmische Rufe: ‚Hoch Franz Ferdinand!')" (Gießler 02, 203.)

Wehe aber dem Protestanten, der etwa in einem unbedachten Augenblicke — wiewohl weit davon entfernt das Deutsche Reich einseitig, wie die Katholikentage es gern täten, für die Interessen einer einzelnen Konfession in Anspruch zu nehmen — von einem „protestantischen Deutschland" oder einem „protestantischen deutschen Kaisertum" zu sprechen wagte! Die sittliche Entrüstung über solche „Herausforderung" der katholischen Empfindungen war dann stets grenzenlos: „Dagegen protestieren Millionen deutscher Katholiken und lassen es sich nicht gefallen, wenn man von gewisser Seite ein protestantisches Deutschland proklamieren möchte. (Bravo!)" (Hardy 88, 85 f.) „Die Idee des ‚protestantischen Kaisertums', so verfassungs- und geschichtswidrig sie ist, muß aus den Köpfen übelwollender Bureaukraten und kurzsichtiger Behörden verschwinden! (Stürm. Beifall und Zustimmung!)" (Marx 08, 416.)

Gegenüber solchen protestantischen Sündern betont man dann wohl besonders nachdrücklich, wie voll und ganz man auf dem Gedanken des „paritätischen Staates" stehe, und wie man sogar für einen Kaiser, der den evangelischen Glauben bekennt, „Zuneigung" zu empfinden imstande sei: „Wir alle sprechen in voller Überzeugung aus, daß wir fest und treu zum Deutschen Reiche halten, daß es unwahr ist, wenn man behauptet: weil der zeitweilige Kaiser und sein Haus, also auch für die Folgezeit die Kaiser protestantisch seien, hätten wir keine Zuneigung zu diesem Reiche. Meine Herren, das ist eine Unwahrheit. Wir erkennen freilich nicht an ein protestantisches Deutsches Reich; aber wir erkennen an das Deutsche Reich, in dem die volle Parität herrscht" (Dr. Lieber 91, 293). Das hindert jedoch nicht, einem Redner zuzujubeln, der Deutschland „trotz des Protestantismus" leichthin eine „katholische Nation" nennt:

„Keine Nation, das muß man aus Liebe zur Wahrheit sagen, kann mit den deutschen Katholiken wetteifern, und Sie können stolz darauf sein, daß Sie eine solche Demonstration leichthin zustande gebracht haben. Und es ist doch in Deutschland der Protestantismus tätig, ist doch Deutschland offiziell eine protestantische Nation. (Lebhafter Widerspruch!) Nun, dann sage ich, Deutschland ist eine katholische Nation." (Heiterkeit, stürmischer Beifall!) Also ich wiederhole es: „Deutschland war, ist und wird immer bleiben eine katholische Nation! (Lebhafter Beifall!) Deswegen sage ich: Trotz des Protestantismus, trotz der Freimaurerei, trotz des wütenden Liberalismus macht sich in Deutschland das katholische Bewußtsein so geltend, daß ein Fremder staunen muß, wie in einer katholischen Nation eine solche Demonstration zustande gebracht werden kann." (Abbé Mortara-Rom 93, 151.)

Die Behauptung aber, daß man einem protestantischen Landesfürsten anders gegenüberstehe als einem katholischen, wird als Beleidigung zurückgewiesen. „Wir geben Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist. Deshalb sind wir auch reichs- und kaisertreu bis in die Knochen, drohen nicht mit Revision unserer monarchischen Gesinnung und lassen von niemand uns in Vaterlandsliebe und Treue an das angestammte Herrscherhaus übertreffen" (Dr. Feldhaus 06, 478).

Aber schmerzlich zuckt doch die katholische Seele zusammen, wenn sie daran denkt, daß ein zu ²/₃ katholisches Land wie Baden das „Unglück" hat, ein protestantisches Herrscherhaus zu besitzen: „Der im ganzen katholischen Deutschland mit der größten Verehrung, mit der innigsten Hochachtung genannte Freiherr von Andlaw . . . ist der unermüdliche Vorkämpfer in einem Lande, das Napoleon einem Protestanten gab und von dem er selbst aussprach, daß er nicht geglaubt hätte, daß er die katholischen Badenser in eine Hand gegeben, in der sie sich so unglücklich fühlen müßten. (Bravo!)" (Domdechant Dr. Götz-Würzburg 65, 305.)

Gelegentlich aber klingt es auch von katholischen Lippen wie Drohung mit einer „Revision der vaterländischen Gesinnung", nämlich dann, wenn der Staat es ablehnt, unduldsamen katholischen Forderungen sich gefügig zu erweisen, so wenn er Miene macht die Kultusfreiheit der Protestanten auch dort zu schützen, wo die Katholiken die Mehrheit sind. Als nämlich Kooperator Knoflach aus Innsbruck berichtet hat, daß man in Tirol einige katholische Redakteure zur Rechenschaft gezogen habe, weil sie gegen die staatlicherseits gewährleistete Kultusfreiheit der Protestanten in fanatischer Weise vorgegangen waren, fährt er fort: „Jetzt sucht man die Sache wieder auszugleichen, weil nicht weit von uns der Krieg entbrannt ist, und man konnte in den letzten Monaten erkennen, daß man die Leute beruhigen wolle, weil man vielleicht Tirol brauchen könnte. Ich fürchte, wenn die Zeit kommt, daß der Patriotismus nicht groß sein wird" (77, 157). Und mit Beifallsspenden quittiert man nicht bloß Ausfälle gegen das böse „Preußen" (s. Greuther 75, 203 f.), sondern man empfindet auch eine gewisse Genugtuung über bezeichnende Äußerlichkeiten, so z. B. wenn man in diesem „protestantischen" Lande die Katholiken recht wenig preußische Fahnen verwenden sieht. So Dr. Lingens, als er stolz von Aachen, das bekanntlich in Preußen liegt, berichtet, es habe sich bei der Papstfeier am 3. Juli 1877 „mit Fahnen bedeckt in den Farben des heiligen Vaters und der seligen Jungfrau: Es flatterten viele weiß-blaue sowie gelb-weiße Fahnen, ob auch viele schwarz-weiße, das bezweifle ich. (Heiterkeit.)" (77, 26.) So auch Dr. v. Orterer beim Jubelkatholikentag in Köln — einer Stadt, die gleichfalls in Preußen liegt —: „Ich sehe in den Straßen der Stadt hier so vielen freundlichen, festlichen Schmuck, mein Bayernherz erfreut es dabei gar sehr, daß die Kölner das Schwarzweiß so oft in Blauweiß verkehrt haben; das ist jedenfalls besser als das Umgekehrte" (03, 128).

Im übrigen „hofft" man im Sinne von Dr. Michaelis auf Deutschlands katholische Zukunft. Und je mehr die Hoffnung Nahrung erhält und sich der Erfüllung zu nähern scheint, um so lebhafter werden die Äußerungen der „Sympathie" und die Gefühle wärmer.

Diese „Hoffnung" stieg insbesondere bei jedem Huldbeweis des Kaisers gegenüber dem Papste. So deutete z. B. der Präsident des Koblenzer Katholikentags das Herantreten Wilhelms II. an den Papst nach Erlaß seiner „Arbeiterbotschaft" vom 4. Februar 1890 in seiner Weise wie folgt: „Der Kaiser hat dafür gesorgt, daß die Welt nicht im Zweifel darüber sei, wie er seinen Aufruf verstanden wissen wolle, indem er an demselben Tage, an dem er die internationale Konferenz berufen, ein eigenhändiges Schreiben an Seine Heiligkeit, den Papst, gerichtet hat, das kurz etwa dahin lautet: ‚Heiliger Vater, Du Haupt der katholischen Christenheit, ich bitte Dich, leihe mir Deinen Einfluß bei meinen Unternehmungen.'" (Frh. von Buel 90, 115.) So ließen ferner die Reisen des Kaisers zum Papst die Herzen in Erwartung größerer Dinge höher schlagen: „In frischer Erinnerung steht für uns noch jenes erhebende Bild, da bei der letzten Kaiserreise nach Rom in diesem Jahre Kaiser und Papst wie geistesverwandte Freunde in langem, gedankenreichem Gespräch über die höchsten Probleme der Wohlfahrt der Völker und der sozialen Frage sich ergingen" (Dr. Henner 93, 61). Bei ähnlicher Gelegenheit sprach ein anderer Katholikentagspräsident: „Was war es doch für ein erhabenes Schauspiel, als im Frühjahr dieses Jahres Seine Majestät Kaiser und König Wilhelm II. seinen letzten Besuch bei Seiner Heiligkeit, dem Jubelgreis Leo XIII., machte. (Bravo!) Schlugen da nicht die Herzen nicht nur aller Katholiken, sondern aller wahrhaft gutgesinnten Christen höher, als sie solches Schauspiel sahen!" (v. Orterer 03, 366.)

Daß die Hoffnung aber sich bald erfülle, betete man: „Beten wir mit für die hohe Staatsregierung in Deutschland und für das deutsche Volk: das deutsche Volk und das Kaisertum sollen eins sein, eins im Glauben" (Pastor J. A. Koopmanns 00, 65).

Katholikentage, Kirchenstaat und Peterspfennig.

Katholikentage und Kirchenstaat.

Als Goethe auf seiner Italienreise durch kirchenstaatliches Gebiet ins Toskanische gekommen war, schrieb er am 25. Oktober 1786 in sein Tagebuch: „Es ist hier alles zugleich tüchtig und reinlich; Gebrauch und Nutzen mit Anmut sind beabsichtigt; überall läßt sich eine bleibende Sorgfalt bemerken. Der Staat des Papstes hingegen scheint sich nur zu erhalten, weil ihn die Erde nicht verschlingen will.“

Dreiviertel Jahrhundert fristete seitdem die weltliche Papstherrschaft noch ihr Dasein. Dann brach sie unter dem Ansturme der modernen Ideen kraftlos in sich zusammen. Auf ihren Trümmern erhob sich das neue Italien. In welch jammervollem Zustande dieses den Kirchenstaat aus den Händen des Papstes übernahm, das lassen die Schilderungen der bis dahin päpstlichen Lande erkennen, die Pfarrer Lackmann aus Quakenbrück damals auf dem Katholikentage entwarf. Er sagte u. a.: „Selbst die Stadt Rom bildet keine Ausnahme. Man denke z. B. nur an die Ermordung, welche neulich auch dort an einem daherwandernden Steuermann am hellen Tage auf belebter Straße geschah, und wie das Volk sich verhielt. In der Tat, wie jener Levit bei dem ‚so unter die Räuber gefallen war‘. Er wendete sein Auge ab, ging vorüber und tat, als ob er nichts bemerkt hätte. Und dann diese massenhaften Treulosigkeiten und Eidbrüche in allen Schichten, an allen Ecken und Enden des Landes, mit einem Worte: überall Fäulnis des religiösen Lebens und Auflösung der sozialen Ordnung. Nun behauptet Herr A. Meinhold in: ‚Die katholische Kirche‘ — Regensburg bei Pustet 1860 — S. 56 § 1, daß in der Freiheit der Kirche die Bürgschaft liege für die Erhaltung, bezw. Herstellung der sozialen Ordnung. Die Protestanten weisen auf Italien und sagen: ‚So etwas behaupten heißt: der Geschichte einen Faustschlag ins Gesicht geben.‘“ (60, 202.)

Man sollte meinen, daß ein derartiges Fiasko der mehr als tausendjährigen weltlichen Herrschaft des Papsttums auch auf die deutschen Katholikentage dauernd ernüchternd hätte wirken müssen. Doch weit gefehlt! Was bedeuten geschichtliche Erfahrungen für die, denen das Festhalten an vorgefaßten Meinungen als heilige Pflicht erscheint!

Noch kaum ein Jahr lang bestand das junge Königreich Italien. In den von ihm dem Papste abgenommenen Landesteilen konnte sich in so kurzer Zeit unmöglich schon Wesentliches, sei es zum Guten, sei es

zum Bösen, geändert haben, und schon fing man an, den Katholikentagsbesuchern die Zustände, die doch die Papstherrschaft hinterlassen, als Wirkung der neuen Verhältnisse hinzustellen. Baudri erklärte:

„Das schöne Italien, — es bietet jetzt das Bild ärgster Verwirrung und Verwilderung dar: freche Verhöhnung alles Rechts und der Gerechtigkeit, grobe Verletzung der Sitte und Sittlichkeit, gewaltsame Unterdrückung der religiösen Freiheit sind in diesem Lande, mit Ausnahme des kleinen Länderteils, der dem hl. Vater noch verblieben, an der Tagesordnung und drohen auch in jenen Landesteil einzubrechen, in dem seit 1800 Jahren St. Petri Stuhl steht und der Statthalter Christi, inmitten einer Ihn liebenden und verehrenden Bevölkerung, die Kirche Gottes regiert. Welch erhabenes und erhebendes Beispiel leuchtet uns vom Stuhle Petri entgegen! Während die Fürsten und Großen der Erde dem Unfuge und Raube ruhig zusehen, der jetzt Italien zerreißt und zerfleischt, während sogar einer nach dem andern den Raubkönig anerkennt, dessen Reich ein Bild des Jammers und Greuels ist, wie es die Welt selten gesehen: ist es der so schwer geprüfte und bedrängte Papst, der ohne Furcht und Scheu den Raub einen Raub nennt und für Wahrheit und Recht Seine mutige Stimme durch alle Lande ertönen läßt, unbekümmert und unbesorgt, ob vielleicht schon morgen die wilden Scharen sein durch Raub und Verrat geschwächtes Reich überfallen und die an Denkmälern und Pracht reiche Roma mit ihren blut- und raubbefleckten Horden verwüsten werden.“ (62, 28.)

Und wieder nach Verlauf einer Spanne Zeit, wo die Erinnerung an das, was der Kirchenstaat einst tatsächlich gewesen, genügend verblaßt sein konnte, durfte man es bereits wagen, jenes Jammerbild von Staat als das unerreichte Ideal hinzustellen, als das es Baron von Gruben der gläubig lauschenden Menge in den Worten schildert: „Seit der Reformation haben wir überhaupt nur einen christlichen Staat gekannt, welcher uns als Vorbild für die Entwicklung christlich-sozialer Zustände bis in die Gegenwart belassen wurde. Dieser Staat war der Kirchenstaat, welcher in demselben Jahre aufgelöst wurde, als das neue Deutsche Reich geboren wurde. . . . Wahrlich, dieses Bild, das christliche Rom, wie es bis zum 20. September 1870 bestand, ist das schönste soziale Gemälde, welches die Phantasie sich hervorzaubern kann aus der Vergangenheit“ (87, 182 f.).

Daß die Katholiken an dem Schicksale ihres kirchlichen Oberhauptes Anteil nahmen, wird ihnen niemand verargen. Diese Anteilnahme sprach sich aus in der Aufforderung, die ein Antrag Pahl, erschrocken über den Anschluß päpstlicher Provinzen an Italien, an Papst Pius IX. ergehen lassen wollte: „im Falle der geringsten Verletzung seiner Würde, Freiheit und Unabhängigkeit in Deutschland seine Zufluchtsstätte zu nehmen“ (60, 196). Im Überschwang der Gefühle sah Moufang sogar schon die Protestanten aus lauter schmerzlicher Teilnahme an dem Untergange jenes Kirchenstaates, der ihren Glauben stets unterdrückt und niedergehalten hatte, haufenweis katholisch werden: „Auch unter den Andersgläubigen sind viele ergriffen von jener Erhabenheit des hl. Vaters und freuen sich, ihm, dem Mann Gottes, soweit es die Verhältnisse erlauben, auch zu helfen mit Gebet und mit Almosen. (Bravo!) O, meine Herren, was wäre das so schön, wenn gerade die Not Pius IX. und wenn die Liebe zu ihm, die durch diese Not geweckt wird, das Mittel

wäre, daß die getrennten Brüder wieder ganz mit der Kirche eins würden. (Bravo!)" (61, 48.) Über solche Illusionen wird man lächeln dürfen. Nicht zu verzeihen aber ist die wilde, aufreizende Sprache, die man auf den Katholikentagen gegenüber der neuen Ordnung der Dinge in Italien führte. Unter „stürmischem Bravorufen" erklärte z. B. im Jahre 1861 „der gewaltigste und glänzendste Redner" der ganzen Tagung, als der Moufang einmütig (s. May a. a. O.) gepriesen wird: „Bisher hat noch kein deutscher Fürst dieses Lügenkönigreich von Italien anerkannt, und ich hoffe zu Gott, unser ehrlicher deutscher Name wird bewahrt bleiben vor der Schmach, daß auch nur einer unserer Fürsten sich zu der Lüge hergibt, den kirchenräuberischen, den meineidigen Sardenkönig als König von Rom zu begrüßen" (61, 50). Der Katholikentag selbst beschloß in Hinblick auf den im Jahre vorher (1860) erfolgten Anschluß dreier Provinzen des Kirchenstaates an Italien: „Die katholische Generalversammlung erblickt in der Beraubung des Kirchenstaates nicht bloß ein Verbrechen gegen die Gerechtigkeit, sondern ein spezielles Verbrechen gegen die Kirche — einen Gottesraub, denn der Kirchenstaat ist wesentlich Kirchengut" (61, 145). Zu Aachen (1862) erneute dann die Versammlung „den im vorigen Jahre in München erhobenen Protest gegen die Beraubung des hl. Stuhls. Sie fordert für den hl. Vater den Vollbesitz seiner weltlichen Herrschaft zurück, wie sie ihm die göttliche Vorsehung gegeben und ihm Kraft des Völkerrechtes und heiliger Verträge gebührt, und bekennt sich feierlich zu den Grundsätzen, welche die in Rom versammelten Bischöfe in ihrer Adresse an Pius IX. ausgesprochen haben" (62, 277). Eine weitere Erklärung derselben Tagung lautete: „Die Versammlung sieht in der Existenz des Königreichs Italien einen die ganze europäische Ordnung bedrohenden Sieg der Revolution. Sie beklagt daher auf das tiefste die Anerkennung, welche dasselbe teilweise erlangt hat und dankt den Fürsten und allen Männern, welche sich dieser Anerkenntnis widersetzt haben" (62, 277).

In der Adresse an den hl. Vater aber sprach man von Italiens Herrscher und seiner Regierung als von „gottschänderischen und gebannten Räubern" (62, 18; vgl. u. a. auch 72, 77). Von Anfang an predigten die Katholikentagsredner den deutschen Katholiken, daß das Papsttum nun und nimmer auf seine weltliche Herrschaft über den Kirchenstaat verzichten könne. Dabei legte man sich und den Papst z. T. in einer Weise fest, daß ein Zurück in Ehren gar nicht mehr möglich war. Z. B. wandte sich Moufang gegen den Gedanken eines Ausgleiches zwischen Papst und Italien in folgender Weise:

„O, sie mögen kommen und mögen ihm schöne Worte machen, sie mögen kommen und ihm Millionen versprechen, sie mögen auf irgend eine Weise die römische Frage, wie sie es nennen, zu lösen versuchen — an Einem Felsen scheitert alles, das ist an dem Gewissen, an der unerschütterlichen Gewissenhaftigkeit unseres hl. Vaters. ‚Ich darf nicht', hat der hl. Vater gesagt, ‚ich darf nicht, denn dieses Land, das ich regiere, ist nicht mein; diese Krone, die ich trage, gehört der heiligen katholischen Kirche; die göttliche Vorsehung hat sie meinen Vorfahren auf das Haupt gesetzt, und mit einem Eidschwur habe ich es beschworen, daß ich nichts von all den Rechten aufopfern will, die Gott der Kirche und dem Papste übergeben' und das ist die Ursache, warum sich die römische Frage nie, nie anders lösen wird, als daß Pius IX. oder sein Nachfolger auf dem Stuhle Petri König von Rom bleibt! (Bravo)." (61, 46.)

Ein paar Jahre darauf (1864) führte der Professor und spätere Kardinal Dr. Hergenröther nicht minder unzweideutig aus:

„Noch bis zur Stunde ist der hl. Vater von der feindlichen Macht bedrängt, die vor 14 Jahren den ingrimmigen Kampf gegen seine geistige Gewalt begonnen, um neun Jahre später auch die irdischen Stützen derselben zu untergraben und durch dieses Zerstörungswerk jenen mühsam und künstlich zusammengekitteten Bau zu fördern, in dem das Traumgebilde der italienischen Einheit Leben gewinnen sollte. Da sieht der Vater der Christenheit . . . die Mächte der Finsternis entfesselt, mit Wutgeheul das Zentrum des Katholizismus fordernd, wo sie einen neuen Thron aufrichten möchten, einen Thron ihrer Gottlosigkeit. (Bravo!) Sollte nun wirklich der Papst nachgeben, wie man so oft von ihm verlangte? Sich versöhnen mit dem neuen Königreiche, das ihm äußerlich die Sicherheit seiner geistigen Gewalt und ein anständiges Einkommen verbürgen will? Meine Herren! . . . Nimmermehr kann der Papst die Eide brechen, durch die er sich verpflichtet, das Erbe Petri nach allen seinen Kräften ungeschmälert zu erhalten, nimmermehr auf das verzichten, was nicht ihm, noch seinen einzelnen Nachfolgern, sondern der gesamten Kirche gehört. Er kann nicht, wie Fürsten anderen Schlages getan, sei es Millionen, sei es Hunderte von Untertanen gegen eine Leibrente von einigen Millionen Franken verkaufen, um seine Ruhe und Bequemlichkeit zu sichern, er kann nicht die ihm treu gebliebenen Bevölkerungen dem moralischen Verderben überantworten, das von Norden nach Süden das übrige Italien überflutet hat. Er kann nicht, das heilige, diese ewige Stadt mit ihren unermeßlichen Schätzen des Christentums und der Kunst, mit ihren Stiftungen, Denkmälern und Anstalten der Habgier der Feinde preisgeben. Er kann nicht die Unabhängigkeit und Freiheit des Kirchenoberhauptes vernichten helfen, welche notwendig ist, um die Gewissensfreiheit zu sichern und die nur dann möglich ist, wenn der Papst als König, aber nicht wenn er als Untertan eines Viktor Emanuel erscheint."

„Er kann aber auch nicht, meine Herren, als Wächter des Sittengesetzes jemals gutheißen die Verletzung der moralischen Gesetze und, sei es auch nur stillschweigend, billigen, nicht den Raub und die Vergewaltigung sanktionieren, nicht ‚das Recht der vollendeten Tatsachen' anerkennen, denn das ist in der Tat modernes Faustrecht, fürchterlicher und gefahrdrohender als das des Mittelalters war. (Bravo!) Nein! Rom, dieses konsequente Rom, das lieber alles opfert als ein einziges Prinzip, dieses Rom, welches die unermeßliche Tragweite, die unerschöpfliche Fruchtbarkeit der Prinzipien, wie sie aus ihrem universellen Charakter hervorgeht, mehr würdigt als irgend eine Macht in der Welt, Rom wird nicht mit dem neuen Raubstaate sich vereinbaren, weil zwischen Christus und Belial keine Gemeinschaft denkbar ist. (Bravo!)" (64, 308 ff.)

Auf den gleichen Standpunkt stellte sich die Entschließung des Katholikentags vom Jahre 1867. Sie lautete: „Die katholische Generalversammlung, getreu ihren schon oft kundgegebenen Überzeugungen, erklärt, daß zur Unabhängigkeit des obersten Lehr- und Hirtenamtes in der Kirche die weltliche Herrschaft des Papstes unentbehrlich sei, und sieht in der teils schon vollzogenen, teils noch beabsichtigten Beraubung des apostolischen Stuhles sowohl einen sakrilegischen Frevel, als auch eine schwere Verletzung des Rechtes, der Freiheit und der Wohlfahrt der ganzen Christenheit" (67, 198).

Die Bundesgenossenschaft, in der Italien im 1866 er Kriege zu Preußen gestanden, milderte nicht, ja sie erhöhte fast den Haß. Wenigstens erging sich der Präsident des Katholikentags von 1868, Frh. von Loë, in den wildesten Schmähungen gegen Italien. Seine Worte lauteten u. a.: „Das freie Italien, diese Schöpfung der geheimen Gesellschaften, dieses Land der freien Kirche im freien Staate, jenes Land der Freiheit für Raub und Diebstahl (Bravo!), für Kirchenschändung und Entsittlichung, dieses Land des finanziellen und moralischen Bankerotts, dieser modernste aller Staaten, er hat das Verdienst, daß er uns in Kenntnis erhält von den Plänen seiner Freiheitsapostel“ (68, 92 f.). Derselbe Frh. von Loë war es auch, der im Jahre 1871 von „den entarteten Nachkommen des savoyischen Königshauses“ sprach (71, 45) und im Jahre 1884 einen Protest gegen die Heranziehung von Kirchengut zur Bildung eines Kultusfonds für die katholische Kirche in Italien mit den Worten ablehnte: „Meine Herren, einen Räuber bittet man nicht um die Zurückgabe des Gutes; wenn man ihn fangen kann, so hängt man ihn“ (84, 220; vgl. auch 85, 317). So unter dem „lebhaften Beifalle“ der versammelten deutschen Katholiken ein preußischer Edelmann und Katholikentagspräsident über das mit seinem Monarchen eng befreundete und verbündete Königshaus!

Noch in späteren Jahren hielt diese Tonart an. Der päpstliche Archivar Dr. Franz Hergenröther z. B. nannte die Italiener wieder „sakrilegische Räuber“ und versicherte zugleich nochmals: „Man mag uns freilich zurufen: vor der Tatsache der Einigung Italiens müßt ihr euch endlich beugen und das Geschehene anerkennen. Aber nein, tausendmal nein! (Bravo!) Vor dieser Tatsache können wir uns niemals beugen, diesen sakrilegischen Raub werden wir nie und nimmer anerkennen. (Bravo!)“ (85, 275.) Auch Dr. Porsch ließ es sich nicht nehmen, die Italiener mit Ausdrücken wie „Räuber“ (87, 60), „treuloser Verrat“, „gierige Raubsucht“ (87, 55) u. dgl. zu bedenken.

Doch nicht bloß mit scharfen Worten und mit papiernen Resolutionen wollte man dem Papste zu Hilfe kommen. Als am 20. September 1870 Rom Italiens Hauptstadt geworden war, wobei sich die von Baudri in so hohen Tönen gepriesene „Liebe und Verehrung“ der Bevölkerung für den Papst dadurch kennzeichnete, daß im ganzen Kirchenstaat 133 681 Stimmen für und nur 1507 gegen, in Rom selbst 40 785 für und bloß 46 gegen die Beseitigung seiner weltlichen Herrschaft abgegeben wurden, — setzten die deutschen Katholiken ihre Hoffnung auf eine diplomatische Intervention von seiten der europäischen Regierungen. Bekanntlich suchte zunächst der Erzbischof Ledochowski von Posen im November 1870, also zu einer Zeit, wo Deutschland sich mitten im Kriege mit Frankreich befand und eine freundliche Haltung Italiens uns wertvoll sein mußte, den König Wilhelm I. in Versailles auf, um ihn zu einer Einmischung in die italienischen politischen Verhältnisse zu bestimmen. Im Februar 1871 trugen dann in derselben französischen

Stadt 56 katholische Abgeordnete des preußischen Landtages dem inzwischen zum Kaiser proklamierten Könige in aller Form die Bitte vor, die weltliche Herrschaft des Papstes wieder herzustellen. Ähnliche Schritte aber folgten insbesondere im deutschen Reichstage sofort nach dessen Eröffnung.

Allerdings wollte man es und will man es auch heute noch nicht eingestehen, daß man Deutschland um päpstlicher Interessen willen in allerlei Verwicklungen, ja selbst in einen neuen Krieg zu treiben kein Bedenken getragen haben würde. „Unsere Adressen an Se. Majestät, unsern König“, erklärte Fr. Baudri als Präsident der Mainzer Tagung, „gingen größtenteils nach Versailles. Wir wußten damals recht wohl, daß nicht mit den Waffen eingeschritten werden konnte, um den heiligen Vater zu beschützen. Es ist uns nimmermehr eingefallen, wie unsere Feinde behaupten, daß wir einen Feldzug nach Rom hätten herbeiführen wollen“ (71, 301). Und auch Dr. Porsch stellt mit der ihm eigenen Heftigkeit ähnliche Hintergedanken in Abrede: „Die Lüge, daß wir eine gewaltsame Einmischung in Italien verlangen, ist ja nicht neu; sie war eine der ersten, mit denen man die Wege der Zentrumsfraktion im Reichstag zu kreuzen suchte. Es ist behauptet worden, die Zentrumsfraktion habe als eine ihrer ersten Taten eine Intervention Deutschlands in Italien zugunsten des Papstes verlangt. Das ist durchaus unwahr“ (00, 114 f.). Behauptungen in solcher Form vorgetragen scheinen keinen Widerspruch zuzulassen. Aber es klang doch zum mindesten kriegslustig genug, wenn derselbe Fr. Baudri auf dem 1871 er Katholikentage an die Gewalt des Schwertes [!] mit den Worten appellierte: „Wir in Preußen richteten unsere Bitten an unsern König, nicht auf daß er einen weltlichen Fürsten unterstützen, sondern, daß er einen Vater der Christenheit, unsern Vater, daß er unser Eigentum, unser Interesse in Rom schützen möge . . . Den Fürsten ist das Schwert nicht gegeben, nur um ihre Throne zu verteidigen (Beifall). M. H., sie tragen das Schwert auch zum Schutze des Volkes, und die Interessen des Volkes haben ein Recht auf diesen Schutz ihrer Fürsten“ (71, 299). Unbestreitbar ist jedenfalls, daß man auf Katholikentagen an die Staatsregierungen Forderungen stellte, die die Gefahr kriegerischer Verwicklungen in sich trugen. „Keine“ der Regierungen, so klagte eine Entschließung vom Jahre 1871, „hat dem beraubten und gefangenen Papste Schutz gewährt. Nicht einmal eine diplomatische Demonstration ist zu dessen Gunsten mit einiger Entschiedenheit gemacht worden. Diese Haltung der europäischen Regierungen ist eine Ungerechtigkeit gegen ihre katholischen Untertanen. Sie ist eine Zerstörung des Völkerrechts. Sie ist eine Sanktion der politischen Gewalttat“ (71, 274).

Die Forderung einer Intervention der Mächte kehrte in der Folge öfter wieder, zumal bei günstig erscheinenden Gelegenheiten. Im Jahre 1881 erklärte z. B. Pfarrer Ibach: „Wir erwarten von den europäischen Mächten, daß sie die Rechte ihrer katholischen Untertanen auf einen freien Papst und eine freie Kirche wahren, dieselbe

nicht italienischer revolutionärer Vergewaltigung preisgeben, während sie doch nach allen Seiten hin die Rechte ihrer Untertanen zu schützen wissen, und Rom dem wieder zurückgeben, dem es gehört, dem Papste. (Bravo!)“ (81, 204). Anläßlich der bekannten Vorfälle bei der Überführung der Leiche Pius IX aber gab die 28. Generalversammlung (81, 295), und „mit erhöhtem Nachdruck“ die 29. der „gerechten Erwartung Ausdruck, daß die christlichen Mächte nicht länger die Vergewaltigung ihrer katholischen Untertanen in ihrem geistlichen Haupt und einen Zustand der Dinge im Mittelpunkt der Christenheit dulden, dessen Fortdauer nicht nur die Kirche, sondern auch die Staaten durch die dort eingedrungene Zucht- und Ruchlosigkeit [i. J. 81: „Barbarei“] je länger je mehr aufs ernstlichste bedroht“ (Beschluß 82, 303 f.). Auch als im Jahre 1884 die päpstliche „Kongregation der Propaganda in bezug auf ihren immobilen Besitz den Bestimmungen des [italienischen] Konversionsgesetzes unterworfen“ worden war, sprach der Katholikentag die „Erwartung“ aus, daß die „verbündeten deutschen Regierungen“ dagegen Schritte tun würden“ (84, 261).

Gegen den Vorwurf, daß durch die Forderungen, Deutschland solle sich in die inneren Angelegenheiten einer anderen Großmacht einmischen, der Völkerfriede gefährdet werde, verteidigte sich Windthorst im Jahre 1888 mit der Bemerkung, er wolle feindselige Schritte gegen Italien nicht befürworten. Trotzdem fügte auch er hinzu: ein „kräftiges, ermahnendes, freundliches Wort unseres mächtigen Reichskanzlers im Bunde mit der österreichischen Staatskanzlei“ solle den Italienern „klarmachen“, daß, „wenn sie recht feste, gute Bundesgenossen sein wollen, sie den hl. Vater so stellen müßten, daß er in Rom seines Amtes walten kann. (Lebhaftes Bravo!)“ (88, 337.) Ein derartiges Vorgehen soll nach Meinung des Zentrumsführers das freundschaftliche Verhältnis der beteiligten Mächte in keiner Weise gefährden!

Als dann in Rom ein Giordano Bruno-Denkmal errichtet wurde (s. weiter unten), fühlte sich Windthorst zu dem Ausspruch veranlaßt: Da der Papst nicht die Macht habe, dies gewaltsam zu hindern, Italien es aber auch geschehen lasse, so sei klar, daß der Papst keine „würdige“ Heimstätte mehr in Rom besitze, und „dann halte ich dafür, daß die andern Mächte einzutreten haben, um die Sache in Ordnung zu bringen“ (89, 120). Dem allen entsprechen der Appell an die „Unterstützung“ der päpstlichen Wiedergewinnungspläne von seiten jeder „weltlichen Gewalt“ in der vom Jahre 1887 bis 1898 fast regelmäßig gewählten Windthorstschen Form der Kirchenstaatsresolution und Ausführungen wie: „Es ist die Pflicht der Fürsten und Völker, die dazu beitragen können, sobald wie möglich dafür zu sorgen, daß der älteste und berechtigste Thron wieder aufgerichtet, dem heiligen Stuhle das Eigentum zurückgegeben werde. (Bravo!) Als gute Söhne leiden wir mit, wenn unser Vater leidet, und der heilige Vater leidet schwer darunter, daß er nicht im Besitz seiner weltlichen Herrschaft und in der Tat ein Gefangener im Vatikan ist“ (Frh. v. Schorlemer-Alst 91, 165).

Unter solchen Umständen war es ein Glück für unser Vaterland zu nennen, daß der Ultramontanismus in jener Zeit nicht in die Lage kam, die deutschen Ministerstühle mit seinen Anhängern zu besetzen. Sein unbesonnenes Draufgängertum für die politischen Ziele des Papsttums hätte Deutschland schwer gefährden können.

Der ernste Wille der Katholikentage von der Forderung der Rückgabe des Kirchenstaates, zum mindesten aber der Stadt Rom unter keinen Umständen jemals abzugehen, schien nach allem von uns Vorgebrachten unerschütterlich festzustehen. Das hat man zwar nicht in jeder Entschließung ausdrücklich zum Ausdruck gebracht. Hat man doch nicht einmal auf jedem Katholikentage eine die sogen. „römische Frage“ betreffende Resolution gefaßt! Aber diese Voraussetzung lag doch dem zugrunde, was man damals über die fragliche Angelegenheit in Reden und Resolutionen vorbrachte. Man begnügte sich hierbei in der Regel mit einem allgemein gehaltenen „Protest gegen die frevelhafte Entthronung des hl. Vaters“ (so 72, 232), oder „gegen die Unterdrückung der weltlichen Herrschaft des Papstes“ usw. (75, 216; 80, 390) und „die damit verbundene Schädigung der Rechte des hl. apostolischen Stuhles und der gesamten katholischen Christenheit“ (ebenda). Man erklärte den „jetzigen Zustand für unhaltbar“ (82, 303) und forderte die „Wiederherstellung der weltlichen Macht, an welcher alle Katholiken als unveräußerliches Recht und völkerrechtliche Notwendigkeit festhalten müssen“ (84, 261 f.). Oder man beschränkte sich wohl auch, ohne solche Forderungen ausdrücklich auszusprechen, auf die „Klage über die fortdauernde Unterdrückung der unveräußerlichen Rechte des hl. Stuhles“ (85, 317; 86, 323). Dann wieder wurde „das unverjährbare Recht auf Unabhängigkeit und territoriale Souveränität des hl. Vaters nachdrücklichst zurückgefordert“ und zwar „insbesondere in Rücksicht auf die ihm unbestreitbar gebührende Weltstellung“ (93, 108; 94, 331; 96, 214), oder auch zugleich „die weltliche Herrschaft“ unter Anschluß an die von der „internationalen Konferenz in Lüttich“ abgegebenen „Erklärungen“ als „unentbehrlich“ bezeichnet (94, 331). Von 1887 bis 1898 hatte die Kirchenstaatsresolution meist im wesentlichen die von Windthorst entworfene stereotype Form: „Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands spricht von neuem die Überzeugung aus, daß die Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Heiligen Stuhles für die Selbständigkeit desselben und für seine volle Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung der Kirche eine unabweisbare Notwendigkeit ist, und daß jede von Gott gesetzte weltliche Gewalt im wohlverstandenen eigenen Interesse und zur Wiederherstellung der erschütterten Gesellschaftsordnung handelt, wenn sie die vom Heiligen Vater deshalb erhobenen Rechtsansprüche erfolgreich unterstützt“ (87, 230; 88, 279; 89, 127; 90, 344; 91, 415; 92, 92; 95, 83; 97, 111; 98, 121).

Daß man unter dieser „Wiederherstellung der territorialen Souveränität des Papstes“ die Zurückgabe des Kirchenstaates verstand, sprach die Entschließung des Jahres 1883 unzweideutig aus. In ihr erhoben die

deutschen Katholiken „einmütig und feierlich Protest gegen die fortdauernde Vergewaltigung des römischen Stuhles. Sie werden nicht aufhören zu fordern, daß dem Papst die ihm entrissene weltliche Herrschaft, der ihm geraubte Kirchenstaat, das Eigentum des katholischen Erdkonses, zurückgegeben werde. Menschliche Gewalt vermag niemals zu beugen göttliches Recht“ (83, 285).

Im übrigen sorgten Ausführungen von Rednern dafür, daß man sich über den Sinn der Entschließungen nicht im Zweifel sein konnte. Hier einige markante Beispiele:

„Wir verlangen andere, festere Garantien für die Freiheit und Sicherheit unseres Oberhauptes. Wir finden diese Garantien nur darin, daß Rom wieder seinem rechtmäßigen Herrn zurückgegeben, die Hauptstadt der Christenheit, an der wir alle Teil haben, wieder in die Hände des Papstes komme, da zwei Könige in ein und derselben Hauptstadt nicht Platz haben, und der tausendjährige Besitzer das Vorrecht vor dem Eindringling haben muß (Bravo!). Mit allen Garantiegesetzen, und seien sie auch unter den Schutz aller europäischen Mächte gestellt, ist uns nicht geholfen, so lange Rom in den Händen der italienischen Regierung bleibt (Bravo!).“ (Pfarrer Ibach 81, 204.) — „So lange noch ein Katholik das Auge zum Himmel erhebt und ein ‚Vater unser‘ spricht, so lange wird auch das Beten und Flehen zu Gott um Beseitigung dieses elenden Zustandes und um Wiederaufrichtung des Kirchenstaates dauern, bis Gott unser Gebet erhört und der hl. Vater wieder Besitz ergreift von seinem unveräußerlichen Eigentum. (Bravo!)“. (Dr. Schmitt 93, 258.) — „Wir werden nicht aufhören, diese Forderung wieder und wieder zu erheben, und wir werden sie immer eindringlicher und lauter erheben.“ (Roeren 98, 216.) (Vgl. auch 81, 245; 88, 336; 95, 429; 98, 216.)

Und bedeutete denn nicht in der Tat, wie Hergenröther versichert hatte, mit Italien sich in irgend einer Weise vergleichen, für den Papst soviel als „eidbrüchig“ werden und die Kirche — wie Moufang es darlegt — um Judaslohn verraten? Durfte „das konsequente Rom“, der „Wächter des Sittengesetzes“ den „sakrilegischen Raub“ jemals sanktionieren? Mußten sich nicht auch die Katholikentagsbesucher als jahrzehntelang von ihren Führern betrogen fühlen, wenn die Voraussetzung, daß die Zurückgabe Roms unerläßlich sei, von diesen schließlich doch fallen gelassen wurde? War ihnen doch z. B. noch im Jahre 1885 heilig und teuer versichert worden: „Mit diesem Italien kann der heilige Vater sich nie und nimmer versöhnen, so wenig das Licht mit der Finsternis sich versöhnt, so wenig Christus mit Belial sich befreundet (Bravo!)“ (Päpstl. Archivar Dr. Hergenröther 85, 279).

Auch die Versicherung des Heiligen Vaters selbst, er sei ein „Gefangener“, mußte in einem eigentümlichen Lichte erscheinen, wenn sich schließlich herausstellte, daß es ihm sehr wohl möglich war, sich mit Italien zu vergleichen. Hatte man doch die deutschen Katholiken belehrt: „Ja, der Papst ist ein Gefangener. Ein einziger Beweis genügt, um es zu erhärten. Denn Pius IX. hat es zu wiederholten Malen vor den Augen der ganzen Welt in feierlicher Weise den Höfen Europas erklärt; vor nur wenigen Wochen hat Leo XIII. seine Worte

bestätigt, indem er an die europäischen Höfe schrieb: ‚Es ist klar und allen ersichtlich, daß Wir ein Gefangener in unserem Palaste sind.‘ Also ist es wahr, denn wäre dem nicht so, so müßten wir sagen, Leo XIII. wäre, ich sage nicht ein unverschämter, nein, ein geradezu lächerlicher Lügner!“ (Professor Dr. Schröder 81, 239.)

Bedenklich genug war freilich die Art, wie man bisweilen jene „Unfreiheit“ zu erweisen suchte. War doch einer der Hauptbeschwerdegründe der, daß es unter dem gegenwärtigen Zustande dem Heiligen Vater unmöglich sei, Andersgesinnte zu unterdrücken und sie an der Betätigung ihrer Überzeugungen gewaltsam zu hindern! So führt noch im Jahre 1900 die Berliner „Germania“ (7. April 1910) als einen der schlagendsten Beweise für die „Unfreiheit“ des Papstes an, daß die Giordano-Bruno-Gesellschaft in Rom nicht mit Polizeigewalt vom italienischen Staate daran verhindert worden sei, sich in der Nähe des päpstlichen Palastes ein Haus zu erwerben; ein Haus, von dem das genannte Berliner Katholikenblatt bemerkt, daß es sich um „einen ganz elenden Bau“ handle, „den man hinter den Kolonnaden von St. Peter am hellen Tage fast mit der Laterne suchen muß“. Der Katholikentag selbst aber hatte schon einige Jahre früher ganz ähnlich Protest erhoben, als dieselbe Gesellschaft ihrem Giordano Bruno ein schlichtes Denkmal auf jenem Platz (Campo Fiori zu Rom) errichtet hatte, auf dem dieser hervorragende Mitbegründer der neueren Philosophie und Naturforschung am 17. Februar 1600 auf päpstlichen Befehl lebendig verbrannt worden war. Damals erklärte Rochus von Rochow: „M. H., können die Katholiken der Welt und unter ihnen die Katholiken Deutschlands es dulden, daß das erhabene Oberhaupt der Kirche dem ausgesetzt sei, unter seinen Augen solche Insulten geschehen lassen zu müssen? Muß er nicht die Macht besitzen, eintretenden Falls selbst mit Gewalt solche Insulten wenigstens aus seiner Nähe fernhalten zu können? . . . M. H., die Giordano-Bruno-Feier ist daher ein ganz deutlicher und frappanter Beweis von der Notwendigkeit, daß der Papst als Lehrer der Kirche, als Vater der Christenheit eine territoriale Macht besitzen muß“ (89, 128). Windthorst selbst fügte hinzu: „Ich verlange, bis die Forderung der Wiederherstellung territorialer Macht erfüllt ist, daß auf Grund des Garantiegesetzes, wenigstens auf Grund des Sinnes derselben, derartige Dinge hintenan gehalten werden. Ich verlange die Beseitigung des Denkmals, welches ein steter Hohn, eine stete petrefakte Beleidigung des Papstes ist. (Lebh. Beifall.)“ (89, 129.) Und der Katholikentag faßte eine entsprechende Resolution (89, 127).

Was den Katholikentagsrednern ganz besonders zu schaffen machte, war die von ihnen gleichfalls bis zum heutigen Tage festgehaltene Überzeugung, der Papst müsse weltlicher Herrscher, müsse Souverän sein, sonst sei seine Stellung auch innerhalb der katholischen Christenheit schwer gefährdet. Denn, so bemerkt Dr. Spahn, wie könnten andere

Nationen zu seiner Unparteilichkeit Vertrauen fassen, wenn er Untertan eines einzelnen Landes sei: „Eine unabhängige selbständige Stellung des heiligen Vaters ist gerade in unserer Zeit . . . deshalb notwendig, damit nicht, wenn der heilige Vater als Angehöriger eines einzelnen Landes lebt, bei einer anderen Nation das Mißtrauen entstehen könne, er bevorzuge die Nation, der er angehört, gegenüber andern Nationen (sehr wahr!), und damit nicht dieses Mißtrauen in uns die Liebe, die unerschütterliche Anhänglichkeit, das unbedingteste Vertrauen in den heiligen Vater und die Leitung der Kirche abschwächen könne“ (99, 341).

Mit vielen ähnlichen Gründen und in immer neuen Wendungen betonte und „bewies“ man also bis in die jüngste Zeit hinein die Abhängigkeit des Papsttums von einem eigenen Länderbesitz, die Unentbehrlichkeit einer weltlichen Herrschaft: „Der Papst muß absolut unabhängig dastehen auch aus politischen Rücksichten. Er empfängt bei seiner Krönung die dreifache Krone als Pater principum et regum, als Rector orbis, als in terra Vicarius Salvatoris nostri Jesu Christi“ (Dr. Porsch 87, 57; vgl. auch 88, 278; 89, 128; 95, 265; 98, 320; 00, 119; 03, 169. 174; 06, 264).

Doch auch die deutschen Katholikentage mußten trotz alles Bedauerns darüber, daß „noch immer der oberste Hirt der Kirche nicht zu seinem Eigentum, zum Patrimonium Petri, zurückgekommen sei, das ihm durch ruchlose Gewalt und List entrissen worden“ (Schreiben des Lokalkomitees 03, 25), im zunehmenden Maße erkennen, daß die Geschichte weiterschreitet, ohne nach den Wünschen einzelner Interessentengruppen zu fragen, und daß die Aussichten für die Verwirklichung ihres Kirchenstaatsideals statt besser, immer ungünstiger wurden. So kam es ihnen gelegen, daß der Papst selbst des langen Wartens müde zu werden begann und sichtlich anfing zu erwägen, ob es nicht klüger sei, dem Sperling in der Hand den Vorzug zu geben vor der Taube auf dem Dache.

Der Beschluß des Neisser Katholikentages vom Jahre 1899 brachte die überraschende, doch längst vorauszusehende Wendung. Er macht uns zugleich mit jenem Schritte des Papstes bekannt, der zu ihr den Anlaß gab. Hier sein Wortlaut:

„Die 46. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands erhebt wie alljährlich so auch in diesem Jahre eindringlichsten Einspruch gegen die Lage des heiligen Stuhles in Rom seit dem Jahre 1870, welche den durch den Ablauf so vieler Jahrhunderte geheiligten Rechtsansprüchen der katholischen Kirche in der schroffsten Weise widerspricht und für die Person des hl. Vaters wahrhaftig unerträglich ist.

„Sie erklärt ihre **volle und rückhaltlose Zustimmung** zu den von unserm glorreich regierenden Papst Leo XIII. in seinem Rundschreiben vom 5. August 1898 an die Bischöfe, die Geistlichkeit und das Volk Italiens gerichteten, aber auch für die **Katholiken des ganzen Erdkreises geltenden Worten**!: ‚Die italienischen Katholiken, eben weil sie Katholiken sind, **können nicht das Verlangen aufgeben, daß ihrem höchsten Oberhaupte die notwendige Unabhängigkeit und die wahre und wirkliche Freiheit ganz und voll wiedergegeben werde, welche die unerläßliche Bedingung der Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist.**‘“ (99, 353.)

Jene Worte des Papstes waren ja reichlich unbestimmt. Wenn man wollte, konnte man alles in ihnen enthalten glauben, was man bisher gefordert. Aber man brauchte das nicht. Und mit dieser Absicht wurden sie auch gesprochen.

Auf jenes Wort Leos XIII. gestützt, war es daher den Katholikentagen von nun an ein Leichtes Resolutionen zu erlassen, mit denen sich zur Not auch ein runder Verzicht auf den Kirchenstaat vereinen ließ, und die auf die Erklärung der Bereitwilligkeit zum Abschluß des früher so sehr perhorreszierten Vergleiches mit dem italienischen „Raubkönigtum“ hinausliefen. So behielt man denn zunächst auch die folgenden Jahre die Entschließung von 1899 bei (00, 82; 01, 454; 02, 518).

Vom Jahre 1903 ab ließ man auch die Berufung auf jenes Papstwort in der Entschließung fallen und begnügte sich mit der Formel: „volle und wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit“ für den Papst (03, 435). Ja, wieder ein Jahr später hatte man bereits den Mut gefunden hinzuzufügen: Die deutschen Katholiken „können diese Freiheit und Unabhängigkeit erst dann als verbürgt anerkennen, wenn ein Zustand hergestellt sein wird, welchem auch der Papst selbst seine Zustimmung hat geben können“ (04, 706; 05, 706). Bei dieser Stellungnahme ist es denn auch geblieben (s. 09, 177), wiewohl in den folgenden Jahren der Wortlaut der Resolution mancherlei Wandlungen unterworfen war, ja es zuweilen selbst scheinen konnte, als wolle man auch noch die letzte Position aufgeben. Unterließ man doch im Jahre 1907 überhaupt jeglichen formellen Protest gegen die Lage des Papstes und begnügte sich mit der Versicherung der „innigsten Verehrung und kindlichen Treue“, wozu dann noch eine Empfehlung verschiedener Geldsammlungen für den hl. Vater gefügt wurde (07, 569). Auf letztere wird überhaupt in zunehmendem Maße der Nachdruck gelegt.

Aufgabe der Versammlungsredner mußte es sein, den begonnenen Rückzug zu decken. So bemerkte Dr. Spahn gleich beim erstmaligen Erlaß der abgeänderten Resolution (1899) noch ausdrücklich: die Katholikentage müßten „verlangen, daß dem heiligen Vater in irgendwelcher Form eine souveräne, von jedem Staat unabhängige Stellung gewährleistet werde“ (99, 341). Noch geschickter verfuhr Dr. Porsch, der im Jahre 1902 ausführte: „Auch für uns ist Roma intangibile, ist Rom die unantastbare Stadt der Päpste. (Stürmischer Beifall.) Eine andere Garantie, um die Freiheit des Papstes zu sichern, wissen wir nicht, als wie die geschichtlich gegebene Garantie des Patrimoniums Petri. Ob der liebe Gott für die Zukunft eine andere Lösung hat, das wissen wir nicht. Wir kennen keine andere“ (02, 224 f.). Deutlicher schon wurde Dr. R. Bachem, der dem Fortschritt des Jahres 1904 mit den Worten folgte: „Wir verbreiten uns nicht über die Wege, die Mittel und über die Art, wie diese Besserung [der Lage des römischen Stuhles] stattfinden soll; das würde über unsere Kompetenz hinausgehen; wir würden da dem heiligen Vater vielleicht vor-

greifen. Wir fügen aber ausdrücklich hinzu, daß wir eine solche Besserung wünschen, daß auch der heilige Vater seine Zustimmung geben kann. Wenn der heilige Vater seine Zustimmung gibt, so wird das für uns deutsche Katholiken nicht nur eine Pflicht, sondern eine Freude sein, dem zuzustimmen, was der heilige Vater gebilligt hat. (Beifall.)" (04, 273.) Und ganz deutlich Dr. Burlage (1906), der versicherte, die deutschen Katholiken hielten an der Forderung der territorialen Souveränität des Papstes fest, indes: „Wie der Ausgleich im einzelnen sich gestalten mag, sei nicht unsere Sorge. Wir deutschen Katholiken haben bereits früher erklärt und erklären aufs neue, daß wir mit jedem Ausgleich zwischen dem Papsttum und Italien uns zufrieden geben, dem der hl. Vater in seiner von oben ihm beschiederten Weisheit seine Zustimmung geben wird. Wir sind nicht päpstlicher als der Papst" (06, 260). Ja, mitunter konnte es sogar scheinen, als wäre ein Redner froh, auf den unbequem gewordenen Grundsätzen der Vergangenheit nicht um jeden Preis stehen bleiben zu müssen. So Porsch: „Das Papsttum braucht den Glanz einer weltlichen Fürstenkrone nicht. (Lebhafter Beifall.) Der Papst, der 250 Millionen Katholiken als ihr geistiges Oberhaupt regiert, braucht nicht eine territoriale Souveränität, um in dem Kreise der Staatsgewalten als ebenbürtig und unter den staatlichen Autoritäten als eine gleichberechtigte Autorität zu erscheinen. Es ist die führende Autorität; deshalb wollen wir nicht die weltliche Souveränität des Papsttums" (97, 189 f.). Jetzt kehrten ähnliche Gedankenreihen öfter wieder. So meinte Dr. Spahn (99, 122): „Es ist nicht zu verkennen, die geistige Macht der ihrer weltlichen Macht beraubten Kirche steht höher, wie die geistige Macht der Kirche vor hundert Jahren. (Bravo!)" Und Dr. Burlage gab gar die Versicherung ab: „Kein verständiger Katholik leugnet, daß Kirche und Papsttum (700 Jahre) ohne Kirchenstaat und Souveränität des Papstes bestanden haben und auch in Zukunft bestehen können" (06, 263).

Das volle Licht fällt auf den überraschenden Wandel erst, wenn man eine Reihe von Geschehnissen berücksichtigt, die sich zum größten Teil außerhalb der Katholikentage zutrugen.

Wir erinnern hier nur an die allgemein Aufsehen erregende Tatsache, daß am 28. Mai 1904 Kardinal Svampa in Bologna — also auf ehedem kirchenstaatlichem Gebiete — nicht nur den König von Italien offiziell begrüßte, sondern auch zur Rechten des Königs sitzend an der Festtafel teilnahm („Germania" 4. Juni 04). Wir erinnern ferner an das Gerücht von einer Äußerung des Kardinal-Staatssekretärs Merry del Val, nach der der Papst nur eine „Unabhängigkeit" verlange. Diese aber sei durch das Wort „Weltliche Macht" nicht ausgedrückt („Tägl. Rundschau" 16. August 04); und endlich an die immer schwankender werdende Haltung des Papstes gegenüber dem sogenannten „Non expedit", d. h. dem früher von ihm so streng aufrecht erhaltenen Verbote an die Katholiken, sich an dem politischen Leben Italiens zu beteiligen.

In deutschen Katholikenkreisen hatte vor allem ein Aufsatz des ultramontanen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Bödiker, Aufsehen erregt, den dieser 1903 im Oktoberhefte der „Preußischen Jahrbücher" erscheinen ließ. Dann hatte Professor Dr. Sepp dem Katholikentage vom Jahre 1904 einen von diesem allerdings vor der Öffentlichkeit sorgfältig geheim gehaltenen Antrag eingereicht, der nach der „Tägl. Rundschau" (26. August 04) folgenden Wortlaut hatte:

„Der 51. deutsche Katholikentag befürwortet den Frieden zwischen Kirche und Staat in Italien unter Zustimmung zu den früheren Anerbieten: a) Die kleine Seite von Rom mit der Peterskirche und dem Vatikan, nebst dem Lateran und Kastell Gandolfo bleiben dem heiligen Stuhl als unabhängiges, selbständiges Gebiet unter der Gewährleistung sämtlicher Großmächte gesichert. b) Die römische Kurie versteht sich zur Annahme der im italienischen Staatsgrundbuche verbrieften jährlichen 3¼ Mill. Lire als Ersatz für die Aufgebung der dem Patrimonium Petri früher einverleibten Provinzen. c) Die Krone wie Kurie erklären das aktive wie passive Wahlrecht „[der Geistlichen?]" in die National-Vertretung Italiens als selbstverständlich zuerkannt."

Im Jahre 1905 veröffentlichte Bischof Bonomelli ein Gespräch, das er vor Jahren mit Kardinal Manning gehabt hatte. Aus ihm ging hervor, daß Manning schon im Jahre 1879 zu einem Vergleich geraten und sogar erklärt hatte, Italien die Rückgabe Roms zumuten hieße einen „Selbstmord" von ihm verlangen. Von „weltlicher" Macht dürfe man nicht mehr reden, und in Europa gebe es keinen einzigen Staat, der den Finger erheben würde, sie wieder herzustellen. Man müsse diese Sache der Zukunft überlassen und das italienische Volk nicht dazu treiben, daß es sich z. T. von der römischen Kirche lossage. („Reichsbote" 12. Juli 05.) Im Jahre 1907 machte ein katholischer Amerikaner, Martin Maloney aus Philadelphia, den Vorschlag, um den Papst aus der Verlegenheit zu befreien, einen Streifen Landes von mindestens 100 Fuß Breite zu kaufen, der von den 35 Morgen großen Gärten des Vatikans bis zum Meere reicht. Er wolle auf diesem eine Straße bauen, über die dem Papst exterritoriale Rechte erteilt werden sollten, so daß er auf eigenem Gebiete eine Dampfjacht erreichen könne, mit der er jeden Teil der Welt nach Belieben zu besuchen vermöge (s. „Salzb. Chronik" 1. Juni 07). Freilich wird dieser Vorschlag vielen seltsam erscheinen.

Alles beweist, daß die Zeiten für die Wiederaufrichtung eines weltlichen Priesterkönigtums in Europa auch nach dem Empfinden der Weiterblickenden unter den Katholiken endgültig vorübergegangen sind. Es beweist zugleich, wie schlecht beraten die deutschen Katholiken waren, als sie sich durch den Übereifer der Dienstbeflissenheit ihrer Führer gegenüber dem Papst bewegen ließen, davon abzusehen, auf den Abschluß eines vorteilhaften Ausgleiches mit Italien hin zu drängen zu Zeiten, wo es für solch einen Schritt noch nicht — — zu spät war.

Materielle Unterstützung des Papsttums. Peterspfennig.

Die deutschen Katholiken haben es von jeher für ihre Pflicht gehalten den Papst nicht nur ideell, sondern auch materiell zu unterstützen. Was

ihre Fürsorge in den Tagen der sich anbahnenden Einigung Italiens in dieser Beziehung besonders in Anspruch nahm, das waren die Kriege und die Schulden des Heiligen Vaters.

Für diese Kriege, die man zu Glaubenskriegen stempelte, herrschte auf den Katholikentagen helle Begeisterung. Väter, wie Frh. W. von Ketteler, rühmten sich, daß sie ihre Söhne dem Papst als Freiwillige zugesandt hätten. Von dem dann bekanntlich in wenig Tagen durch die sardinischen Truppen kampfunfähig gemachten und aus dem Felde gejagten päpstlichen Heer hieß es: „Die päpstliche Armee ist unser gerechter Stolz, sie ist wahrhaftig eine Glaubensarmee. . . . Ich sage Ihnen wahrheitsgemäß: die päpstliche Armee ist gut, sie ist gut organisiert nach der taktischen Seite, sie ist vorzüglich ausgerüstet und bewaffnet, vor allem aber besteht sie der Mehrzahl nach aus wahrhaft christlichen Soldaten. . . . Es ist wahrhaft rührend, diese Männer . . . so zahlreich zu jeder Tageszeit in allen Kirchen Roms inbrünstig betend am Fuße der Altäre zu finden. Ich weiß wohl, daß in der päpstlichen Armee viele Desertionen vorkommen, . . . man klagte auch über das Reglement und die Organisation. Aber ich meine, diese Frage überläßt man am besten denjenigen, welche den Beruf, die Pflicht und das größte Interesse haben, die päpstliche Armee bestens zu organisieren und zu disziplinieren. . . . Sorgen wir für unsern Teil . . ., daß unsere Landsleute zahlreicher eintreten in die päpstliche Armee! . . . Die päpstliche Armee ist notwendig, denn sie ist ein mächtiges Band zwischen dem heiligen Stuhl und der katholischen Christenheit, zwischen Rom und den Völkern, deren Söhne, Blut von ihrem Blut, in der päpstlichen Armee dienen und sich opfern. . . . Unterstützen wir diese Armee, moralisch und materiell, und haben wir Vertrauen! . . . Vertrauen wir unserm Stern, ich sage ‚unserm Stern‘, ave maris Stella! Das ist der Stern, dem Pius mit besserer Zuversicht vertraut als andere Fürsten ihrem Stern!“ usw. (Freiherr Burkard von Schorlemer-Alst 69, 61 ff). Männer wie Dr. Lingens begeisterten sich für das Bild des „Stellvertreters Jesu Christi“, wie er als Kriegsfürst an der Spitze seiner Truppen erscheint: „Pius IX. umgeben von der ganzen päpstlichen Armee, in der Mitte seiner Zuaven!“ (68; 186. 188.)

Ähnlichen Eifer bemühte man sich für die allerdings dringend nötige Deckung der Schulden des heiligen Vaters zu entflammen. Über ihre Höhe berichtete Dekan Schwarz aus Rottenburg dem Würzburger Katholikentage u. a.:

„Der hl. Vater hat seit 6 Jahren für die Erhaltung des Patrimoniums Petri gekämpft. . . . Der Kampf um dieses Erbgut hat ihm Opfer auferlegt, die, wenn das neuerliche Anlehen [in der Höhe von 50 000 000 Frs.] realisiert sein wird, die enorme Summe von 100 Millionen Franken repräsentieren. Das ist eine Schuld der ganzen katholischen Kirche, die katholische Nation [sic!] hat dieses Anlehen zu tilgen oder doch bei dessen Tilgung mit behilflich zu sein. . . . Nach der Beraubung seiner schönsten und reichsten Provinzen blieb dem hl. Vater nicht so viel, daß er ohne Unterstützung des Peterspfennigs auch nur die ordentlichen Ausgaben bestreiten kann. Nun kommt dazu die Verzinsung des Anlehens vom Jahre 1860 mit 2 500 000 Frks., die Verzinsung des Anlehens vom Jahre 1864 mit der gleichen Summe, sowie die Tilgung derselben mit jährlich einer Million, zusammen jährlich 6 Millionen.“ (64, 289 ff)

Das waren in der Tat bedenklich hohe Beträge für einen arg zusammengeschmolzenen und ohnehin dem Untergange geweihten Kleinstaat. Kein Wunder, daß die Finanzwelt sich zurückhielt. Schon im Jahre 1864 standen die päpstlichen Schuldverschreibungen dort, wo sie überhaupt an der Börse notiert wurden, tief im Kurs, nämlich trotz hoher Verzinsung (5 %) und jährlich einer Million Amortisation bloß zu 80 %. Aber selbst das war nur mehr zum Scheine der Fall, denn in Wirklichkeit wurden sie, wie Dekan Schwarz dies alles beklagend mitteilt (64, 290 f.), an der Börse überhaupt nicht gehandelt.

„Anfänglich“, so erzählt ein Jahr nach Ausschreibung der neuen päpstlichen 50-Millionen-Anleihe (von 1864) Dr. Cramer dem Katholikentage, „ging die Unterbringung der Obligationen glücklich vonstatten, Belgien übernahm deren für 8 Millionen (Bravo!); die 1 300 000 Katholiken Hollands für 3 Millionen Franken und werden es dabei nicht bleiben lassen. (Bravo!) Da jedoch die übrigen katholischen Länder nicht in gleichem Verhältnisse sich beteiligten, so ist heute noch die größere Hälfte der Obligationen unterzubringen“ (65, 115).

Um den Nöten des heiligen Vaters in beiden Richtungen zu Hilfe zu kommen, war im Jahre 1860 zuerst in Wien (s. 67, 26) der Plan entstanden, einen besonderen Verein ins Leben zu rufen, den man nach dem Erzengel Michael die „St. Michaels-Bruderschaft“ oder auch schlechtweg den „Michaelsverein“ nannte. Kardinal Fürst Schwarzenberg hatte schon auf dem Prager Katholikentage (1860) für das Unternehmen warme Worte gefunden (s. auch 61, 131). Auf der Tagung des Jahres 1861 machte dann Oberappellationsgerichtsrat Sedlmayr die Versammelten mit der unter dem Segen des Papstes und mit Unterstützung vieler Bischöfe vonstatten gegangenen Gründung des Vereins bekannt und forderte sie auf, sich „unter die Fahne des hl. Michael zu scharen, der gekämpft hat wider den, welcher der Vater der Lüge und ein Mörder von Anbeginn ist“ (61, 133). Dombenefiziat Mayer aus München konnte 1863 melden, daß der Heilige Vater den Verein (am 24. 2. 63) zur „Erzbruderschaft St. Michael“ erhoben und mit „geistlichen Gnaden“, d. h. „zahlreichen Abläßen“ (67, 27), ausgestattet habe (s. auch 63, 214 ff. 296).

Die Erzbruderschaft hatte sich, wie Frhr. v. Stillfried darlegte, die Aufgabe gestellt, „zur Befestigung und Belebung echt christlicher und katholischer Gesinnung und insbesondere zur Aufrechthaltung und Verteidigung der unverletzlichen Rechte des heiligen apostolischen Stuhles“ zu wirken (67, 29). Von ihren Mitgliedern unterstützten die einen den Papst mit Gebeten, die andern mit Geld, die dritten durch „persönliche Dienste“ (67, 105), d. h. letztere verpflichten sich, „mit dem Blute den heiligen Vater zu verteidigen“ (Frhr. W. v. Ketteler 63, 216).

Die gesammelten Gaben dienten in erster Linie zur Stärkung des Peterspfennigs (67, 31), der durch die Ausgaben für die Armee und die Schuldverzinsungen sehr stark in Anspruch genommen wurde. In friedlicheren Zeiten betonte man dann wohl, daß der Verein auch die Verteidigung der Kirche durch Presse, katholische Wissenschaft u. dgl. führen solle. Aber man fügte doch hinzu: „Würden wir wieder an eine Zeit herantreten, in welcher für den heiligen Vater eine Armee notwendig würde, so wäre es ausschließlich Aufgabe der St. Michaelsbruderschaft, für dieselbe zu sorgen und sie anzuwerben“ (Frhr. v. Stillfried 67, 32). Schonungslos wurde zugleich namens der Erzbruderschaft jedem der Krieg erklärt, der Roms Wege zu kreuzen wagte. „Treten wir zusammen und kämpfen wir, bekämpfen wir die Feinde der Kirche, wo sie immer sind: ob sie eine Krone tragen, ob sie Portefeuilles haben, ob sie ihre Feder in giftige Tinte tauchen oder mit spitziger Zunge Worte der Lüge und des frechen Hohnes in die Welt schleudern“ (Frhr. v. Stillfried 67, 32).

Der Katholikentag unterstützte das Werk durch Empfehlungen und Resolutionen nach Art der folgenden: „Die Unterstützung des hl. Vaters und die Aufrechthaltung seiner weltlichen Herrschaft muß allen Katholiken erste und heilige Pflicht sein. Dieser Pflicht in umfassender und beharrlicher Weise nachzukommen, ist Aufgabe der St. Michaelsbruderschaft und des St. Petersvereins“ [s. weiter unten]. „Die Generalversammlung fordert alle Katholiken auf, diesem Vereine beizutreten“ (68, 371; vgl. z. B. 61, 131 ff.; 63, 213 ff.; 67, 26 ff. 105; 72, 36 ff. 76 ff.; 82, 305 usw.).

Als Haupterfolg konnte der Michaelsbruderschaft nachgerühmt werden, daß sie den seit dem Jahre 1859 überall wieder zur Einführung gelangenden Peterspfennig an vielen Orten populär gemacht habe. So sei es ihr zu danken, daß die Erzdiözese Köln „in Beziehung auf die Höhe des Ertrags der Sammlungen unter den allerersten in der katholischen Welt stehe“ (62, 22). Sie hatte, wie Geistlicher Rat Thissen berichtet, „als Ergebnis einer Sammlung des ersten Jahres 97 000 Taler als Peterspfennig an den hl. Vater gelangen lassen und eine weitere Spende von 70 000 Talern ist später gefolgt“ (63, 296). Im Jahre 1866 betrug in dem gleichen Gebiete die vom Michaelsverein gesammelte Summe 60 000 Taler (67, 104). Mit welchem Hochdruck mancherorten gearbeitet wurde, läßt u. a. die Mitteilung des Freiherrn von Loë erkennen, daß der Pfarrer der Landgemeinde, zu der er selbst gehörte, diese Gemeinde in 4 Bezirke geteilt, einen von ihnen selber übernommen, für die andern aber 3 Vertrauensleute bestellt habe: „Wir haben nun Listen genommen, in diese Listen jedes Haus nach der Nummer eingetragen, Mann, Frau, Kinder, die das erstemal zur Kommunion gegangen, Knecht und Magd. Im ersten Jahre, wo die Bruderschaft gegründet wurde, sind wir dann in jedes Haus gegangen und haben gesagt: „Sechs Groschen ist der geringste Beitrag, das macht 6 Pfennig monatlich, das kann jeder Knecht und jede Magd recht wohl entbehren. Und du, Bauer, und du, Bauersfrau, ihr könnt das Doppelte und Dreifache zahlen. Und das haben sie getan“ (72, 79).

Was einzelne Gemeinden leisteten, zeigte auch folgendes von Dekan Schwarz in seiner Rede mitgeteilte Beispiel:

„Eine Bauerngemeinde in unserer Diözese hat sich im Jahre 1860, trotz Unkenntnis der Subskribenten mit der Behandlung der Wertpapiere, am päpstlichen Anlehen in einer Weise beteiligt, solche Summen subskribiert und eingezahlt, daß, wenn dies überall in gleicher Weise geschehen wäre, nicht die geforderten 50, sondern 5—600 Millionen gezeichnet worden wären. Doch nicht genug. Von den Obligationen sind fast schon so viele schenkungsweise zurückgegeben und werden in nächster Zeit zurückgegeben, daß, würde das überall getan, fast schon 9—10 Millionen des 60er Anlehens getilgt wären.“ (64, 292.)

Schwarz empfahl im Jahre 1864 dem Katholikentage die Nachahmung eines Verfahrens, zu dem er im Dezember 1863 in der Diözese Rottenburg die erste Veranlassung gegeben und das dort seitdem bereits 10 000 Franks abgeworfen hatte, nämlich die Bildung sogenannter „St. Peters-Fonds“. Er macht hierüber noch folgende nähere Angaben: „Der erste und notwendigste Paragraph, der auch an der Spitze unserer Statuten steht, ist: Der unter dem Namen St. Petersfonds gegründete Fonds hat die Aufgabe, die in der Diözese plazierten Obligationen der päpstlichen Anlehen 1860 und 64 zurückzukaufen. Die erworbenen Obligationen sind Eigentum des hl. Stuhls“ (64, 292). Wiederholt wurden auf Katholikentagen mit den Michaelsbruderschaften zusammen auch „St. Petersvereine“ in empfehlende Erinnerung gebracht (so z. B. 72, 37).

Bei alledem war es insbesondere Belgien, das man sich zum Muster nahm. Dort wurde in der Tat Außerordentliches geleistet. Darüber berichtete z. B. v. Oberkamp: „Außer den Millionen, welche durch den Peterspfennig und außerordentliche Gaben fort und fort nach Rom fließen, unterhält ein eigenes Komitee die Rekrutierung des belgisch-luxemburgischen Zuaven-Regimentes in beständigem Gange, leitet die mindestens monatlichen Absendungen von Soldaten“ (67, 186). Und Professor Alberdingk-Thym fügte in Bamberg stolz hinzu: „Nachdem im Jahre 1865 und 66 jedesmal 100 000 Franks meistens aus Gaben von einem viertel und halben Gulden als Weihnachtsgeschenk nach Rom abgegangen waren (Bravo!), so zogen die holländischen Jünglinge bald selbst, 2600 an der Zahl, zur päpstlichen Armee“ (68, 332). Die Katholikentage empfahlen auch ihrerseits „auf das angelegentlichste die Beteiligung an der vom hl. Stuhl ausgeschriebenen Anleihe“, und erklärten es „als eine Ehrensache der deutschen Nation“, sich von dem Eifer anderer nicht übertreffen zu lassen (64, 273).

Aber es war doch nur eine kurze Blütezeit, die die Michaelsbruderschaften zu verzeichnen hatten. Im Jahre 1892, wo sie aufs neue warm empfohlen wurden (92, 218 ff.), machte Graf Ballestrem u. a. die Mitteilung, daß sie zwar „lange sehr gut funktioniert“ hätten. Doch mußte er fortfahren: „Sie funktionieren auch noch, in einzelnen Gemein-

den . . . fließt der Born noch wie früher; in andern jedoch ist die Sache eingeschlafen.“ Ein gewisser Ersatz für sie sei allerdings durch bischöflich angeordnete Kollekten für den Peterspfennig geschaffen worden, „so daß die Bischöfe noch immer imstande waren, einen erklecklichen Peterspfennig nach Rom zu senden“. Da aber auch hier ein Nachlassen zu spüren sei, empfehle sich die Wiederanwendung jenes „mit Gnadenmitteln“ (Ablässen) „ausgestatteten Mittels, Geld für den Papst herauszuschlagen (92, 223). Ein Komitee wurde mit der Neubildung der Bruderschaft betraut. Im folgenden Jahre beauftragte man dieses Komitee „auch fernerhin die Interessen des hl. Stuhles zu fördern“ (93, 109), und auch in der Folge wies man wiederholt empfehlend auf die Bruderschaft hin (z. B. 98, 281; 03, 435). Heute noch sind die St. Michaelsbruderschaften eines der mancherlei Mittel, Geld flüssig zu machen, um es über die Alpen nach Rom zu senden. Man konstatierte allerdings im Jahre 1907 mit Bedauern, daß sie vielerorten zu sehr bloß zur „frommen Bruderschaft“ geworden seien (07, 85. 192).

Ähnlichen Aufgaben wie die St. Michaelsbruderschaften dienten innerhalb der Studentenschaft die akademischen Piusvereine, heute zusammengefaßt im Verband „Unio Piana“. Über sie erstattete der Kandidat der Theologie Hautappe folgenden Bericht:

„Im Oktober des Jahres 1867 erließen die katholischen Studenten der damaligen Akademie Münster einen feurigen Aufruf an alle katholischen Lehranstalten Deutschlands, worin sie aufforderten, zur Unterstützung der päpstlichen Scharen beizusteuern und sich zu diesem Zwecke zusammenzuschließen. Treue Kindesliebe zum hl. geliebten Oberhirten brachte das edle Werk fertig: der Verband der nach Pius IX. benannten akademischen Piusvereine trat ins Leben mit dem ausgesprochenen Zwecke: Unterstützung der materiellen Waffen des Papstes“. . . „Pius IX. weinte Freudentränen, als er die Adresse der akademischen Piusvereine vor sich liegen hatte; und im Februar 1868 bestätigte er in einem besonderen Breve den Verband. Mit dem Falle Roms schien die Unio Piano zwecklos geworden. Allein, hieß es anfangs die wackeren Streiterscharen des Papstes zu unterstützen, so galt es jetzt dem hl. Vater selbst in seiner Gefangenschaft und schweren Bedrängnis zu helfen, da er zur Bestreitung seiner Bedürfnisse fortan auf die milden Gaben der ihm anvertrauten Herde angewiesen war. Und so blieb die Unio Piano fortbestehen“. . . „Den Geist treuester Anhänglichkeit an die Kirche und ihr Oberhaupt zu pflegen und die katholische akademische Jugend auf wissenschaftlichem und sozialem Gebiete zu schulen zur Vertretung christlicher Weltanschauungen“, so lautet heute unser Vereinsprogramm . . . Die U. P. sammelt einen Semestralbeitrag zum Peterspfennig im Mindestbetrag von 50 Pfennig, und ist alljährlich, besonders infolge der mildtätigen Gaben der Hochwürdigen H. E. M. imstande, dem hl. Vater eine Summe von 12 000—15 000 Mk. zu Füßen zu legen.“ (06, 491 f.)

Im Jahre 1868 waren es insgesamt 16 solcher Studentenverbindungen, die sich den Zweck gesetzt hatten, „die päpstliche Armee mit Geldbeträgen zu unterstützen“ (stud. phil. Görbten 68, 193). Als dieser Zweck durch den Gang der Ereignisse in den siebziger Jahren hinfällig geworden war, blieben von 21 solcher Vereine nur deren 4 übrig, nämlich Dillingen, Freiburg, Mainz und Regensburg. Ein Antrag des Dr. Erhard-Würzburg empfahl im Jahre 1887 deren Wiederbelebung. Bei dieser Gelegenheit erklärte Dr. Porsch, „daß diese Pius-Vereine auf

den deutschen Hochschulen einen Sammelpunkt für alle katholischen Studierenden bilden und die Gefühle der Anhängigkeit an den hl. Stuhl fördern wollen. Die Pius-Vereine bestehen außer an verschiedenen bischöflichen Lyzeen noch an den Universitäten Freiburg, Würzburg und, ich glaube, auch München. Sie halten im Semester einmal eine Versammlung ab“ (87, 231). Die heutigen Aufgaben der „Unio Piana“ aber faßte stud. theol. Kagerer im Jahre 1903 in den Worten zusammen: „Allseitige Vertretung der Interessen der Kirche durch materielle Unterstützung des hl. Vaters, durch eigene sozial- und allgemeinwissenschaftliche Tätigkeit und durch Gebet für den hl. Vater, alles zusammengehalten und belebt durch die treue Liebe zum hl. Stuhle“ (03, 425). In allerneuester Zeit läßt sich die „Unio Piana“ auch den Ausbau sozialer Studentenzirkel unter den Theologiestudierenden angelegen sein (07, 402).

Leo XIII. gewährte im Jahre 1893 allen Pianen „bei Gelegenheit der semestralen Generalkommunion einen vollkommenen Ablaß auf 10 Jahre“. Seit 1896 besitzen sie ein eigenes Organ, das „Korrespondenzblatt der Akademischen Piusvereine Deutschlands“ (06, 292). Die Mitgliederzahl belief sich im Jahre 1905 wieder auf „fast 1200“ (05, 533).

Neben den Sammlungen eigens zu diesem Zwecke ins Leben gerufener Vereine ging die gelegentliche allgemeine Agitation für außerordentliche Spenden her, zu deren Betreibung besondere Gelegenheiten den Anlaß boten. So wurde z. B. auf Veranlassung des Zentralkomitees der Katholikentage im Jahre 1870 „zur Deckung der Konzilskosten“ emsig gesammelt. Das Ergebnis war die stattliche Summe von 340 000 Franks und außerdem 31 Kisten voll kostbarer Paramente, die eine Deputation am 2. Februar 1871 dem Papst überbrachte. Die Überreichung dieser Gabe hatte, wie der Berichterstatter Niedermayer (71, 52) bemerkte, zugleich die Bestimmung, den Papst „zu trösten und die ihm treugebliebenen Römer zu ermutigen“. Am meisten gaben zu solchen Extrasammlungen päpstliche Jubelfeiern Anlaß, an denen es ja zu keiner Zeit gefehlt hat. Wie beträchtliche Summen auch hierbei zuweilen einkamen, zeigt u. a. Freiherr Cl. von Schorlemers Äußerung: „Es war schön, daß . . . das katholische Deutschland dem hl. Vater zur Feier der Sekundiz über eine Million zu Füßen legte. Glauben wir aber nicht, daß wir nun die Hände in den Schoß legen dürfen, bedenken wir vielmehr, was Frankreich, Holland, Belgien, England jährlich für den hl. Stuhl tun“ (69, 60).

Um indes auch, wo solche besondere Gelegenheit sich nicht bot, die große Masse, die zum Eintritt in Vereine und zur Übernahme fester Verpflichtungen sich nicht so leicht bereit fand, zu Geldleistungen für päpstliche Unternehmungen heranzuziehen, wurde in der ganzen katholischen Welt die regelmäßige Einsammlung des Peterspfennigs betrieben. Dieser bildete in seiner neuen Form eine auf Freiwilligkeit der Beiträge aufge-

baute Massenkollekte für den Papst und ging neben den Sammlungen der genannten Vereinigungen her. Dort, wo man aus irgend welchen Gründen einer besonderen vereinsmäßigen Organisation nicht zu bedürfen glaubte, bildete diese Form der auf Veranlassung der Geistlichkeit vorgenommenen, später direkt von den Bischöfen *kirchenamtlich* angeordneten Kollektensammlung finanziell die Hilfe des katholischen Volkes für den hl. Vater. Und diese freien Sammlungen lieferten mancherorten so wesentliche Beträge, daß selbst die Befürchtung aufkommen konnte, durch Einführung der Michaelsbruderschaft werde die Sammlung des Peterspfennigs eher gehindert (67, 29) als gefördert, weil die Bruderschaften ja nicht den vollen Betrag der Jahreseinnahmen an den Papst ablieferten. Über Tirol bemerkte *Kometer* abwehrend: „Bei uns trägt man zum Peterspfennig so reichlich bei, daß er durch genannte Bruderschaft nicht eine Vermehrung gewinnen würde“ (67, 104). Aus ähnlichen Erwägungen erklärt es sich, daß eine Reihe von Diözesen sich dem Michaelsverein überhaupt verschlossen.

Von Anfang an hat man dem Peterspfennig warm das Wort geredet und die Katholiken gebeten, „in dem Eifer, mit dem sie *Pius* IX. das Almosen des Peterspfennigs bisher gespendet haben, nicht zu erkalten, damit die fortdauernde Not des Vaters der Christenheit in der Beharrlichkeit seiner Kinder eine Linderung finde“ (Resolution 63, 295, vgl. 2, 14; ähnlich 62, 211, vgl. 209; 64, 272 usw.).

In immer neuen und immer dringenderen Wendungen wies man darauf hin, wie nötig die Offenhaltung und Stärkung dieser Geldquelle für den stets bedürftigen heiligen Vater sei.

Die Steuer für den Peterspfennig, so erklärte man sogar, sei die zurzeit wichtigste Aufgabe der deutschen Katholiken. So hieß es wohl, auf alle Weise müsse die Neuaufrichtung der weltlichen Herrschaft des Papstes erstrebt werden. Aber „bis dahin, daß dieses Ziel erreicht ist, das wir als das Vornehmste der Generalversammlungen heute proklamieren, müssen wir nicht vergessen, dem heiligen Vater provisorisch in anderer Weise zu Hilfe zu kommen und das kann geschehen durch reichlichen Beitrag zum Peterspfennig, aus welchem die Bedürfnisse der Regierung der Kirche bestritten werden“ (*Windthorst* 86, 307).

Oder man führte Gedanken wie die folgenden aus:

„In Aachen, da hatten die erwählten Könige den feierlichen Eid zu leisten, den römischen Stuhl, den Papst zu schutzen, sie hatten die Schirmherrschaft der Kirche zu übernehmen. Bei der neuen Einrichtung des Deutschen Reiches ist ein solcher Eid nicht erfolgt... Was diesem nach nicht mehr die Fürsten, nicht mehr der Kaiser tut, das soll fürderhin das katholische Volk auf sich nehmen. Das katholische Volk soll gewissermaßen die Schirmsorge, ja die Hilfe übernehmen für den heiligen Stuhl, für den Stellvertreter Christi in der Welt. (Lebhafter Beifall.) Mit Gottes Hilfe werden die Katholiken Deutschlands Millionen von Pfennigen zusammenbringen. Ich hoffe und vertraue, daß die notwendigen Hilfsmittel für den heiligen Stuhl wenigstens für die nächste Zeit zu erschwingen und aufzubringen sein werden.“ (Dr. *Lingens* 98, 281.)

Vor allem war es der Hinweis auf *die großen Aufwände des Papstes, die aus dem Peterspfennig bestritten*

werden müssen, die die Geber willig machen sollten, reichlicher zu spenden. Als solche dem Peterspfennig obliegende Aufgaben werden von den verschiedenen Rednern noch besonders hervorgehoben:

1. *Die Erhaltung der päpstlichen Armee*, die ja, wie wir schon sahen, früher sogar einen Hauptteil der Erträge des Peterspfennigs verschlang. Von dem Ertrag des österreichischen Peterspfennigs flossen allein in der kurzen Zeit vom 1. Januar bis 15. August des Jahres 1868 nicht weniger als 140 266 fl. der päpstlichen Armee zu. Mit dem Dahinsinken der weltlichen Herrschaft des Papstes haben sich diese Ausgaben allerdings stark verringert. Aber immer noch veranlaßt die Unterhaltung der wesentlich Luxus- und Repräsentationszwecken dienenden *Schweizergarde* Ausgaben (s. Dr. *Porsch* 00, 117).

2. *Die Bezahlung päpstlicher Schulden sowie deren Verzinsung.* „Der Peterspfennig,“ konstatiert Dr. *Cramer* im Jahre 1865: „ist vorzüglich zur Zinsenzahlung bestimmt und bietet hinlängliche Garantien, da er jährlich *eine Summe von neun Millionen Franken* aufbringt“ (65, 119). Diese Zinszahlungen allein betrugen damals, wie schon erwähnt, nicht weniger als jährlich sechs Millionen, also zwei Drittel des ganzen Peterspfennigs.

3. *Die Erhaltung der päpstlichen Paläste.* Denn, so sagt Dr. *Porsch*: „Er liegt ja nicht auf Stroh, im Kerker, so albern ist kein Katholik, das zu glauben und so gewissenlos ist kein Katholik, einem andern das glauben machen zu wollen. Er wohnt in einem Palast, er wohnt in einem glänzenden Palast an dem Grabe der Apostelfürsten“ (97, 187).

4. „Eine ganze Reihe anderer unvermeidlicher Ausgaben“, vor allem zu *Repräsentationszwecken*, vor allem die Riesenbeträge für *die glänzende Hofhaltung* des von Scharen von Hofbeamten und Prälaten sowie deren zahlreicher Dienerschaft umgebenen Stellvertreters dessen, der nicht hatte, wo er sein Haupt hinlegen sollte. „Die Stellung des Papstes,“ versichert Dr. *Porsch*: „legt ihm viele Pflichten auf. Und darum müssen die Katholiken der ganzen Welt durch eine Steuer, durch einen Peterspfennig dem hl. Vater helfen“ (00, 116).

Außer zu diesen mehr dem päpstlichen Hof und seinem Glanz dienenden Verwendungen hat der Peterspfennig vor allem auch die Mittel zu gewähren für

5. die „*Bedürfnisse der Regierung der Kirche*“ (86, 307; 06, 189 usw.). Das will sagen, er soll den Papst in die Lage setzen, seine Oberherrschaft über die Katholiken aller Länder der Erde aufrecht zu erhalten. Dr. *Porsch* betont, um die Opferwilligkeit zu steigern, besonders diesen Zweck. Er sagt:

„Die Einkünfte des Peterspfennigs sind in erster Linie nicht für die Hofhaltung des Papstes bestimmt, sondern sie sind wesentlich bestimmt, um die Regierung der Kirche im vollen Umfange über die ganze Erde zu ermöglichen und zu unterhalten. Natürlich braucht der Papst auch Mittel für sein und seiner Umgebung Leben. Aber

trotzdem es bekannt ist, muß ich der Öffentlichkeit gegenüber aussprechen, mit welcher Sparsamkeit der gegenwärtige Papst wie auch sein Vorgänger die ganze Hofhaltung eingerichtet hat. . . Also, meine Herren, Sie dürfen getrost vor das ganze katholische Volk treten und dürfen um den Peterspfennig bitten! Er ist dringend notwendig. Er wird nicht für persönliche Luxusbedürfnisse des Papstes und seine Hofhaltung erbeten, sondern lediglich [?] für die Leitung der Kirche, und diese Leitung der Kirche ist notwendig für ihre Freiheit und Unabhängigkeit.“ (06, 188.)

In der Tat erfordert „die ganze Verwaltung des Zentrums der Kirche“ (Oberstleutnant Krocker 72, 181) ebenfalls enorme Summen. Zu ihr gehört

6. die Auswerfung von Mitteln für die Bekehrung der Protestanten und anderen Nichtkatholiken. Wie große Summen gerade auch dieses Bestreben, das päpstliche Herrschaftsgebiet über evangelische und andere Länder auszudehnen, die Erhaltung von „Missionen“ (Graf Ballestrem 72, 80), fordert, verrät u. a. die Feststellung in einer Resolution des Kölner Katholikentages, daß allein Leo XIII. 2 Patriarchate, 13 Erzbistümer und 140 Bistümer geschaffen habe, „die größtenteils nur auf die Fürsorge des hl. Vaters angewiesen sind“ (03, 435).

Schließlich bedarf der Papst der aus den Opfern der Gläubigen fließenden reichlichen Mittel noch

7. zur Festigung seiner Position in den unablässigen kirchenpolitischen Kämpfen mit den Regierungen der Staaten. Der Peterspfennig gibt ihm bei diesen Kämpfen die volle „Unabhängigkeit“ und „Bewegungsfreiheit“ (vgl. Wirz 08, 456; s. auch 05, 77; 08, 553 usw.). Denn, so sagt z. B. Weihbischof Dr. Schmitz: „Der hl. Vater muß in die Lage versetzt werden, so sorglos und frei von jeder finanziellen Bedrängnis die Kirche Gottes zu regieren, daß selbst die Möglichkeit ausgeschlossen bleibt, irgend ein Vertreter einer anderen Nation würde es wagen, dem hl. Vater vorzuhalten, der Peterspfennig würde zurückgehen, wenn der hl. Vater nicht die speziellen politischen Wünsche einer Nation erfülle . . Wir wollen einen freien Papst haben; dieser große Gedanke muß uns begeistern, mit vollen Händen mehr als jemals in der Vergangenheit heute für den Peterspfennig beizusteuern. (Stürmischer Beifall.)“ (98, 283 f.)

Als besonders kostspielig wird im einzelnen noch etwa hervorgehoben: Die Besoldung zahlreicher Beamter, die der Papst nach Aufhebung seiner weltlichen Herrschaft eigentlich nicht mehr brauchte, denen er aber dennoch Gehälter zahlte, damit sie „nicht, um ihren Kindern Brot zu schaffen, in den Dienst des Usurpators [d. h. ihres italienischen Vaterlandes], treten,“ sowie Pensionszahlungen an frühere päpstliche Soldaten und ferner Entschädigungen an katholische Bischöfe, die sich wider die Gesetze ihres Vaterlandes auflehnten, für die ihnen aus dieser Haltung erwachsende Einbuße in ihren Einnahmen (Graf Ballestrem 72, 80) usw.

Man versteht dieser Fülle von Bedürfnissen der päpstlichen Politik, Welt- und Kirchenherrschaft gegenüber den Eifer, mit dem die deutschen

Katholikentage ihren Teilnehmern zusetzen, sie sollten sich finanziell immer stärker für den Peterspfennig anstrengen. Und man begreift dies um so mehr, als andere, katholische, Völker in zunehmendem Maße zu der Einsicht kommen, daß sie gegen ihr eigenes Interesse handeln, wenn sie auf diese Weise einer auswärtigen Macht Tribut über Tribut entrichten, und dem Nationalvermögen große Summen entziehen.

Angesichts der immer kühleren Zurückhaltung der Nichtdeutschen geht schwere Sorge durch die Darlegungen so manches Katholikenführers, der Papst möchte auf die Dauer doch nicht imstande sein, im gleichen Maße glanz- und anspruchsvoll aufzutreten wie bisher. Dem unermüdlichen Werber für den Peterspfennig, Dr. Porsch, gab z. B. die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich Anlaß zu der Mahnung an die deutschen Katholiken, die Lasten, die andere Völker nicht mehr tragen konnten und wollten, auf ihre eigenen Schultern zu nehmen: „Meine Herren, es liegt doppelte Veranlassung vor, in Deutschland auf eine Steigerung des Peterspfennigs hinzuwirken, weil es ja bekannt ist, daß die französischen Katholiken von jetzt ab voraussichtlich sehr erhebliche Ausgaben für ihre eigenen kirchlichen Bedürfnisse zu leisten haben werden, und weil voraussichtlich infolgedessen von Frankreich aus weniger nach dem Vatikan fließt“ (06, 188). Daher auch das Bemühen, den Peterspfennig in Deutschland zu einer pflichtmäßig alljährlich zu entrichtenden Abgabe an den römischen Papst zu machen. Dr. Porsch erinnert daran, wie einst der frühere Peterspfennig auch als eine freiwillige Gabe seinen Ursprung genommen habe, und zwar in England: „Der Peterspfennig stammt aus ganz alter Zeit. Die Engländer haben ihn zuerst, und zwar als eine Steuer gegeben, aus Dank dafür, daß wir durch den Papst im wahren Glauben erhalten werden!“ (Dr. Porsch 00, 116.)

Dort war es dann bekanntlich der stetigen Einwirkung der Priesterschaft gelungen, die freiwillige Leistung in einen pflichtmäßigen, d. h. erforderlichenfalls durch Exkommunikation und Gütereinziehung zu erzwingenden, Tribut umzuwandeln. So knüpft denn auch einer der jüngsten Katholikentage an die Empfehlung einer besonders reichlichen Spende für einen außerordentlichen Peterspfennig den Hinweis:

„Daß das Interesse der Unabhängigkeit und Freiheit der Kirche und der päpstlichen Verwaltung es dringend erfordert, zur Bestreitung der laufenden Bedürfnisse des hl. Stuhles den gewöhnlichen Peterspfennig zu einer regelmäßigen, alljährlich wiederkehrenden Gabe an den hl. Vater zu gestalten, welche diesen in den Stand setzen muß, allen an ihn herantretenden Erfordernissen der Kirche im vollen Umfange gerecht zu werden. Sie fordert die Katholiken Deutschlands auf, an jenem außerordentlichen Jubiläums-Peterspfennig, wie auch an dem alljährlichen, regelmäßigen Peterspfennig durch möglichst reiche Spenden sich zu beteiligen.“ (07, 569.)

Die hierbei erzielten Erfolge wurden zuweilen in hohen Worten gepriesen. Da heißt es gelegentlich:

„Wann stand der Papst größer da, als jetzt, getragen von der Liebe und Begeisterung des ganzen katholischen Erdkreises? . . . Ja, m. H., dieser Peterspfennig der Gegenwart ist wahrhaft eine große providentielle Fügung

Gottes: Nun steht der Papst nicht mehr da in Fürstengnade und Königshuld, sondern er wird getragen von der Liebe des gesamten katholischen Erdkreises, — der trägt ihn auf seinen Händen und führt ihn durch die Wogen und Stürme der Gegenwart. (Bravo!) Das ist wahre Macht, wie sie unsere Päpste in der Gegenwart besitzen! Und wenn ich den Feinden des Papsttums einen Rat geben dürfte, wie sie das katholische Volk vom Papst trennen, wie sie den Papst auf den Isolierschemel setzen und das katholische Volk in respektvolle Ferne der Huldigung halten könnten, dann müßte ich ihnen sagen: gebt doch dem Papst so schnell wie möglich wieder sein ganzes Land zurück, damit er keine Almosen mehr nötig hat! . . . Und so ist der Papst, getragen von der Liebe der Katholiken, in einer Macht und Größe, wie die Geschichte sie nicht gekannt hat.“ (Pfarrer Ibach 83, 139 f.)

Stolz weist man wohl auch hin und wieder auf die „großartigen“ Erträge hin: „Der Peterspfennig liefert so großartige Beträge, daß Italien das zweite Land nach Frankreich in dieser Beziehung ist“ (Regens Kirchner 68, 158). Aber nüchtern Urteilende haben je und dann dazu trocken bemerkt: „Der Peterspfennig, mit dessen großen Beträgen unsere Blätter immer so sehr flunkern, geht mit Rücksicht auf die Zahl von 200 Millionen Katholiken, die dazu steuern sollen, und auf welche man sich immer so viel zugute tut, doch nur sehr dürftig ein“ (Geh. Regierungsrat Volk 68, 71).

Es war eben doch im wesentlichen das minder gebildete Volk, das sich für die Versorgung des Papstes mit den Opfern seiner Armut begeistern ließ. Die Gebildeten und Wohlhabenden dagegen hielten sich im allgemeinen zurück. Das verrät sich schon in Moufangs schwärmerischem Rufe: „Das arme Volk, es gibt seine armen Heller her, damit der hl. Vater nicht abhängig werde von dem Gelde der verräterischen Großmacht (Bravo!). O, meine Herren, es ist etwas Rührendes, daß wir einen Papst haben, der jetzt schon angefangen hat, vom Almosen zu leben! (Bravo!) Wir glauben an einen Heiland, in dessen Namen sich alle Knie beugen, und doch ist er im Stalle geboren und hat von Almosen gelebt; und jetzt haben wir einen Papst, einen Stellvertreter Christi, der Ihm auch in der Armut ganz ähnlich ist“ (61, 47). Deutlich spricht es Graf Ballestrem im Jahre 1872 aus: „Die Beiträge sind hauptsächlich die Pfennige der Armen. Die machen zum großen Teil die 25 000 Taler aus, die wir [in der Diözese Breslau] jährlich ungefähr nach Rom schicken können . . Die Wohlhabenden tragen fast nichts bei (Sehr richtig!), und Männer unter den Reichen, die große Summen für den heiligen Vater spenden, sind einzeln zu zählen“ (72, 80 f.).

So bleibt denn der Ertrag schließlich doch weit hinter dem Bedürfnis zurück. Ja er nimmt stetig ab. Der heilige Vater sieht sich gezwungen, sich einzurichten. Schon 1898 führt Weihbischof Dr. Schmitz aus: „Der hl. Vater bedarf zu den notwendigen Auslagen für die allgemeine Verwaltung der Kirche jährlich 7 Millionen Franken. Von diesen 7 Millionen Franken sind 3 Millionen gesichert von einer Stelle, die ich nicht nennen will. 4 Millionen müssen aufgebracht werden durch den Peterspfennig der Katholiken der ganzen Welt. Bis vor zwei Jahren war der Ertrag des Peterspfennigs so groß, daß

mehr als 4 Millionen einkamen und der hl. Vater in der Lage war, Unterstützungen zuzuwenden, wie Sie das ja häufig in den Blättern gelesen haben, zu den verschiedensten Zwecken. Seit zwei Jahren sind die Sammlungen des Peterspfennigs nicht mehr auf 4 Mill. gekommen, sondern kaum auf 2½ Millionen. Wenn also dieser Zustand so weiter geht, kommt der hl. Vater mit der kirchlichen Oberleitung, die ihm obliegt, in die äußerste und prekärste Lage der Welt“ (98, 282). Im Beschluß des Katholikentages von 1903 hieß es ähnlich: „Mehr denn je ist der heilige Vater auf die materielle Hilfe der Katholiken angewiesen“ (03, 435).

Im Jahre 1905 aber mußte Dr. Porsch klagen: Papst Pius X. „bemüht sich, die Ausgaben, die ihm als Papst für die Kirche obliegen, nach Möglichkeit einzuschränken, und doch reichen die ihm zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht aus, um seine Aufgaben voll zu erfüllen. Da ist es Pflicht seiner Kinder, ihrem Vater auch in diesen schweren Sorgen beizustehen (Bravo!)“ (05, 202). Zwei Jahre später erklärte man bereits, nicht mehr 7 Millionen wie vor neun Jahren für genügend, sondern schon 6 Millionen, und zwar unter der Hinzufügung: „daß diese 6 Millionen nur aufgebracht werden können, wenn alle Jahre 3 Millionen von den Katholiken des ganzen Erdkreises als Peterspfennig dem hl. Vater zur Verfügung gestellt werden“ (Dr. Porsch 07, 192).

Das ist freilich immer noch eine beträchtliche Summe. Dabei fällt die Last so stark auf die Schultern gerade der deutschen Katholiken, daß der Jesuitenpater A. de Santi im Auftrage des Papstes ihnen sagen konnte: „Seine Augen schauen über die Katholiken Deutschlands, und seine Seele schöpft aus diesem Anblick Trost (Bravo!) . . . ‚Woher‘, so drückte er sich wörtlich aus, ‚woher kommt dieser augenscheinliche Segen Gottes bei dem Wirken der deutschen Katholiken? — Er belohnt sie für ihre tief gefühlte — ununterbrochen ausgeübte — christliche Opferwilligkeit und Selbstüberwindung. Anderswo fehlt leider diese christliche Opferwilligkeit, und deshalb betrauern wir dort Zustände, welche noch nicht viel Hoffnung auf Besserung zeigen.‘ Bei diesen Worten senkten sich die Augen des hl. Vaters traurig zu Boden“ (06, 161).

Buchdruckerei des Waisenhauses in Halle (Saale).

Die Redaktion überläßt die Verantwortung für alle mit Namen erscheinenden Flugschriften den Herren Verfassern.

Die Flugschriften des Evangelischen Bundes erscheinen in Heften; 12 Flugschriften bilden eine Reihe. Man abonniert auf die Reihe zum Pränumerationspreise von 2 Mark in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag in Halle (Saale), Albrechtstr. 38.

Jede Flugschrift ist auch einzeln zu beziehen. Das alphabetische Verzeichnis der erschienenen Hefte wird unentgeltlich abgegeben.

Inhalt der XXIII. Reihe. Heft 265—276.

Inhalt der XXIV. Reihe. Heft 277—288.

Inhalt der XXV. Reihe. Heft 289—300.